

Niedersächsisches
Innenministerium

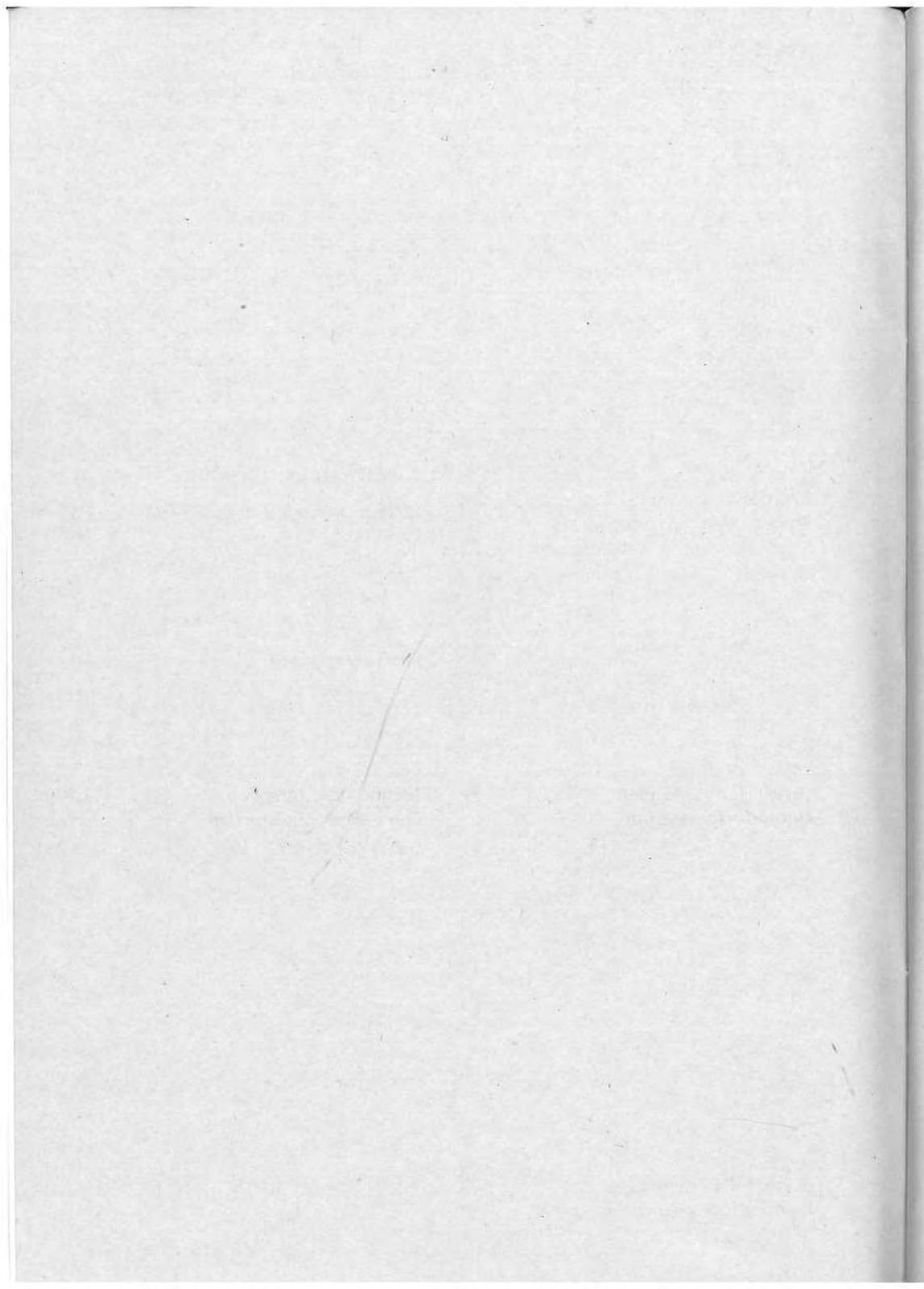


Verfassungsschutz- bericht 1992

Niedersächsisches
Innenministerium

Verfassungsschutz- bericht 1992

 **Niedersachsen**



Inhaltsübersicht

		Einfluß des ausländischen Rechtsextremismus	50
		Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Auf- bauorganisation (NSDAP/AO)	50
Einleitung	4	Ku-Klux-Klan (KKK)	51
Überblick in Zahlen	8	Linksextremismus	52
Rechtsextremismus	11	Überblick	52
Überblick	11	Rote Armee Fraktion (RAF)	52
Merkmale des Rechtsextremismus	14	Revolutionäre Zellen (RZ)	55
Rechtsextremismus und Gewalt	15	Gewaltbereite Autonome	56
Gewalttaten mit rechtsextremis- tischer Motivation – Bundesgebiet	15	Aktionsfeld „Antifaschismus“	60
Fremdenfeindliche Gewalttaten mit rechtsextremistischer Motivation		Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	63
– Niedersachsen	19	Marxistische Gruppe (MG)	64
Rechtsextremistische Skinheads	24	Ausländerextremismus	65
Folgerungen aus den		Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	65
Ausschreitungen in Rostock	32	Extremistische Türken	68
Schändung jüdischer Friedhöfe	33	„Devrimci Sol“ (Revolutionäre Linke)	68
Freiheitliche Deutsche		„Provisional Irish Republican Army“ (PIRA)	69
Arbeiterpartei (FAP)	34	Spionageabwehr	70
Nationalistische Front (NF)	35	Fortdauernde Spionageaktivitäten	70
Deutscher Kameradschaftsbund		Nachrichtendienste des ehemaligen Ostblocks	71
Wilhelmshaven (DKB)	38	Krisenländer und	
Der Stahlhelm e.V.,		Technologietransfer	72
Ortsgruppe Jork	39	Ehemaliges Ministerium für Staatssicherheit (MfS)	73
Gesamtdeutscher Arbeitskreis		Der Verfassungsschutz in Niedersachsen	76
(GAK) Hann.-Münden	39	Bedienstete	76
Hetendorf weiterhin		Haushalt	76
rechtsextremistischer Treffpunkt	40	Nachrichtendienstliches Informationssystem (NADIS)	76
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren		Einsatz der nachrichten- dienstlichen Mittel	78
Angehörige e.V. (HNG)	40		
Deutsche Alternative (DA)	41		
Nationale Offensive (NO)	41		
Neonazistische			
„Anti-Antifa“-Aktivitäten	41		
Wehrsportübungen	43		
Wiking-Jugend e.V. (WJ)	44		
Deutsche Volksunion (DVU)	44		
Nationaldemokratische			
Partei Deutschlands (NPD)	46		
Deutsche Liga für Volk und			
Heimat (Deutsche Liga)	49		
Revisionismus-Kampagne	50		

Einleitung

Gegen die Welle von Haß, Gewalt und Blut, die vom Neonazismus ausgeht, hat der demokratische Rechtsstaat Flagge gezeigt. Im November und Dezember 1992 wurden die Nationalistische Front, die Deutsche Alternative und die Nationale Offensive verboten. Diese Verbotsmaßnahmen wurden auch in Niedersachsen durchgesetzt.

Im Anschluß an diese bundesweite Aktion hat Niedersachsen als erstes Land eine rechtsextremistische Organisation verboten und aufgelöst, für die das Land allein zuständig war, nämlich am 21. 12. 1992 den Deutschen Kameradschaftsbund in Wilhelmshaven.

Die exekutiven Maßnahmen sind nicht ohne Wirkung geblieben. Sie haben die Neonazis organisatorisch erheblich gestört, zu Verunsicherungen bei den Mitgliedern beigetragen und bestimmte Randbereiche der Öffentlichkeit vor einem leichtgläubigen Mitläufertum gewarnt.

Freilich hätten solche Maßnahmen aber schon früher einsetzen müssen. Bereits im Juni 1988 hatte der Niedersächsische Landtag in einer großen Debatte einmütig vor den steigenden Gefahren des Rechtsextremismus, insbesondere des Gewalt ausübenden Neonazismus gewarnt und das Verbot der FAP gefordert. Leider war dafür jahrelang trotz intensiver Bemühungen, auf Bundesebene keine Unterstützung zu erreichen.

Als Ausdruck der Entschlossenheit Niedersachsens, entschieden gegen den Rechtsextremismus vorzugehen, initiierte der Innenminister Anfang 1991 die Ausweisung des Neonaziführers Polacek. Am 22. 1. 1992 erfolgte seine Abschiebung. Diese Initiative des Innenministeriums zur Ausweisung des österreichischen Neonazis und FAP-Anführers hat in Südniedersachsen und darüber hinaus entsprechende Wirkungen gezeigt, die bis heute anhalten.

Ebenfalls auf Initiative des Innenministeriums hat die Landesregierung für den Bundesrat einen Antrag zur Feststellung der Verfassungswidrigkeit der FAP als neonazistische Partei beschlossen, der am 24. 9. 1993 vom Bundesrat einstimmig angenommen wurde.

Der niedersächsische Verfassungsschutz hat im Berichtszeitraum 1992 sein Schwergewicht auf die intensivere Beobachtung der rechtsextremistischen Szene, insbesondere der neonazistisch motivierten und gewaltbereiten Skinheadszene gelegt und wird diese Anstrengungen fortsetzen.

Bei weiter gesunkener Bedeutung des orthodoxen Linksextremismus bleibt die terroristische und Gewalt ausübende autonome Szene weiterhin eine erhebliche Gefahr für den Rechtsstaat. Insbesondere wird mit steigender Sorge beobachtet, daß Gewalttaten mit antifaschistischer Motivation verbrämt werden, was wiederum gewalttätige „Anti-Antifa-Aktivitäten“ auf rechtsextremistischer Seite auslöst.

So notwendig die Bekämpfung des Rechtsextremismus, insbesondere des Neonazismus, mit rechtsstaatlichen Mitteln ist, so wenig kann von unserem Rechtsstaat hingenommen werden, daß die „Bekämpfung“ des Rechtsextremismus von linksextremistischer Seite mit illegalen Mitteln und mit Gewalt erfolgt.

Im Bereich der Spionageabwehr haben sich ursprüngliche optimistische Erwartungen, nach der Auflösung der Sowjetunion werde es aus dem Osten keine Spionage mehr geben, als zu weitgehend erwiesen. Die Nachfolge-Staaten der Sowjetunion und andere Staaten des ehemaligen Ostblocks haben ihre Spionageapparate zwar umorganisiert, aber insbesondere Rußland hat diese Dienste im Berichtszeitraum nur wenig verkleinert.

Wegen ihrer nunmehr zentralen Lage zwischen West- und Osteuropa kommt der Bundesrepublik aus Sicht der östlichen Nachbarländer eine erhebliche politische und wirtschaftliche Bedeutung zu, so daß die Fortsetzung von Spionageaktivitäten überwiegend noch für notwendig gehalten wird. Eine Gefahr liegt auch darin, daß zahlreiche personenbezogene Unterlagen vom ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) an die östlichen Nachrichtendienste gelangt sind und jetzt als Druckmittel für eine Zusammenarbeit eingesetzt werden können.

Die Umorganisation der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde ist im wesentlichen abgeschlossen. Sie umfaßte

- die Umwandlung der bisherigen Abteilung 4 des Innenministeriums in ein Landesamt für Verfassungsschutz (NLfV) und dessen Ausgliederung aus dem Ministerium,
- die Umstrukturierung der bisherigen fünf Referate in drei Abteilungen sowie

- die Reduzierung der Personalstärke (einschl. der logistischen Dienste) auf 248 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Reduzierung ihrer Zahl im nachrichtendienstlichen Bereich auf unter 200.

Die Umorganisation war eine der Vorgaben des neuen Niedersächsischen Verfassungsschutzgesetzes, das am 21. 11. 1992 in Kraft trat. Es enthält eine Vielzahl weitreichender rechtlicher Vorgaben, die nunmehr in die Praxis umgesetzt werden müssen. Umfangreiche Schulungsmaßnahmen bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde sind hierfür eingeleitet worden.

Auf der Grundlage des neuen Verfassungsschutzgesetzes beobachtet der niedersächsische Verfassungsschutz extremistische Bestrebungen sowie sicherheitsgefährdende und geheimdienstliche Tätigkeiten. Er informiert darüber den Niedersächsischen Landtag, die Niedersächsische Landesregierung und die Öffentlichkeit. Die Information der Öffentlichkeit erfolgt dabei in erster Linie durch die jährliche Herausgabe des Verfassungsschutzberichtes, der vom NLfV in eigener fachlicher Verantwortung erarbeitet wird. Aus aktuellem Anlaß hat das Innenministerium mit Unterstützung des Verfassungsschutzes zu dem Thema Skinheads eine Broschüre herausgebracht, die in der Öffentlichkeit auf breite Resonanz gestoßen ist. Sie ist mittlerweile in mehreren, jeweils auf den aktuellen Stand gebrachten, Auflagen erschienen.

Neben den Publikationen kommt der Öffentlichkeitsarbeit des Verfassungsschutzes eine erhebliche Bedeutung zu. Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörde referieren bei eigenen bzw. in Veranstaltungen von Parteien, Gewerkschaften, Jugendorganisationen und Schulen.

Das Innenministerium und das NLFV haben sich gemeinsam an der bundesweiten „Aufklärungskampagne gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit“ beteiligt, die von der Innenministerkonferenz beschlossen und unter dem Motto „Fairständnis - Menschenwürde achten - Gegen Fremdenhaß“ mit Unterstützung der Schulen, der Polizeidienststellen und der niedersächsischen Landkreise und kreisfreien Städte realisiert werden konnte.

In den vergangenen Monaten hat eine Welle der Gewalt die deutsche Gesellschaft erschüttert. Anschläge auf Wohnungen, insbesondere türkischer Mitbürger, auf Unterkünfte von Asylbewerbern, Schändungen jüdischer Friedhöfe und eine wachsende alltägliche Aggressivität gegenüber Ausländern, Fremden, Mitbürgern jüdischen Glaubens und Behinderten belegen, daß die Mahnung „Wehret den Anfängen“ gegenwärtig ist. Wohl für einen längeren Zeitraum ist sie das Gebot der Stunde für alle, die einen Beitrag dazu leisten können, daß unsere frei-

heitliche und rechtsstaatliche Demokratie mit diesen Herausforderungen fertig wird. Sie bestehen darin, daß sich die ausländerfeindliche Gewalt in unserer Gesellschaft festgesetzt hat und es sich bei den rassistischen Übergriffen nicht nur um Randphänomene in einer ansonsten intakten Gesellschaft handelt. Erfreulicherweise gibt es eine breite Umkehrbewegung in unserer Gesellschaft: Mit Lichterketten und Großdemonstrationen hat die Bevölkerung dokumentiert, daß sie sich nicht wieder in Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Nationalismus verrennt. Alle demokratischen Parteien, Vertreter der Kirchen, der Gewerkschaften, der Wirtschaft und der anderen gesellschaftlichen Organisationen haben einhellig und unmißverständlich Gewaltaktionen und Fremdenfeindlichkeit verurteilt. Damit ist ein wichtiger Schritt getan auf dem Weg zur Wiederherstellung eines gesellschaftlichen Konsenses über die Ablehnung rechtsextremistischer Ideologien.

Wenn die Anwendung von Gewalt, insbesondere durch Rechtsextremisten, als Dauerphänomen begriffen wird, stellt sich auch verschärft die Frage nach deren Ursachen.

Wer extremistische Gewaltanwendung nicht als Dauer-, sondern nur als Randphänomen ansieht, der besorgt das Geschäft der Extremisten, die sich nie um die Ursachen ernsthaft gekümmert haben. Deren Rezept war und ist jedoch Gewalt in ihren vielfältigen Erscheinungsformen.

Das Europäische Parlament hat am 21. April 1993 eine „Entschließung zur Verschärfung von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in Europa und zur Gefahr des Rechtsextremismus“ angenommen, in der es die Ursachen für die Gewalttätigkeiten durch rassistische und rechtsextremistische Bewegungen folgendermaßen benannt hat:

- „die schwierige Wirtschaftslage und die dadurch bedingte hohe Arbeitslosigkeit,
- die unkontrollierte Verstädterung, die Verschlechterung der Lebensbedingungen und die Zunahme der Kriminalität,
- das Gefühl der Unsicherheit und des Mißbehagens bei den Bürgern und insbesondere bei den Jugendlichen, die befürchten, sich nicht erfolgreich in eine immer vielschichtigere und wettbewerbsorientiertere Gesellschaft eingliedern zu können,
- die Verharmlosung der Gewalt durch die Medien,
- die Mängel des Erziehungswesens und die mangelhafte Kenntnis der verschiedenen Kulturen,
- die steigende Anzahl politischer Parteien und Organisationen in den Mitgliedstaaten der EG, die behaupten, die Einwanderung aus Ländern der Dritten Welt und aus Ost-Europa stelle eine Gefahr für den Reichtum der Gemeinschaft dar, der daher verteidigt werden müsse.“

Wenn Staat und Gesellschaft in angemessener Zeit für die Ursachen von Extremismus und Gewalt keine adäquaten Problemlösungen finden, sind die Signale von Hoyerswerda, von Buxtehude, von Rostock-Lichtenhagen, von Mölln und Solingen nicht verstanden worden.

Angesichts dieser Herausforderungen steht die Notwendigkeit eines effektiven, aber auch demokratisch kontrollierten, rechtsstaatlichen und transparenten Verfassungsschutzes außer Frage.

Überblick in Zahlen

1. Rechtsextremistische Organisationen

Bundesrepublik Deutschland

Organisationen und sonstige Zusammenschlüsse	1991	1992
„National-freiheitliche“ Organisationen (DVU und Nebenorganisationen)	24.000	26.000
„Nationaldemokratische“ Organisationen	6.700	5.300
Militante Rechtsextremisten, insbes. rechtsextremistische Skinheads	4.200	6.400
Neonazistische Gruppen	2.100	1.400
Sonstige Vereinigungen	3.950	4.000
Summe	40.950	43.100 *)
Zahl der Mitglieder nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	39.800	41.900

*) Hierbei wurden die Mitglieder der erst seit Mitte Dezember 1992 vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachteten Partei „Die Republikaner“ (REP) noch nicht berücksichtigt. Die Partei hat nach eigenen Angaben 25.000 Mitglieder. Ferner sind nicht enthalten die 800 nichtorganisierten Neonazis.

Niedersachsen

Organisationen und sonstige Zusammenschlüsse	1991	1992
„National-freiheitliche“ Organisationen (DVU und Nebenorganisationen)	900	2.400 *)
„Nationaldemokratische“ Organisationen	660	620
Rechtsextremistische Skinheads	450	550
Neonazistische Gruppen	70	90
Anhänger inzwischen verbotener neonazistischer Organisationen		60
Sonstige Vereinigungen	100	110
Summe	2.180	3.830 **)

*) Nach neueren, noch nicht voll verifizierten Angaben. Vgl. Erläuterungen im Text

***) Ohne Republikaner, vgl. Erläuterungen im Text
Mehrfachmitgliedschaften sind nur auf Bundesebene abgezogen.

2. Linksextremistische Organisationen

Bundesrepublik Deutschland

	1991	1992
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten *)		
– Kernorganisationen } – Nebenorganisationen }	22.500 **)	22.200
Militante Autonome, terroristisches Umfeld, Sozialrevolutionäre und Anarchisten	4.800	6.800
Summe	27.300	29.000
Zahl der Mitglieder nach Abzug der Mehrfachmitgliedschaften	26.500	28.500

Niedersachsen

	1991	1992
Marxisten-Leninisten und andere revolutionäre Marxisten		
– Kernorganisationen } – Nebenorganisationen }	770	765
Militante Autonome, terroristisches Umfeld, Sozialrevolutionäre und Anarchisten	350	185
Summe	1.120	950

*) Die mehrere tausend Personen zählende Anhängerschaft der „Kommunistischen Plattform“ in der PDS ist in dieser Übersicht nicht berücksichtigt.

***) Ohne die neuen Bundesländer
Mehrfachmitgliedschaften sind nur auf Bundesebene abgezogen.

3. Sicherheitsgefährdende und extremistische Bestrebungen von Ausländern (Ausländerextremismus)

Bundesrepublik Deutschland

	1991	1992
Islamisch-extremistische Gruppen	19.150	19.900
Extrem-nationalistische Gruppen	8.960	8.450
Linksextremistische Gruppen	14.870	11.450
Summe	42.980	39.800

Niedersachsen

	1991	1992
Islamisch-extremistische Gruppen	2.115	2.045
Extrem-nationalistische Gruppen	425	250
Linksextremistische Gruppen	950	866
Summe	3.490	3.161

Rechts- extremismus

Überblick

Der Rechtsextremismus ist 1992 in Deutschland zu einer zentralen Herausforderung für Staat und Gesellschaft geworden. Nicht nur die 2.584 Gewalttaten*) mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation, sondern auch die Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien haben zu nationalen und internationalen Besorgnissen Anlaß gegeben. Aufgrund beeindruckender öffentlicher Demonstrationen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit und staatlicher Sanktionen gegen Neonazi-Vereinigungen ist zwar die Zahl der Gewalttaten seit dem Höchststand im September 1992 rückläufig; dennoch besteht zur Entwarnung kein Anlaß. Fremdenfeindliche, die Menschenwürde mißachtende und brutale Gewalttaten gegen Personen und Sachen erfordern immer – unabhängig von ihrer Zahl – die besondere Aufmerksamkeit des demokratischen Rechtsstaates. Den Anfängen zu wehren, damit sich eine unheilvolle Geschichte in Deutschland nicht wiederholt, ist insbesondere Aufgabe der wehrhaften Demokratie.

Auch in Niedersachsen war eine erhebliche Steigerung bei den rechtsextremistisch motivierten fremden

feindlichen Gewalttaten im Jahr 1992 zu beobachten. Von 259 Straftaten/Aktionen im Jahre 1991 mit möglichem oder erwiesenem rechtsextremistischen Hintergrund stieg die Zahl der Delikte im vergangenen Jahr auf 604 Vorfälle. Die weitaus überwiegende Zahl der festgestellten Gewalttäter gehörte keiner Organisation, sondern lediglich losen Personengruppierungen an.

Drei neonazistische Vereinigungen wurden im vergangenen Jahr durch den Bundesminister des Innern verboten:

- am 27. November die Nationalistische Front (NF),
- am 10. Dezember die Deutsche Alternative (DA),
- am 22. Dezember die Nationale Offensive (NO).

Niedersachsens Innenminister hat am 21. Dezember den neonazistischen Deutschen Kameradschaftsbund Wilhelmshaven (DKB) verboten. Die Aktivitäten des DKB waren auf Nordniedersachsen beschränkt.

Diese Gruppierung hatte durch größere Veranstaltungen und öffentliche Aktivitäten wie z.B. die Hetzkampagne gegen einen Gewerkschaftsfunktionär erhebliches Aufsehen erregt.

Der DKB hatte das Verbot gerichtlich angefochten; die Klage wurde in 2. Instanz vom Obergerverwaltungsgericht Lüneburg abgewiesen.

Die Verbote waren erforderlich, weil die neonazistischen Vereinigungen gefährliche Nährböden für den militanten Rechtsextremismus darstellten.

*) Diese Zahlenangabe ist der Pressefassung des Bundesverfassungsschutzberichts 1992 des BMI – Stand: 26. 8. 1993 – entnommen. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des niedersächsischen Verfassungsschutzberichtes am 14. 6. 1993 waren 2.456 Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation erfaßt bzw. bekannt. Bei einer „lebenden“ Statistik sind durch nachträgliches Bekanntwerden bzw. Ermitteln der Zuordnungssachverhalte von Gewalttaten Veränderungen möglich.

Im organisierten Rechtsextremismus bleibt die Deutsche Volksunion (DVU) weiterhin die mitgliederstärkste Organisation. Ihr gelang nach dem Wahlerfolg 1991 in Bremen auch bei der Landtagswahl am 5. April in Schleswig-Holstein ein bundesweit beachtetes Ergebnis. Sie erhielt 6,3 % der abgegebenen Stimmen und zog mit sechs Abgeordneten in den Landtag ein.

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) steckt angesichts rückläufiger Mitgliederzahlen, massiver Finanzprobleme und einer sich verschärfenden Führungskrise erneut in einem Tief und droht zwischen anderen rechtsextremistischen Parteien zerrieben zu werden. Auch das für sie enttäuschende Wahlergebnis bei den Landtagswahlen am 5. April in Baden-Württemberg (0,9 % der abgegebenen Stimmen) belegt den Niedergang dieser ehemals führenden rechtsextremistischen Partei in Deutschland.

Die Deutsche Liga für Volk und Heimat, die sich 1991 als Partei konstituiert hatte, stagniert auf niedrigem Niveau. Sie hat den von ihr erhofften Durchbruch im „rechten Lager“ nicht geschafft.

Aggressive fremdenfeindliche Äußerungen führender Republikaner-Funktionäre mit deutlichen rassistischen Ansätzen und eine Verächtlichmachung demokratischer Institutionen und Politiker durch die Republikaner haben den Bundesminister des Innern veranlaßt, die Partei vom Bundesamt für Verfassungsschutz bundesweit beobachten zu lassen. *) Die Länder sind diesem Schritt des Bundesinnenministeriums gefolgt. Nordrhein-Westfalen und Hamburg hatten bereits seit

längerem die Republikaner als verfassungsfeindliche Partei beobachtet. Der niedersächsische Landesverband der Republikaner hat gegen diese Entscheidung des Innenministeriums einen Antrag auf einstweilige Anordnung gestellt, dem das Verwaltungsgericht Hannover am 8. Februar 1993 stattgegeben hat. Das Gericht war hierbei der Ansicht, das vorgelegte, insbesondere auf umfangreiche einschlägige Beobachtungsergebnisse des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes gestützte Beweismaterial sei nicht ausreichend, um eine Beobachtung des hiesigen Landesverbandes der Republikaner mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu rechtfertigen. Das Niedersächsische Innenministerium hatte gegen diesen Beschluß Beschwerde beim OVG Lüneburg eingelegt, die am 21. September 1993 zurückgewiesen wurde. In seiner Begründung führte das Gericht aus, daß das Niedersächsische Verfassungsschutzgesetz die Befugnisse des Verfassungsschutzes vom Bundesgesetz abweichend regelt. Das Gesetz lasse eine Beobachtung verfassungsfeindlicher Bestrebungen mit nachrichtendienstlichen Mitteln nur dann zu, wenn diese auf die Anwendung von Gewalt gerichtet seien oder sich in sonstiger aktiv-kämpferischer, aggressiver Weise gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richteten. Nach Auffassung des Gerichts sei dies immer nur dann der Fall, wenn die Bestrebungen darauf angelegt seien, die freiheitliche demokratische Grundordnung grundsätzlich und dauernd zu untergraben und letzten Endes zu beseitigen. Hierfür habe das Land aber nicht genügend Beweismittel vorgelegt.

*) In den Zahlenübersichten zum Rechtsextremismus sind die Anhänger der Republikaner noch nicht enthalten. Nach eigenen Angaben hat die Partei bundesweit 25.000 Mitglieder, in Niedersachsen rund 700.

Mit Beschluß vom 28. April 1993 hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf den Antrag des REP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen zurückgewiesen, dem Land Nordrhein-Westfalen im Wege einer einstweiligen Anordnung zu untersagen, den Landesverband mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu beobachten.

Ohne konkret zu der Frage Stellung zu nehmen, ob die Voraussetzungen für die Beobachtung gegeben sind – das Ergebnis eines etwaigen Hauptverfahrens sei angesichts der Schwierigkeiten der zu lösenden tatsächlichen und rechtlichen Fragen offen –, stellt das Gericht in seiner Begründung auf eine Abwägung der betroffenen Interessen und der Folgen ab, die im Falle der Stattgabe oder der Zurückweisung des Antrages eintreten würden. Über „Wertungen des Grundgesetzes“ kommt es zu dem Schluß, daß das Interesse an ungestörter Parteiarbeit gegenüber dem Interesse an der Erhaltung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zurücktreten müsse.

Die Arbeit des Verfassungsschutzes diene dem Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die das Grundgesetz innerhalb der staatlichen Gesamtordnung als fundamental ansehe. Lügen die Voraussetzungen für eine Beobachtung vor, so seien die nachteiligen Folgen für den demokratischen Rechtsstaat größer, wenn er diesen Anhaltspunkten nicht nachgehen könne, als wenn der REP-Landesverband für einen begrenzten Zeitraum einer ungerechtfertigten Beobachtung ausgesetzt sei. Müßte eine Beobachtung unterbleiben, so könnte der Landesverband für die Dauer des Hauptsacheverfahrens etwaige verfassungswidrige Bestrebungen ungestört fortsetzen und so die freiheitliche demokratische Grundordnung gefährden. Das Instrumentarium zu ihrem Schutz liefe leer.

Die Republikaner haben auch in den Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Berlin Anträge auf Erlaß einstweiliger Anordnungen mit dem Ziel, die Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu untersagen, gestellt. Den gleichen Zweck verfolgte auch eine Organklage der Republikaner vor dem Bundesverfassungsgericht, die jedoch zwischenzeitlich zurückgezogen wurde.

In Bayern war die Beobachtung der Republikaner zunächst durch das Verwaltungsgericht München mit Beschluß vom 6. Juli 1993 untersagt worden. Aufgrund der dagegen eingelegten Beschwerde hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (VGH) mit Beschluß vom 7.10.1993 die Beobachtung der Republikaner mit nachrichtendienstlichen Mitteln gestattet. Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen ergeben sich nach Überzeugung des VGH daraus, daß bei den Republikanern Ausländerfragen teilweise in gegen die Menschenwürde verstoßender Weise behandelt werden. Dieser Sachverhalt erfülle die Anfangsvoraussetzungen für eine nachrichtendienstliche Beobachtung.

Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat in seinem Beschluß vom 4. August 1993 ausgeführt, daß nach summarischer Prüfung der Sach- und Rechtslage keine überwiegende Wahrscheinlichkeit für einen Erfolg der Republikaner in der Hauptsache bestünde, vielmehr alles dafür spreche, daß eine Hauptsacheklage ohne Erfolg bliebe.

In den übrigen Verfahren stehen die Entscheidungen noch aus.

Merkmale des Rechtsextremismus

Rechtsextremistische Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland lehnen wesentliche Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ab und streben eine totalitäre bzw. autoritäre Regierungsform unter Einschluß des Führerprinzips an.

Bestimmende Merkmale des Rechtsextremismus sind vor allem

- ein den Gedanken der Völkerverständigung mißachtender Nationalismus,
- die Überbewertung einer rassistisch verstandenen Volksgemeinschaft zu Lasten der Interessen und Rechte des Einzelnen,
- eine aggressive, menschenverachtende Fremdenfeindlichkeit,
- eine die geschichtliche Tatsachen leugnende Einstellung zum „Dritten Reich“ und die Verharmlosung, Rechtfertigung oder gar Verherrlichung nationalsozialistischer Untaten.

Hinzu kommt die allen Rechtsextremisten gemeinsame planmäßige Verunglimpfung der demokratischen Staatsform und ihrer Repräsentanten in der Absicht, die freiheitlichen und rechtsstaatlichen Werte in den Augen der Bevölkerung zu diskreditieren.

Diese Merkmale sind nicht immer vollständig bei allen rechtsextremistischen Organisationen erkennbar. Manchmal sind nur Teilaspekte bestimmend. Auch die Intensität, mit der der Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung geführt wird, ist unterschiedlich. Während die Neonazis offen alle wesentlichen demo-

kratischen Verfassungsgrundsätze ablehnen und sie langfristig durch ein System des „Dritten Weges“ (zwischen Kapitalismus und Kommunismus) ersetzen wollen, sind die „nationalfreiheitlichen“ und „nationaldemokratischen“ Parteien wie die Deutsche Volksunion (DVU) oder die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) vorsichtiger. Sie verbergen ihre wahren Ziele vielfach hinter der Verfolgung populistischer Forderungen.

DVU und NPD lehnen Gewalt zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele verbal ab. Neonazis fordern dagegen schon seit Jahren offen zur Gewaltanwendung auf. Sie richtet sich vor allem gegen jüdische Friedhöfe und Synagogen, Einrichtungen linksextremistischer Organisationen und in letzter Zeit schwerpunktmäßig gegen Ausländer und deren Unterkünfte. Für die anhaltende Gewaltbereitschaft in neonazistischen Kreisen und in der Skinhead-Szene sprechen auch die Waffen-, Munitions- und Sprengstofffunde bei verschiedenen Haus- und Wohnungsdurchsuchungen.

Bei der wachsenden Aggressivität vieler Neonazis spielen die Verbindungen zu ausländischen Aktivistengruppen eine wesentliche Rolle. Insbesondere ist hier die NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO) zu nennen.

Im Gegensatz zu den meisten linksterroristischen Gewalttaten waren die von Rechtsextremisten ausgehenden militanten Aktionen bisher erkennbar kaum von langer Hand vorbereitet und geplant, wenn auch Anzeichen für fortschreitende kommunikative Vernetzungen und Koordinationsbestrebungen vorliegen. Im Berichtszeitraum jedenfalls handelte es sich – vor allem auch im Skinhead-Bereich – überwiegend um Spontanaktionen, in denen oftmals individuelle Angst und Verunsicherung der Täter unter Alkoholein-

fluß und Gruppendruck in blinden Haß und Gewalt gegen fremd Erscheinendes – insbesondere gegen Ausländer, Asylbewerber, Behinderte pp. – umschlägt. Diese Verhaltensweise rechtsextremistischer Gewalttäter ist weitgehend unberechenbar und deshalb auch künftig besonders gefährlich.

Herausragendes und übergreifendes Merkmal aller rechtsextremistischen Bestrebungen ist der Rassismus, der im Neonazismus und in Teilen der Skinhead-Bewegung am stärksten artikuliert wird. Hier kommt die rechtsextremistische Ideologie von der angeblichen Ungleichheit der Menschen und der angeblich unterschiedlichen „Wertigkeit“ der einzelnen Menschenrassen zum Vorschein. Neben den Juden werden Ausländer, vor allem die Türken, von dieser Aggression betroffen. Daher ist der Antisemitismus gegenwärtig durch eine rassistisch begründete allgemeine Ausländerfeindlichkeit überlagert. Rechtsextremisten orientieren sich dabei an den Kriterien der „Fremdartigkeit“ der Ausländer. Je „fremdrassiger“ der Ausländer, besonders der Asylbewerber oder Flüchtling ist, desto deutlicher wird er als potentielle Gefahr für die deutsche „Volks-substanz“ bzw. „Volksgemeinschaft“ hingestellt und man fordert, dem Antisemitismus vergleichbar, aus rassistischen Beweggründen die „Entfernung“ dieser Ausländer aus Deutschland.

Rechtsextremismus und Gewalt

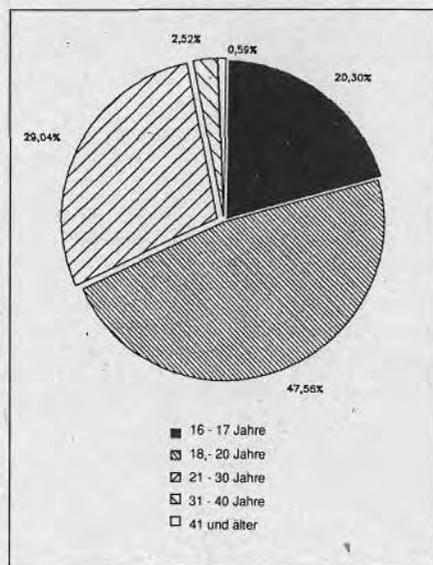
Gewalttaten mit rechtsextremistischer Motivation – Bundesgebiet

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 1992 wurden bei den Verfassungsschutzbehörden 2.456 Gewalttaten *) mit erwiesener oder zu vermutender

rechtsextremistischer Motivation erfaßt. Dies bedeutet gegenüber den 1.483 Gewalttaten im Jahr 1991 eine Steigerung um 57 %.

17 Menschen, unter ihnen eine Person in Niedersachsen, wurden bei diesen Gewalttaten getötet. Unter den Todesopfern waren sieben Ausländer, ein in einem Asylbewerberheim untergebrachter Deutscher, fünf Personen, die mit den Tätern über deren politische Ansichten gestritten hatten, drei Obdachlose sowie ein Arbeitsloser.

Altersstruktur der mutmaßlichen Tatbeteiligten an den Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation 1992



*) Diese Zahlenangabe entspricht dem Stand der Pressefassung des niedersächsischen Verfassungsschutzberichtes 1992 vom 14. 6. 1993. Auf ihr basieren die nachstehenden Auswertungen. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Pressefassung des Bundesverfassungsschutzberichtes 1992 ist die Gesamtzahl auf 2.584 angewachsen. Auch bei dieser Angabe handelt es sich nicht um eine „endgültige“ Zahl, da „lebende“ Statistiken der Veränderung unterliegen.

Im einzelnen gliedern sich die Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation wie folgt:

Gewalttaten insgesamt

	1992 Gesamt	Ost	West	1991 Gesamt
Todesfälle	17*)	7	10	3
Brand- und Sprengstoffanschläge	714	216	498	383
Körperverletzungen	665	292	373	449
Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung	1060	315	745	648
Gesamt	2456	830	1626	1483

Hauptangriffsziel waren wie auch 1991 Ausländer – insbesondere Asylbewerber – und deren Unterkünfte:

Gewalttaten gegen Ausländer

	1992 Gesamt	Ost	West	1991 Gesamt
Todesfälle	8	3	5	3
Brand- und Sprengstoffanschläge	657	202	455	356
Körperverletzungen	467	187	280	336
Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung	901	272	629	562
Gesamt	2033	664	1369	1257

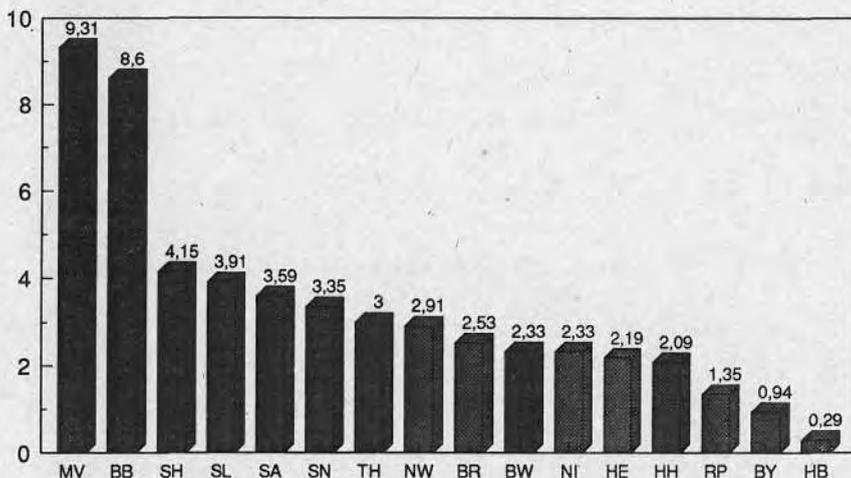
89 (1991: 91) Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation richteten sich gegen politische Gegner.

*) Davon 1 Todesopfer am 18. März 1992 in Buxtehude.

Die Welle rechtsextremistischer Gewalt erreichte im September mit 518 Gewalttaten den Höhepunkt. Bis dahin ereigneten sich pro Monat zwischen 94 und 228 Gewalttaten. Der nach den schweren Krawallen von Rostock-Lichtenhagen vom 22. bis 27. August erzwungene Abzug der Asylbewerber

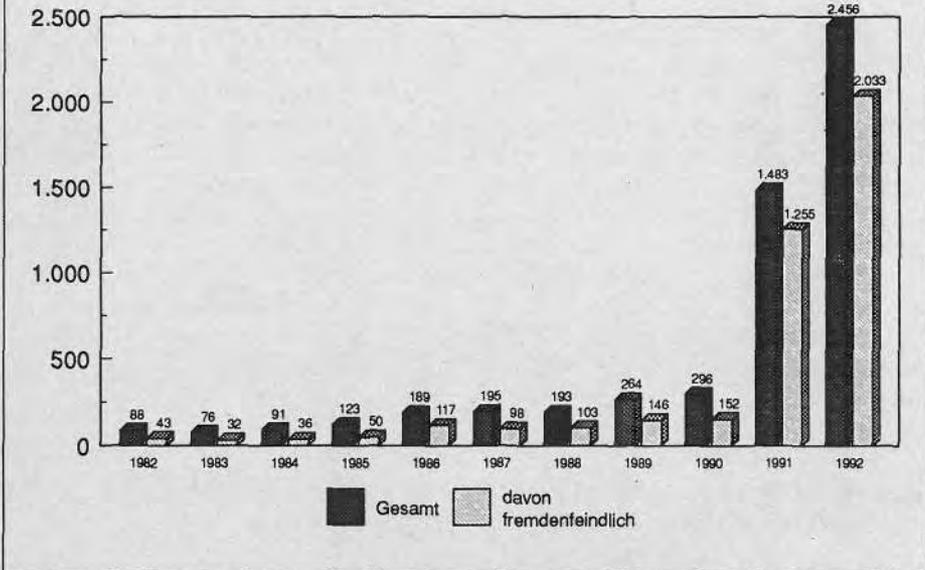
stellte für die militanten Rechtsextremisten den befürchteten starken Mobilisierungsschub dar. Wenn auch die Zahl der Gewalttaten seit Oktober rückläufig ist, so ist doch festzuhalten, daß immer noch die Zahl der Vormonate erreicht bzw. übertroffen wird.

*Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation 1992
Prozentuale Verteilung auf die Bundesländer
– bezogen auf 100.000 Einwohner –*



Von den 2.456 Gewalttaten ereigneten sich 35 % in Ostdeutschland und 65 % in Westdeutschland. Bezogen auf die Einwohnerzahlen in den Bundesländern stehen Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg an der Spitze. In diesen Ländern wurden jeweils mehr als doppelt so viele Gewalttaten begangen wie in Schleswig-Holstein, dem – bezogen auf die Einwohnerzahl – am meisten von den Gewalttaten betroffenen westdeutschen Bundesland.

Entwicklung der Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation 1992



Die Analyse von 894 mutmaßlichen Gewalttätern ergibt, daß der Anteil der Jugendlichen und Heranwachsenden wie 1991 rund 70 % beträgt und nur 2,1 % (1991: 3 %) über 30 Jahre alt sind.

Bei 99 (16 %) von 631 ausgewerteten namentlich bekanntgewordenen Tatverdächtigen lagen bei den Verfassungsschutzbehörden Erkenntnisse vor (mit Mehrfachnennung):

- 74 Personen waren zuvor mindestens einmal an einer rechtsextremistisch motivierten Gewalttat beteiligt.
- 29 Personen hatten bereits rechtsextremistisch motivierte Straftaten ohne Gewaltanwendung (z.B. Propagandadelikte, Drohungen) verübt.
- 38 Personen waren wegen Mitgliedschaften oder sonstigen Verbindungen zu rechtsextremistischen Organisationen bekanntgeworden, so z.B.: „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) sowie den nunmehr verbotenen Organisationen „Deutsche Alternative“ (DA) und „Nationalistische Front“ (NF).

Fremdenfeindliche Gewalttaten mit rechtsextremistischer Motivation – Niedersachsen

In der nachfolgenden Zusammenstellung wurden – mit Stand vom 14. 6. 1993 – die im Jahre 1992 beim niedersächsischen Verfassungsschutz bekanntgewordenen versuchten oder vollendeten

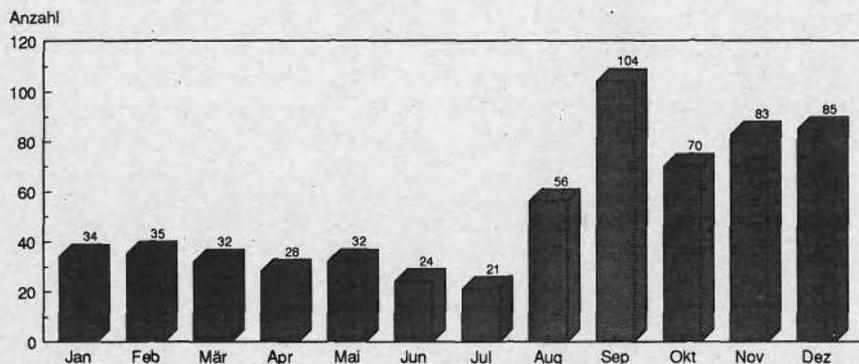
- Brandanschläge,
 - Körperverletzungen,
 - Sachbeschädigungen (z.B. Einwerfen von Fensterscheiben, Beschädigung von Einrichtungen und von Kraftfahrzeugen) und
 - sonstige Straftaten/Aktivitäten (z.B. ausländerfeindliche Beleidigungen, Bombendrohungen, Drohanrufe, Farbschmierereien, Zettelklebe- und Plakataktionen)
- mit fremdenfeindlichem Bezug berücksichtigt. Bei den ausgewerteten Sachverhalten wurde von einer – zumindest zu vermutenden – rechtsextremistischen Motivation ausgegangen.

Für das Jahr 1992 wurden 604 *) (1991: 259) Straftaten/Aktionen registriert. Für die einzelnen Deliktgruppen* ergibt sich daraus folgendes Bild:

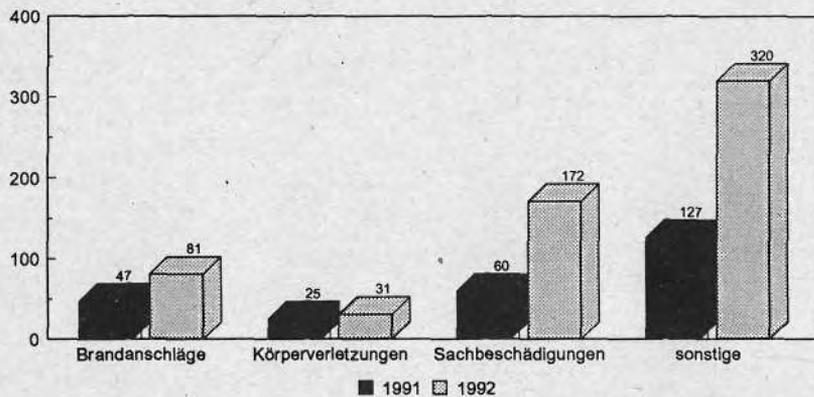
Deliktgruppe	1992	1991
Brandanschläge	81	47
Körperverletzungen	31	25
Sachbeschädigungen	172	60
sonstige Straftaten/Aktivitäten	320	127
	604	259

*) Abweichungen von den Daten der „Polizeilichen Kriminalstatistik“ ergeben sich teilweise aus unterschiedlichen Aufnahmekriterien und Bearbeitungsmodalitäten der Statistiken der Polizei- und Verfassungsschutzbehörden.

Fremdenfeindliche Gewalttaten mit
rechtsextremistischem Hintergrund
- Niedersachsen 1992 -



Fremdenfeindliche Gewalttaten mit
rechtsextremistischem Hintergrund
- Niedersachsen 1991/92 -



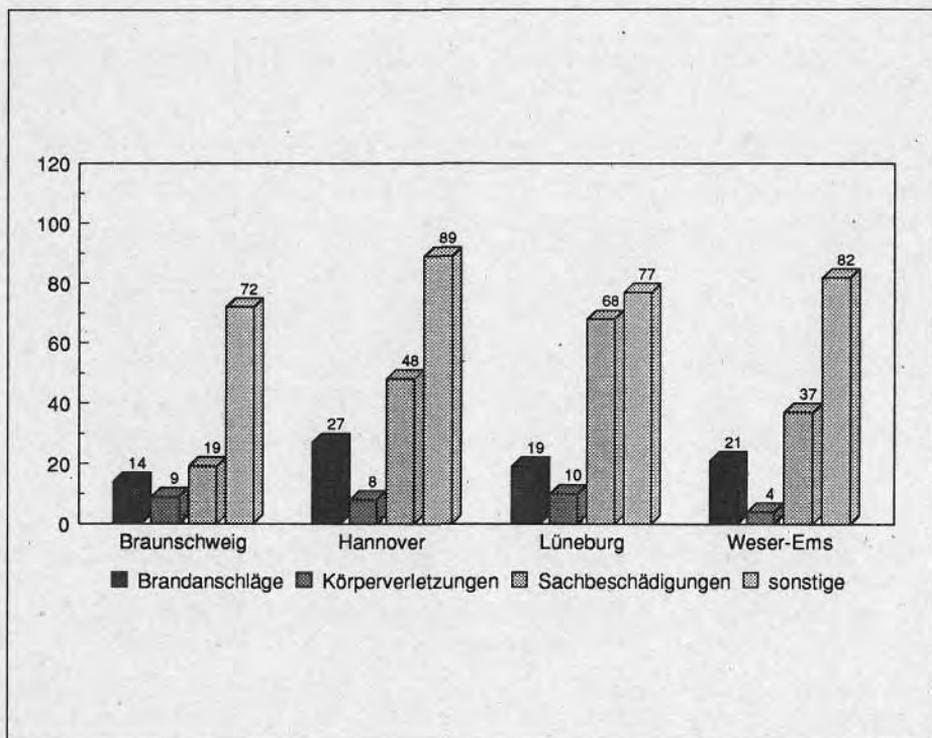
Die Vielzahl der Tatorte und vielfältigen Straftaten und Aktivitäten lassen nach wie vor noch keine Rückschlüsse auf ein überregional bzw. durch den organisierten Rechtsextremismus gesteuertes oder geplantes Vorgehen zu. Die Ergebnisse der analytischen Betrachtung der dieser Statistik

zugrunde liegenden Sachverhalte deuten vielmehr auf ein häufig spontanes, durch übermäßigen Alkoholgenuß gefördertes Handeln hin.

Der oder die Täter sind überwiegend örtlich, d.h. in der unmittelbaren Nachbarschaft zum Tat- oder Aktionsort wohnhafte Personen.

Gesamtbelastung an fremdenfeindlichen Gewalttaten für die Bereiche der vier Bezirksregierungen:

Bezirksregierungen	Brandanschläge	Körperverletzungen	Sachbeschädigungen	sonst. Straftaten/ Aktivitäten	Gesamtzahl
Braunschweig	14	9	19	72	114
Hannover	27	8	48	89	172
Lüneburg	19	10	68	77	174
Weser-Ems	21	4	37	82	144
Gesamt	81	31	172	320	604



Bezirksregierung Braunschweig

Kreisfreie Stadt Landkreis	Brandan- schläge	Körperver- letzungen	Sachbe- schädigungen	sonst. Straftaten/ Aktivitäten	Gesamtzahl
Braunschweig (Stadt)	5	2	2	24	33
Salzgitter				2	2
Wolfsburg (Stadt)	2		1	4	7
Gifhorn	1	1	1	5	8
Helmstedt	3	2	3	1	9
Göttingen		1	1	2	4
Goslar	1	1	2	15	19
Northeim			6	10	16
Osterode	1			5	6
Peine	1	2	3	1	7
Wolfenbüttel				3	3
Gesamt	14	9	19	72	114

Bezirksregierung Hannover

Kreisfreie Stadt Landkreis	Brandan- schläge	Körperver- letzungen	Sachbe- schädigungen	Sonst. Straftaten/ Aktivitäten	Gesamtzahl
Hannover (Stadt)	1	3	11	34	49
Diepholz		1			1
Hameln	3	1	2	12	18
Hannover	19	4	25	33	81
Hildesheim	3		8	10	21
Nienburg	1		1		2
Gesamt	27	8	48	89	172

Bezirksregierung Lüneburg

Kreisfreie Stadt Landkreis	Brandan- schläge	Körperver- letzungen	Sachbe- schädigungen	Sonst. Straftaten/ Aktivitäten	Gesamtzahl
Celle	1			2	3
Cuxhaven		1	3	6	10
Harburg	8	1	35	27	71
Lüchow- Dannenberg	1		1	1	3
Lüneburg		2	1	4	7
Soltau- Fallingbostal	2	2	4	8	16
Stade	1	1	4	7	13
Osterholz	1		4	9	14
Rothenburg/W.	2	1	6	4	13
Uelzen	1		3	3	7
Verden	2	2	7	6	17
Gesamt	19	10	68	77	174

Bezirksregierung Weser-Ems

Kreisfreie Stadt Landkreis	Brandan- schläge	Körperver- letzungen	Sachbe- schädigungen	Sonst. Straftaten/ Aktivitäten	Gesamtzahl
Delmenhorst (Stadt)	3		1	11	15
Emden (Stadt)				1	1
Oldenburg (Stadt)			1	5	6
Osnabrück (Stadt)	1		2	9	12
Wilhelmshaven				1	1
Ammerland	1			4	5
Aurich			4	12	16
Cloppenburg			2	3	5
Emsland	7	1	11	16	35
Friesland	2		5	3	10
Grafschaft Bentheim	2		5	1	8
Leer				1	1
Oldenburg	2	2	3	8	15
Vechta		1	3	8	12
Wesermarsch				2	2
Gesamt	18	4	37	85	144

Rechtsextremistische Skinheads

Treibende Kraft unter den militanten Neonazis in Deutschland sind rechtsextremistische Skinheads, denen bundesweit ca. 6.400 Personen zugerechnet werden. Mit ihrer höchst aggressiven Fremden- und Ausländerfeindlichkeit, ihren Anschlägen gegen soziale Minderheiten und ihren Attacken gegen politisch Andersdenkende sind Skinheads nicht nur zu einer Herausforderung für die politische Kultur Deutschlands, sondern auch zu einer akuten Sicherheitsbedrohung geworden. Weil Skinheads in den organisierten Rechtsextremismus nicht einzubinden sind, bundesweite Strukturen fehlen und stringente Theoriegebäude nicht vorhanden sind, gehören sie dem „undogmatischen Rechtsextremismus“ an. Ihre Position ist vergleichbar mit Autonomen im Linksextremismus, die ebenso wie sie nur zu bestimmten, anlaßbezogenen Themenstellungen überregional zusammenkommen, im übrigen aber in der Regel nur regional in Erscheinung treten.

Die Skinheadszene ist in Großbritannien entstanden. Diese Subkultur, der sich Anfang der 70er Jahre vorwiegend arbeitslose Jugendliche zugehörig fühlten, entstand aus steigender Arbeitslosigkeit, umfangreichen Sanierungsobjekten in den englischen Industriestandorten, Wegfall sozialer Bindungen und zunehmender Automatisierung in der Wirtschaft. Anfangs eher unpolitisch und vor allen Dingen in Fußballstadien aktiv, erhielt die britische Skinheadszene mehr und mehr durch enge Kontakte zur britischen National Front (NF) eine neonazistische Ausrichtung. Zentrales Thema

ist seitdem die Fremdenfeindlichkeit. Durch den vermehrten Ausländerzugang aus Ländern des ehemaligen britischen Commonwealth sahen sich Teile der britischen Unterschicht in ihrer Existenz bedroht.

Ende der 70er Jahre wurde das europäische Festland von der Skinheadbewegung erreicht. Während die Skinheadszene in den alten Ländern der Bundesrepublik anfangs – anders als in den westeuropäischen Nachbarstaaten – eher unpolitisch war und auch heute die Politisierung nicht alle Gruppen erreicht hat, entstanden in der ehemaligen DDR Mitte der 80er Jahre Skinhead-Gruppen, die sich als „nationalsozialistische Opposition“ zum kommunistischen System verstanden. Ihre Aktionen waren schon damals gegen Ausländer wie Schwarzafrikaner, Vietnamesen, Polen und Sowjets gerichtet. Auch gegen politisch Andersdenkende richteten sich ihre Aktionen. In der Öffentlichkeit wurden sie kaum oder gar nicht bekannt. Wenn in der SED-beherrschten Presse einmal über Gerichtsverfahren gegen sie berichtet wurde, war allenfalls von jugendlichem Rowdytum die Rede. Nach der Wende in der DDR entwickelte sich sehr rasch eine große Szene mit einer Anhängerzahl von rd. 3.800 Personen. Ihr Politisierungsgrad und ihre Militanz sind höher als in Westdeutschland.

Merkmale der Skinhead-Bewegung

Skinheads verfügen nicht über bundes- oder landesweite Organisationsformen. Selbst in Großstädten gibt es keine fest verankerten Strukturen. Es sind vielmehr lokale oder stadtteilbezogene Personenzusammenschlüsse, deren Zahl abhängig von Führerpersönlichkeiten ist. Zusammenschlüsse bis zu 20 Personen sind die Regel. Zugang zur Szene suchen insbesondere junge Menschen, die Probleme in ihrem Elternhaus haben, schulische und berufliche Ausbildungsgänge nicht bewältigen und das Gruppenerlebnis als Halt in einer für sie schwierigen Umwelt empfinden. Das Alter liegt zu 70 Prozent bei unter 21 Jahren.

In Niedersachsen setzt sich die Altersstruktur der den Sicherheitsbehörden bekanntgewordenen Skinheads wie folgt zusammen: Der Anteil der Jugendlichen und Heranwachsenden bis 18 Jahren beträgt (abgerundet) 19 Prozent, derjenigen zwischen 18 und 25 Jahren 78 Prozent. Der Altersgruppe über 25 Jahren gehören nur 4 Prozent an.

Typische Äußerlichkeiten der Skinheads sind Glatze oder millimeterkurz geschnittenes Haar (daher auch die Bezeichnung: „Glatzen“), uniformähnliche Kleidung wie Bomberjacken, hochgekrempelte Jeans mit breiten Hosenträgern, Doc-Martens-Arbeitsstiefel oder Springerstiefel. Engagiert sich die Bevölkerung gegen Skinheads wie z.B. nach der Tötung eines Bundeswehrsoldaten in der Silvesternacht 1990/91 in Rosdorf bei Göttingen durch zwei Skinheads, ändern Skins aus Gründen der eigenen Sicherheit ihr Äußeres. Göttinger Skins ließen sich lange Haare wachsen, um als Skins nicht erkannt zu werden.

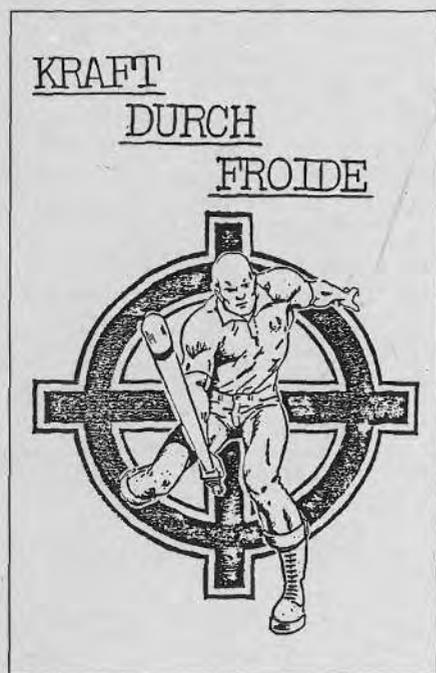
Besonders durch die Übernahme nationalsozialistischer Symbole provozieren Skins Staat und Gesellschaft. Während viele Äußerlichkeiten jugendlicher Subkultur (Rocker, Punker usw.) Eingang in die allgemeine Mode gefunden haben (bunte Haarsträhnen zum Beispiel, mit denen man sich Anfang der 80er Jahre von der bürgerlichen Umwelt absetzte und ältere Mitbürger provozierte, sind heute durchgängig akzeptiert und ziehen keine Proteste mehr auf sich), führt das Zeigen nationalsozialistischer Symbole unmittelbar zu starken Protesten. Auch das Keltenkreuz, mit dem das gemeinsame kulturelle Erbe der nordischen Rasse symbolisiert werden soll, gehört zu den Erkennungsmerkmalen der Skinheadszene. Dieses Kreuz ist Kennzeichen der verbotenen Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBd/PdA). Seine Verwendung ist strafbar.

Insbesondere bei den westdeutschen Skinheads ist die Frage erlaubt, ob ihre Anhänger vollständig im Neonationalsozialismus verwurzelt sind oder ob ihre Szenezugehörigkeit von ihnen teilweise selbst als Provokation der bürgerlichen Umwelt verstanden wird. Ein Zurückholen insbesondere jugendlicher Skinheads aus der Szene erscheint möglich, allzu schnelles Ausgrenzen führt eher zum dauerhaften Verbleiben im organisierten Rechtsextremismus.

In der deutschen Skinheadszene gibt es zur Zeit in unterschiedlicher Stärke drei Richtungen.

Eine Minderheit in der Skinhead-Bewegung stellen die „antifaschistischen Skins“ dar, die dem linken Spektrum zuzurechnen sind. Sie nennen sich Redskins (Rote Glatzen) oder S.H.A.R.P.s (Skinhead Against Racial Prejudice – Skinheads gegen rassistische Vorurteile).

Einen zahlenmäßig großen Anteil stellen die sogenannten Oi-Skins. Der Begriff geht vermutlich auf die englische Übersetzung des Namens der nationalsozialistischen Freizeitorganisation „Kraft durch Freude“ (Strength through Joy) zurück. Er soll signalisieren, daß nicht die politische Agitation an erster Stelle steht, sondern der Spaß. Dessen ungeachtet bezeichnen sich die Oi-Skins als „Patrioten“ und lassen eine stark „reservierte“ Haltung gegenüber Ausländern erkennen.



Nach eigenen Aussagen sind sie eher rechts als links orientiert, lehnen aber rechtsextremistische Zielvorstellungen sowie Denkweisen grundsätzlich ab.

Vorherrschend in der Szene sind in den letzten Jahren die rechtsextremistisch beeinflussten Skinheads. Diese sogenannten White-Power-Skins, die auch Boneheads (Knochenköpfe) genannt werden, unterhalten – mit unterschiedlicher Intensität – Kontakte zu rechtsextremistischen Organisationen. Sie sind die das Image der Skinheads prägende „rassistische Prügeltruppe“.

Skinheads haben überwiegend kein Interesse an einer theoretischen Auseinandersetzung mit den Grundlagen rechtsextremistischer Theorien. Ihr oberflächliches Wissen vom Nationalsozialismus beschränkt sich auf Bruchstücke von Rassismus sowie Antisemitismus. Ihre Haltung ist von einem übersteigerten Nationalismus geprägt. Alles Fremde wird abgelehnt.

Gewalttätigkeiten rechtsextremistischer Skinheads richten sich vor allem gegen Asylbewerber, Farbige, aber auch „linksorientierte“ Deutsche, Homosexuelle, Prostituierte und Stadtstreicher wegen ihres „undeutschen Wesens“.

Verhältnis zur Gewalt

Gewalt stellt für viele Skinheads die einzige Möglichkeit dar, Konflikte zu lösen. Deshalb ist eine geistig-politische Auseinandersetzung mit ihnen auch schwer möglich. Als Vorbild dient ihnen der SA-Mann, der „mit der Brutalität und Härte den politischen Gegner ausschaltete“. Gewaltverherrlichung belegen auch Titelseiten von Skinhead-Publikationen (Fanzines), Plakate, Postkarten, Liedertexte und Cover von Langspielplatten.



Fehlende Organisationsstrukturen

In der Skinheadszene – einer jugendlichen Subkultur – sind weder in Niedersachsen noch auf Bundesebene feste Organisationsstrukturen vorhanden. Die stadtteilbezogenen Zusammenschlüsse sind in ihren Aktivitäten abhängig von Anführern. Diese Leitfiguren beeinflussen die Aktionen der Gruppe. Dabei stehen viele Aktivitäten mit ihrem Alkoholkonsum in Zusammenhang und erfolgen insoweit spontan. Das macht die Berechenbarkeit dieser Gruppen fast unmöglich. Skinheads sind in der Regel undiszipliniert; Versuche von rechtsextremistischen Organisationen, Skins in ihre Arbeit einzuspannen, scheiterten daran immer wieder. Dennoch sind zahlreiche Kontakte zwischen Neonazi-Organisationen und Skinheads bekannt.

Der Skinhead-Bewegung müssen nach dem derzeitigen Erkenntnisstand der Sicherheitsbehörden bundesweit rd. 6.400 (2.600 in den alten Bundesländern und 3.800 in Ostdeutschland einschl. Berlin) Personen zugerechnet werden. Davon sind in Niedersachsen rund 500 Skins (Stand 31. 12. 1992) mit mehr oder weniger ausgeprägten neonazistischen Aktivitäten bekanntgeworden. Regionale Schwerpunkte von rechtsextremistisch orientierten Skinheads sind in Niedersachsen Stadt und Landkreis Hannover; die Regionen Buchholz / Tostedt / Lüneburg; Oldenburg / Wildeshausen sowie Göttingen / Northeim / Uslar.

Kontakt zu anderen rechtsextremistischen Organisationen

In der gewaltbereiten fremdenfeindlichen Haltung der Skinheads sehen insbesondere Angehörige neonazistischer Organisationen Möglichkeiten, diese Szene für die eigenen Zielvorstellungen zu gewinnen und sie in ihre politische Arbeit einzubinden.

In Niedersachsen hatte sich um den inzwischen aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesenen österreichischen Neonazi und FAP-Funktionär Karl POLACEK ein fester Kontakt zwischen der neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP) und Skinheads entwickelt. Einige FAP-Aktivisten und Anführer wurden in dieser Zeit aus der Skinhead-Szene rekrutiert. Die weitere Entwicklung nach der Auflösung des FAP-Stützpunktes im Hause POLACEK bei Göttingen wird sorgfältig beobachtet.

Der zum Nachfolger von POLACEK gewählte neue FAP-Landesvorsitzende, der selbst ein Skinhead war, scheint die Verbindungen zu dieser Szene halten und sogar ausbauen zu können.

Nach ihrem Selbstverständnis als jugendliche Subkultur sind Skinheads grundsätzlich nicht zu einer zielgerichteten planmäßigen Zusammenarbeit mit dem organisierten Rechtsextremismus bereit. Mit ihrem zügellosen militanten Aktionismus wollen sie lieber gleich „reinen Tisch“ machen und sich dabei nicht von Parteifunktionären hineinreden lassen.

Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Organisationen oder Parteien wie der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) oder der Deutschen Volksunion (DVU) stellen eher die Ausnahme auf lokaler Ebene dar. Allerdings bestehen auf dieser Ebene Verbindungen zu verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen. So fungierten Skinheads als Schlägertrupps bei Versammlungen, Tagungen oder Wahlveranstaltungen. Ihr Beweggrund ist dabei weniger der Schutz der jeweiligen Versammlungsteilnehmer als vielmehr die Bereitschaft zur körperlichen Auseinandersetzung mit politischen Gegnern.

Beispiele von Gesetzesverletzungen durch Skinheads in Niedersachsen

18. 5. 1992

Vor einem Asylbewerberheim in Einbeck skandierten mit Baseballschlägern bewaffnete Skinheads „Ausländer raus“, „Deutschland den Deutschen“, „Heil Hitler“ und „Wir stecken euch das Haus an“.

12. 6. 1992

In Burgdorf wurde eine Person von vier teilweise bewaffneten Skinheads angegriffen und schwer mißhandelt.

6. 8. 1992

In Buchholz wurden von Skinheads 3 Sprengstoffanschläge auf Telefonzellen und auf einen Pkw verübt.

4. 9. 1992

Anlässlich einer Veranstaltung der Antifa-Buchholz wurde das Jugendzentrum in Buchholz von 30 Skinheads, die u.a. auch aus Harburg und Tostedt angereist waren, mit Brandsätzen, Leuchtspurmunition, Reizgas und Steinen angegriffen.

5. 9. 1992

In Hannover wurde nach einer Skin-Fete ein Spanier von vier Skinheads grundlos zusammengeschlagen. Bei den Ausschreitungen wurde ein Pkw erheblich beschädigt.

11. 9. 1992

Im Innenstadtbereich von Dannenberg kam es zwischen Skinheads und politischen Gegnern zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit Körperverletzungen und erheblichen Sachbeschädigungen.

19. 9. 1992

Auf einem Grillplatz in der Nähe von Uslar fand die „1.000 Büchsen-Bier-Fete“ statt, an der rund 100 Skinheads aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen.

Zur Stürmung des in der Nähe des Grillplatzes befindlichen Asylbewerberheimes kam es aufgrund des konsequenten Polizeieinsatzes nicht. Wegen Landfriedensbruchs, Trunkenheit im Verkehr und Sachbeschädigung wurden 16 Skinheads festgenommen.

18. 9. 1992

In Wildeshausen kam es zu schweren Auseinandersetzungen mit der Polizei, als rund 40 Skinheads die Räume einer alternativen Wohngemeinschaft unter Rufen ausländischer Parolen stürmten. Einige Bewohner der Wohngemeinschaft wurden erheblich verletzt.

29. 11. 1992

Ein libanesischer Staatsangehöriger wurde in einem Asylbewerberheim in Hannover von mehreren Skinheads erheblich verletzt.

Die Skinheads waren mit einer Pistole, Messern und Schlagwerkzeugen bewaffnet.

8. 12. 1992

Ein Schüler aus Goslar wurde von Skinheads als „Zecke“ und „Kommunist“ beschimpft, geschlagen und von seinem Jackenärmel der Aufnäher „Gegen Nazis“ abgerissen.

10. 12. 1992

Zwei Skinheads schlugen in Wildeshausen zwei ausländische Staatsangehörige grundlos mit Schlagringen zusammen.

Skinhead-Publikationen – Fanzines –

Die sogenannten Fanzines sind das wichtigste Kommunikationsmittel für die Skinhead-Subkultur. Der Begriff „Fanzine“ stammt aus dem Englischen und steht als Abkürzung für die Wörter „fan“ und „magazine“. Damit wird ausgedrückt, daß es sich bei diesen Publikationen um interne Texte von und für Anhänger dieser Szene handelt. Nicht alle der bundesweit etwa 80 Skinhead-Magazine sind als rechtsextremistisch zu betrachten. Einige wie z.B. „SPASZ und FROIDE“, „S.O.S.-Bote“ und „RÜLPS“, die vom Inhalt her kaum extremistische Anhaltspunkte erkennen lassen, zählen jedoch zur Minderheit.

Anfangs dienten die Fanzines lediglich dem Informationsaustausch über Skinheadkonzerte und -bands sowie verschiedene Veranstaltungen der jeweiligen örtlichen Szene, beispielsweise „Festgelage“ unter dem Motto „Saufen bis der Doktor kommt“. Politische Inhalte wurden entweder gar nicht oder nur ganz am Rande vermittelt.

1982 sah es das im Bundesgebiet verbreitete Fanzine „Attacke“, Berlin, erstmals als „heilige Pflicht“ an, mit „diesem Völkischen Beobachter die kahlköpfige Bewegung mit ideologischem Gedankengut zu versorgen“. Dabei forderte es die Skinheads dazu auf, für den Erhalt ihrer Rasse einzutreten. Das Fanzine, das offen seine neonazistische Einstellung erkennen ließ, verkündete in der im Sommer 1983 erschienenen dritten Ausgabe: „Das politische Bewußtsein der Skinheads reicht von rechtsextrem bis anarchistisch.“ Dazu gehörten aber auch viele, „die einfach nur ihren Spaß haben wollen.“

Die rechtsextremistische Ausrichtung vieler Fanzines tritt durch die darin enthaltenen Feindbilder klar zutage: Farbige, Juden, Asylbewerber, Ausländer (insbesondere solche, die nicht aus Europa stammen), sogenannte „Undeutsche“ wie Prostituierte, Homosexuelle, aber auch geistig und körperlich Behinderte zählen zu den erklärten Gegnern. Diese Personengruppen stehen im Mittelpunkt einer zum Teil beispiellosen Hetze in den Magazinen, wobei u.a. Zeichnungen dazu anregen sollen, gegen das „Gesindel“ vorzugehen.

Einzelne Fanzines differenzieren ihre Feindbilder. So wurde in „Endsieg – Das Zine der Nationalistischen Bewegung“ neben den Juden der „amerikanische Imperialismus“ als Hauptfeind bezeichnet. „Der Kampftrinker“ legt seinen Schwerpunkt auf ausländerfeindliche Agitation und bedient sich dabei übelster Witze und Karikaturen. Andere Fanzines wie „Das Fadenkreuz“ lehnen sich hauptsächlich an die Vorstellungen des US-amerikanischen Geheimbunds Ku-Klux-Klan an, der wegen der „Reinhaltung der weißen Rasse“ den Kampf gegen Farbige zu seinen vordringlichsten Aufgaben zählt.

Die häufig rassistische und antisemitische Tendenz in den Fanzines wird nicht zuletzt durch die Wiedergabe volksverhetzender Liedtexte von Skinbands sowie durch Interviews mit den Bandmitgliedern verstärkt. Kommentarlos geschilderte Ausschreitungen von Skinheads sollen zur Nachahmung anspornen. Gerade diese Gewaltkomponente, die entsprechend der stereotypischen Auffassung zur Lösung von Problemen geeignet ist, verleiht ihnen höchste Aufmerksamkeit der Medien, was wiederum dazu beiträgt, ihr Selbstwertgefühl zu stärken.

In Niedersachsen sind folgende Fanzines bekannt:

Behnsdorfer Skin-Fanzine

Der inhaltliche Schwerpunkt der ersten Ausgabe umfaßt die Skinhead-Musikszene und die Verunglimpfung politischer Gegner.

Der Angriff, Uslar

Dieses Fanzine ist bisher mit 5 Ausgaben erschienen. Auch in diesen Fanzmagazinen werden die Mitglieder von Skinhead-Bands in Interviews vorgestellt und Konzerte einschlägiger Bands beschrieben. Die politische Zielrichtung des Fanzines ergibt sich aus den Abbildungen, die zum bewaffneten Kampf gegen Ausländer und Punks aufrufen.

Midgard, Barendorf

Dieses Fanzine ist eine Ausgabe für Skingirls in Deutschland und nimmt die Interessen der „Skingirl-Front Deutschland“ (SFD) wahr. Die Zielrichtung der bisherigen Ausgaben lag ganz in der Tradition der „NS-Frauenschafter“. Zukünftig, so wurde in einer Notausgabe aus Lüneburg angekündigt, sollen die Ausgaben neutraler mit Szeneberichten, Interviews und Buchtips gestaltet werden.

Skinhead-Musik und Skinhead-Bands
Wegbereitend für die politische Ausrichtung der Skinheads waren und sind vor allem die Skinhead-Musikgruppen, die mit ihrer Musik und insbesondere ihren Texten die Subkultur politisch beeinflussen.

In Liedertexten werden unverhüllt Rassismus und Nationalismus propagiert; der Skinhead wird als „politischer Soldat“ ermutigt, den „harten Kampf in diesem Rassenkrieg“ zu bestehen.

Die Botschaften der rechtsextremistisch orientierten Musikgruppen erreichen die gesamte Skinhead-Szene. Bei den deutschen Texten sind folgende Aussagen vorherrschend:

1. *Die weiße Rasse, die Herrenrasse, ist zu bewahren, da sie durch Rassenvermischung, zionistische Mächenschaften, Kommunismus, Kapitalismus und Gleichgültigkeit der herrschenden demokratischen Systeme akut bedroht ist.*
2. *Die Feinde der weißen Rasse, Kommunisten, Kapitalisten, Juden, sind zu beseitigen und durch einen „nationalen Sozialismus“ zu ersetzen.*
3. *Skinheads, „arische“ Jugendliche, haben die „Gefahr für ihre Rasse erkannt“ und sehen sich als Kämpfer in einem bevorstehenden Rassenkrieg. Zum Teil werden Verbindungen zwischen Skins und der SA, also dem „politischen Soldaten“ des Nationalsozialismus, hergestellt. Der Kampf gegen die Feinde der Rasse und Nation tobe bereits auf der Straße.*

Rechtsextremistische Skinhead-Bands und deren Verleger waren Ziel einer bundesweiten Aktion der Sicherheitsbehörden, die am 3. Februar 1993 in sieben Bundesländern durchgeführt wurde. Wegen des Verdachts der Volksverhetzung, der Aufstachelung zum Rassenhass und der Gewaltverherrlichung durchsuchte die Polizei Wohnungen, Übungs- und Geschäftsräume von 10 Bands sowie zwei Musikverlage, die Tonträger mit Skinhead-Musik vertreiben. Dabei wurde umfangreiches Beweismaterial wie Tonträger, Video-Aufzeichnungen von Konzerten, Bestellkataloge und Geschäftsunterlagen sichergestellt.

Waffen und Munition stellte die Polizei bei Mitgliedern von Bands in Bottrop und Gütersloh sicher. Einer der Schwerpunkte war die Durchsuchung von drei Objekten des Plattenvertriebs Rock-o-Rama in Köln und Brühl, der Tonträger von zahlreichen Skinhead-Bands im In- und Ausland vertreibt.

Die Aktion war von der Informati-
onsgruppe zur Beobachtung und
Bekämpfung rechtsextremistischer/
terroristischer, insbesondere fremden-
feindlicher Gewaltakte (IGR) initiiert
und abgestimmt worden. Bei der IGR
handelt es sich um eine Arbeitsgruppe,
in der das Bundesamt für Verfassungsschutz,
das Bundeskriminalamt, die
Bundesanwaltschaft sowie Verfas-
sungsschutz- und Polizeibehörden der
Länder zusammenarbeiten. Ergänzend
zu den Erkenntnissen der Polizei hatte
der Verfassungsschutz umfangreiche
Beweismittel zur Verfügung gestellt
(z.B. Textauswertungen, Publikatio-
nen, Video-Aufzeichnungen, Perso-
nendaten).

Die Aktion richtete sich gegen fol-
gende Bands: Macht und Ehre, Landser
(Berlin); Commando Pernod, Oi Dramz
(Hamburg); Stuka, Werwolf (Bottrop,
Gütersloh); Störkraft (Andernach);
Bomber, Kroizfoier (Meerane, Lob-
städt/Sachsen). Weitere Durchsuchun-
gen in Erlangen und Nürnberg stan-
den in engem Zusammenhang mit der
Band Radikahl. Neben dem Kölner
Plattenvertrieb wurde auch der Ver-
trieb Nordland-Video im niedersächsi-
schen Beckedorf durchsucht.

Nähere Informationen über
Ursprung, Hintergründe, Merkmale
und Weltanschauung der deutschen
Skinhead-Bewegung bietet eine Bro-
schüre des Niedersächsischen Innenmi-
nisteriums. Sie enthält in ihrer im
November 1993 erschienenen dritten
Auflage erstmals auch eine strafrecht-
liche Bewertung von Liedtexten meh-
rerer Skin-Bands. Die Broschüre ist
kostenlos erhältlich beim Referat für
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des
Niedersächsischen Innenministeriums,
Lavesallee 6, 30169 Hannover,
Tel.: (05 11) 120-62 58 oder 120-29 44.

Folgerungen aus den Ausschreitungen in Rostock

In den Abendstunden des 22. August
1992 und den vier darauffolgenden
Abenden und Nächten kam es vor der
Zentralen Aufnahmeestelle für Asylbe-
werber (ZASt) im Rostocker Stadtteil
Lichtenhagen zu den bislang schwer-
sten fremdenfeindlichen Ausschreitun-
gen gegen Asylbewerber seit Ausbruch
der rechtsextremistischen Gewaltwelle
im Herbst 1991. Dabei kam es zu einer
bisher nicht gekannten gewalttätigen
Konfrontation mit Polizeikräften. Die
Rostocker Ereignisse stellen die bisher
häufig zitierten Vorfälle im sächsi-
schen Hoyerswerda im September
1991 in den Schatten, sowohl was die
Zahl der rechtsextremistischen Gewalt-
täter, den pogromartigen Ablauf, den
deutlich gewordenen Haß als auch das
Ausmaß der Verwüstung angeht.

Die Sicherheitsbehörden hatten
keine Vorfelderkenntnisse über die
fremdenfeindlichen Aktivitäten in
Rostock. Die Vermutung, die Aus-
schreitungen seien von Rechtsextr-
emisten überregional geplant und organi-
siert worden, ließ sich nicht
bestätigen. Auszuschließen ist, daß
rechtsextremistische Organisationen
logistisch und organisatorisch vorbe-
reitend gehandelt haben. Vielmehr
gibt es Anhaltspunkte dafür, daß Neo-
nazikreise von den ersten Rostocker
Krawallen überrascht wurden.
Erstaunt waren sie darüber, daß der-
maßen gewalttätige Ausschreitungen
ohne sie überhaupt möglich waren.
Mecklenburg-Vorpommern war aus
Sicht organisierter Neonazis ein
„weißer Fleck“ auf ihrer Landkarte.
Dort konnte bislang keine relevante
neonazistische Organisation aus den
alten Bundesländern dauerhaft Fuß
fassen. Über Rädelsführer und Akteure
„Ost“ war den Neonazis „West“ so gut
wie nichts bekannt.

Westdeutsche Neonazi-Führer gehen davon aus, daß Gewalteskalationen gegen Ausländer und Asylbewerber wie in Rostock unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Westdeutschland nicht denkbar und selbst in den ostdeutschen Bundesländern so nicht zu wiederholen sind. Das Ausmaß der Rostocker Vorfälle geht zum einen auf den besonderen Umstand zurück, daß die ZAST in einem Wohngebiet mit hoher Bevölkerungsdichte liegt, zum anderen stand den zunächst nicht ausreichenden Polizeikräften eine überdurchschnittlich starke Skinhead- und Hooligan-Szene gegenüber.

Radikalität und Militanz ostdeutscher „Glatzen“ heben sich – selbst nach Einschätzung von Skins aus den alten Bundesländern – „qualitativ“ deutlich von der westdeutscher Gesinnungsgenossen ab.

Weit stärker als die Vorfälle von Hoyerswerda haben die Ereignisse in Rostock verdeutlicht, in welchem Maße soziale Konfliktlagen – hier die Asylproblematik – und das Ausbleiben politischer Problemlösungen dazu führen, daß Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele von einem Teil der betroffenen Bevölkerung nicht nur billigend in Kauf genommen, sondern sogar ausdrücklich begrüßt wird. Der eklatante Anstieg rechtsextremistischer Gewalttaten im Anschluß an Rostock zeigt, daß die hier sichtbar gewordene Gewaltakzeptanz einen wichtigen Motivationsfaktor für militante Rechtsextremisten darstellt. Bis Rostock wurden bundesweit etwa 630 fremdenfeindliche Gewalttaten mit erwiesener oder zu vermutender rechtsextremistischer Motivation registriert. Bis Ende November hatte sich diese Zahl auf ca. 2.000 Gewalttaten mehr als verdreifacht.

Erfolgreich sehen sich die Rostocker Gewalttäter im erzwungenen Abzug

der Asylbewerber und dem gewaltigen Medienecho. Zugleich fühlten sie sich – zumindest für die ersten drei Tage – als Vollstrecker des Mehrheitswillens der Bevölkerung. Die Öffentlichkeit vor Ort distanzierte sich von den Gewalttätern erst, als die Asylbewerber abgezogen waren, sich die Gewalt allein gegen die Polizei richtete und auch das Eigentum von Lichtenhagener Bürgern in Mitleidenschaft gezogen wurde. Aus der Sicht des organisierten Neonazismus waren die Krawalle spätestens zu diesem Zeitpunkt politisch kontraproduktiv. Das Vorgehen gegen die Asylbewerber sei politisch zu vermitteln gewesen, mit der Randalie gegen die Polizei seien die Akteure vor Ort jedoch zu weit gegangen.

Schändung jüdischer Friedhöfe

Jüdische Friedhöfe sind seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland bevorzugtes Ziel antisemitischer Aktionen von Rechtsextremisten. Mit 28 Anschlägen im 4. Quartal 1992 war eine deutliche Zunahme zu verzeichnen. Damit erhöhte sich die Zahl der Anschläge auf 52. In 25 Fällen deuteten tatsächliche Anhaltspunkte auf eine Täterschaft von Rechtsextremisten hin (1991: 40/10). In den meisten anderen Fällen ist rechtsextremistische Motivation aufgrund des Zielobjektes zu vermuten. So stießen am 17. November Unbekannte auf dem jüdischen Friedhof in Bückeburg zwei Grabsteine um. Auf weitere 20 Grabsteine sprühten sie NS-Symbole und fremdenfeindliche Parolen.

**Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
(FAP)**

Die 1979 gegründete FAP bildete auch 1992 mit ihren rassistischen und fremdenfeindlichen Propagandaparolen den geistigen Nährboden für Übergriffe gegen Fremde. So hieß es in ihrer Zeitschrift Neue Nation – Volkstreue Zeitung für Deutschland:

*„Wir haben als nationale Sozialisten absolut nichts gegen Ausländer ... Wir wehren uns aber gegen jene unerwünschten Ausländer, die aus unserem Land eine volks- und sit-
tenzerstörende Oase machen wollen und uns nichts anderes zu bieten haben als negroide und orientalische Gesänge, die unserem Volkstum fremd sind.“ (3/91)*

**Gegen
Multikulturelle Gesellschaft
und Ausländerintegration**

**FÜR
DEUTSCHLAND**



FREIHEITLICHE
DEUTSCHE ARBEITERPARTEI
Postfach 11 34, 2083 Halstenbek
Info - Tel. 0 41 01 / 4 85 57

V. u. d. P. Freiheitliche Basis, Kampferstr. 11, 8030 München 71

**DEUTSCHLAND,
DEUTSCHLAND**

ÜBER ALLES!



FREIHEITLICHE
DEUTSCHE ARBEITERPARTEI
Postfach 11 34, 2083 Halstenbek
Info.-Tel. 0 41 01 / 4 85 57

V. u. d. P. Freiheitliche Basis, Kampferstr. 11, 8030 München 71

Politisches Ziel der FAP bleibt die Verwirklichung des Nationalsozialismus:

„Es wird jetzt endlich Zeit für eine rechte Alternative. Zeit für eine Partei mit einem sowohl nationalen als auch sozialistischen Konzept.“ (1/91)

Interne Streitigkeiten, insbesondere im Führungskader, sowie der Aufbau neuer neonazistischer Organisationen führten im Ergebnis zu einer sich fortsetzenden Schwächung der FAP. Trotz dieser Schwierigkeiten ist es der Partei allerdings 1992 gelungen, die Zahl der Mitglieder von 150 auf etwa 220 zu steigern. Sie hatte seit 1990 im Großraum Berlin Fuß fassen können und dort neue Anhänger gewonnen.

Der niedersächsische FAP-Landesverband hat nach der Abschiebung des Landesvorsitzenden Karl POLACEK im Januar 1992 nur noch geringe Aktivitäten entwickelt. Der im April gewählte Nachfolger hat es im Berichtszeitraum nicht geschafft, den Landesverband mit seinen etwa 20 Mitgliedern erfolgreich zu reaktivieren. POLACEK war am 22. Januar 1992 nach Österreich abgeschoben worden. Nach den von der zuständigen Ausländerbehörde dargestellten Gründen bot POLACEK durch sein Verhalten den begründeten Anlaß zu der Prognose, daß er „auch künftig die geltenden Rechtsvorschriften ignorieren und durch das Begehen weiterer Straftaten die öffentliche Sicherheit und Ordnung der Bundesrepublik beeinträchtigen“ werde. Seine Ausweisung aus der Bundesrepublik Deutschland sei „demnach das einzig wirksame Mittel“, um seinem schädlichen Verhalten entgegenzuwirken.

Nationalistische Front (NF)

Die 1985 in Steinhagen bei Bielefeld gegründete Organisation, die am 27. November 1992 vom Bundesinnenminister verboten worden ist, strebte nach dem Vorbild der Brüder Strasser aus der Weimarer Zeit die Errichtung eines Nationalstaates auf der Basis einer sozialistischen Volksgemeinschaft an, deren Schwerpunkte in ihrem Aktionsprogramm wie folgt beschrieben werden:

- *Genossenschaftliche Selbstorganisation der Schaffenden in den Betrieben,*
- *Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Enteignung des Großkapitals,*
- *Brechung der Zinsknechtschaft und Stärkung des Bauertums sowie kleiner und mittelständischer Betriebe.*

Darüber hinaus forderte die NF mit Nachdruck die „Rückführung aller Ausländer in ihre Heimatländer, beginnend bei den Kriminellen, Illegalen und Arbeitslosen“. Die Ausländerpolitik der Bundesrepublik wurde als „aggressive Integrationspolitik auf Kosten unseres Volkes und seiner Nachkommen“ verurteilt. Die NF behauptete, „das Chaos ist vorprogrammiert“ und „mit Volldampf geht es in den biologischen und kulturellen Volkstod“. Unter dem Schlagwort „Schluß mit dem Holocaustvorwürfen“ stellte die NF die an den Juden begangenen NS-Verbrechen in Frage und forderte: „Macht Schluß mit Schwindel und Heuchelei.“

Zwei Drittel unseres Volkes sind für

Ausländer raus!

Des Volkes Wille ist unser Auftrag

Wir wehren uns gegen alle Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, das deutsche Volk in seiner Seele, seiner kulturellen und völkischen Identität zu schädigen oder gar zu vernichten. Das hat nichts mit „Ausländerhaß“ oder „Übermenschentum“ zu tun, wie es die linke Lügenpropaganda ständig behauptet, sondern allein mit dem natürlichen Lebensrecht unseres Volkes. Einem nationalen Existenzrecht, welches heute selbst dem kleinsten Negerstamm zugebilligt wird!

Deutsche Politiker, die laut Amtseid „Schaden vom deutschen Volk wenden sollen“, sind drauf und dran, eben dieses Volk zu zerstören. Trotz verbaler Versprechungen, eine Besserung der Zustände herbeizuführen, werden diese nicht besser, sondern immer schlimmer! Wir Deutsche können also von diesem System keine volkstreue Politik erwarten.

Wir müssen unsere Forderungen selbst durchsetzen!

Das heißt:

1. **Sofortigen Einreisestop für Wirtschaftsasylanten.**
2. **Sofortige Ausweisung aller kriminellen und sich illegal aufhaltenden Ausländer.**
3. **Schrittweise Rückführung aller Ausländer innerhalb von drei Jahren, die nicht im weitesten Sinne dem mitteleuropäischen Kulturraum zuzurechnen sind. Ausgenommen sind politisch Verfolgte.**
4. **Überprüfung der Aufenthaltsrechte aller verbliebenen Ausländer.**
5. **Volksdeutschen aus anderen Ländern soll grundsätzlich Aufnahme und Staatsangehörigkeit gewährt werden. Bezüglich Ostdeutschland ist jedoch alles für eine Verbesserung der Lebensbedingungen und der politischen Situation in ihrer Heimat zu tun, um ihnen dort ein Verbleiben zu erleichtern.**
6. **Kein Ausländer darf deutscher Staatsbürger werden, sondern fällt immer nur unter Gastrecht.**

Im Volk ist eine Kraft entstanden, an der „unsere“ Politiker nicht mehr vorbeikommen. Diese Bewegung muß weiter wachsen, muß ihren Einfluß vergrößern und Macht erringen, um ändern zu können, denn . . .

Wir müssen und werden ändern!

Schimpft nicht länger – handelt!

**Mit uns für eine starke, deutsche Kraft –
für die Rechte des Volkes!**

NATIONALISTISCHE FRONT

Die vernünftige Alternative zu einer kranken Welt

Diesen Abschnitt an folgende Anschrift senden:

Impressum

Nationalistische Front (NF)
östlich 1020 30
4800 Sinsfeld 1
Druck: Eigendruck
V.I.S.d.P.: Frank Schuster

**NATIONALISTISCHE
FRONT (NF)**

**Postfach 22 36
4830 Gütersloh 1**

- Ich bitte um kostenloses Informationsmaterial
- Ich möchte zu einer Veranstaltung eingeladen werden
- Ich will Mitglied der NATIONALISTISCHEN FRONT werden

Achtung wichtiger Hinweis! Wir beantworten grundsätzlich innerhalb von 14 Tagen jede Zuschrift. Sollte in diesem Zeitraum von uns keine Nachricht angekommen sein, könnt Ihr davon ausgehen, daß Euer Brief uns nicht erreicht hat, dann nochmals schreiben, oder anrufen unter der Telefonnummer: 0 52 32 888 92

In seiner Verbotsverfügung stellte der Bundesinnenminister fest, daß die NF durch ihre aggressiv-kämpferische Einstellung darauf abziele, die demokratische Grundordnung zu beseitigen. Insbesondere der Plan zum Aufbau eines nationalen Einsatzkommandos demonstrierte den militanten Charakter der Vereinigung. In einer bundesweiten Aktion wurden von der Polizei die Wohnungen von 52 Anhängern der Nationalistischen Front in 10 Bundesländern durchsucht. Einen Schwerpunkt der Exekutivmaßnahmen bildete das NF-Zentrum in Pivitsheide bei Detmold.

In Rundschreiben an Mitglieder erklärte der ehemalige Bundesvorsitzende der NF, Meinolf SCHÖNBORN (37), die NF sei rechtswidrig verboten worden. Mit dem Verbot sei internationalem Druck nachgegeben und geltendes deutsches Recht gebrochen worden, nachdem die stark antideutsche Presse das NF-Verbot geistig vorbereitet habe. SCHÖNBORN erklärte ferner, den Kampf weiterführen zu wollen. Gegen das rechtswidrige Verbot werde er alle juristischen Möglichkeiten ausschöpfen. In Presseerklärungen behauptete er u.a., die NF sei ein Opfer von besatzer- und ausländerhörigen Politikern geworden, von denen diese Republik zugrunde gerichtet werde.

Die NF hat gegen das Vereinsverbot Klage eingereicht.

In Niedersachsen war die NF mit den Ortsgruppen Braunschweig und Delmenhorst aktiv. Während die zahlen-

mäßig kleine Gruppe in Delmenhorst kaum nennenswert in Erscheinung trat, rückte die Braunschweiger Organisation durch die Aktivitäten ihrer Mitglieder im Zusammenhang mit Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz und des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung nach § 129a StGB in den Blickpunkt der Öffentlichkeit.

Im Rahmen dieses Ermittlungsverfahrens wurden am 3. März 1993 63 Räume und Wohnungen von 53 Beschuldigten durchsucht. Der Schwerpunkt der Durchsuchungen lag mit 47 Objekten im Regierungsbezirk Braunschweig. Darüber hinaus richteten sich die Maßnahmen gegen Objekte in Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen.

Unter den beschlagnahmten Gegenständen befanden sich sieben Vorderladergewehre, ein Kleinkalibergewehr, ein Trommelrevolver, selbst hergestelltes Schießgerät, ca. 200 Schuß scharfer Munition, Chemikalien, Dolche und manipulierte Gasrevolver. Auch rechts-extremistische Literatur, neonazistisches Schriftmaterial, Computerdisketten und Fotos von Polizeibeamten wurden aufgefunden.

Bereits am 2. Juli 1992 hatte die Polizei in Braunschweig bei Wohnungsdurchsuchungen Beweismaterial sichergestellt, das den Verdacht der Bildung einer terroristischen Vereinigung begründete. Unter anderem waren damals umfangreiche Munitionsbestände, Material, das zur Herstellung von Sprengsätzen geeignet ist, eine Liste mit Zielpersonen für mögliche Anschläge (einschl. einzelner Auspähungsergebnisse sowie umfangreiches Adressenmaterial) beschlagnahmt worden, das die Anschriften von Justiz-, Polizeiangehörigen und politischen Gegnern enthielt und in der Presse als „Todesliste“ bezeichnet wurde.

Deutscher Kameradschaftsbund
Wilhelmshaven (DKB)

Der niedersächsische Innenminister hat mit Verfügung vom 18. Dezember 1992 den DKB verboten. Danach

ist der DKB eine rechtsextremistische Vereinigung, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung im Sinne des Artikels 9 Abs. 2 des Grundgesetzes und des § 3 Abs. 1 Satz 1 des Vereinsgesetzes richtet. Aufgrund von Aus-

Deutscher Kameradschaftsbund



VEREINIGTE RECHTE

Deutschlands Zukunft geht uns alle an! II.

Unheimliches geht in Deutschland vor!

Immerzu werden von den Gerichten nur Deutsche verfolgt, gehetzt und gejagt. Ausländer genießen stets Straffreiheit, wenn sie Deutsche als Nazischweine oder nur als Schweine beschimpfen und bespucken. So ausländerfreundlich und deutschfeindlich sind 'deutsche' Gerichte! Der pure Deutschenhaß zeigt seine Fratze. Dabei sind Ausländer nur Gäste auf Zeit in Deutschland und haben sich als Gäste wohlzuverhalten. Asylschwindler haben jedoch hier nichts zu suchen.

Raus mit ihnen!

Keinen Pfennig aus deutschem Schweiß für diese Schmarotzer! Wenn nichts mehr zu holen ist, fallen sie wie die Bluteigel ab. Die USA nehmen die Betrüger bestimmt begeistert auf, das Land ist ja groß genug für alle Asylschwindler der Welt - ganz im Gegensatz zu unserem kleinen, besiegten und amputierten Deutschland.

Deutsches Volk: Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott!

Um diese Arbeit wirkungsvoll zu gestalten, ist ein Zusammenschluß aller nationalgesinnten Deutschen und aller Freunde des deutschen Volkes geboten, denn:

Einigkeit macht stark!

Hier unser Ruf:

Deutsche, schließt euch zusammen!
Arbeitet mit an der Neugestaltung Deutschlands!
Kämpft für den Erhalt des deutschen Volkes!
Kämpft für die Zukunft unserer deutschen Kinder!
Kämpft für Deutschlands Zukunft!

Unsere Stimme wird lautstark überall hin dringen! Wir sind die neue nationale Kraft! Wir werden uns nicht bestechen oder kaufen lassen. Auch Drohungen oder Erpressungen werden uns nicht schrecken. Mächtig wird in Zukunft unser

Schlachtruf der Freiheit!

Deutschland muß das Land der Deutschen bleiben!

**NEIN ZUR MULTIKULTURELLEN, MULTIKRIMINELLEN GESELLSCHAFT AUF DEUTSCHEM BODEN!
NEIN ZU IMMER MEHR ÜBERFREMDDUNG!
NEIN ZU IMMER MEHR ASYLANTEN UND ZUWANDERERN!**

Deutscher Kameradschaftsbund



-Bundesführung-
Thorsten de Vries
Börsenstraße 37
2940 Wilhelmshaven

wertungsergebnissen des niedersächsischen Verfassungsschutzes erfolgten Durchsuchungen von 24 Wohnungen mutmaßlicher Mitglieder des DKB. Die niedersächsische Polizei hatte bereits am 9. Dezember umfangreiches Beweismaterial sichergestellt.

Der DKB war am 8. November 1991 mit Unterstützung von Neonazis aus Hamburg in Wilhelmshaven gegründet worden. Bis zu seinem Verbot gehörten ihm etwa 40 Personen als Mitglieder und Sympathisanten an. Er verstand sich als ein „Zusammenschluß von überzeugten Nationalisten, Nationalen Parteien und Gruppierungen, für die das Wort Heimat keine leere Phrase ist“. In Flugblättern, Einladungsschreiben zu Veranstaltungen und anderen Aktivitäten offenbarte sich eine extrem ausländerfeindliche und nationalistische Position:

„Sind Sie linker Liberaler, dem ein Negerstamm in Schwarzafrika wichtiger ist als Deutschland und die hier lebende heimatliche Bevölkerung, oder sind Sie Sozialdemokrat, der für Heroin auf Krankenschein ist, Abtreibung und Babymord gut findet und lieber neben Schwarzen als neben Deutschen wohnt? Dann sind Sie bei uns fehl am Platz!“

Mit einem Flugblatt agitierte der DKB gegen den DGB-Kreisvorsitzenden, dessen Foto, Adresse und Telefonnummer veröffentlicht wurden. Es hieß: „Achtung! Linker Radikaler! Hat Kontakt zu Gewalttätern und mutmaßlich zu Personen des terroristischen Umfeldes!“ Der Betroffene hatte daraufhin Drohanrufe erhalten. Polizeiliche Sicherheitsmaßnahmen waren erforderlich geworden.

Der Stahlhelm e.V., Ortsgruppe Jork

Die seit 1983 bestehende Ortsgruppe Jork des Stahlhelm-Bundes e.V., der sich in der Tradition des ehemaligen Frontkämpfer-Bundes sieht, gehören etwa 15 Mitglieder an. Sie bezeichnen sich als ein „kämpferischer, volksverbundener und zukunftsorientierter Bund soldatisch denkender deutscher Kameraden, der sich für den Neuaufbau des Reiches der Deutschen einsetzt“. Die Aktivitäten der Ortsgruppe Jork blieben von der Öffentlichkeit weithin unbemerkt. Bei Wehrsportveranstaltungen wird nationalistisches und antisemitisches Gedankengut verbreitet. Von Jork aus bestehen Kontakte zu rechtsextremistischen Parteien wie NPD und DVU. Auch Neonazis und Skinheads werden als potentielle Mitglieder umworben.

Wegen des Verdachts, daß sich die Tätigkeit dieser Vereinigung gegen die verfassungsmäßige Ordnung richte, wurden am 20. Juli 1993 auf Anordnung des Verwaltungsgerichts Stade u.a. die Vereinsräume durchsucht.

Gesamtdeutscher Arbeitskreis (GAK) Hann.-Münden

Der seit 1988 bestehende GAK ist ein Zusammenschluß von z.Z. etwa 20 Neonazis, die enge Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Organisationen in Süd-Niedersachsen unterhalten. Die Aktivitäten beschränkten sich 1992 auf interne Veranstaltungen und gelegentliche Verteilungen von Propagandamaterial sowohl rechtsextremistischer Parteien als auch der neonazistischen FAP.

Die Mitglieder des GAK unterhalten weiterhin Kontakte zu dem nach Österreich abgeschobenen ehemaligen FAP-Vorsitzenden Karl POLACEK.

Hetendorf weiterhin rechtsextremistischer Treffpunkt

Der Träger der Anlage in Hetendorf, der Heide-Heim e.V. Hamburg, der das Objekt als „Einrichtung aller Kultur- und Jugendveranstaltungen des rechten Lagers“ ansieht, stellte auch 1992 die Tagungsstätte verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen zur Verfügung. So trat im März der Revisionist David IRVING bei einer Veranstaltung der Hamburger neonazistischen Nationalen Liste (NL) als Redner auf. Die Wiking-Jugend (WJ) veranstaltete ihr traditionelles Pfingstfest und die inzwischen verbotene neonazistische Kaderorganisation Nationalistische Front führte im Juni eine Mitgliederversammlung durch. An der „2. Hetendorfer Tagungswoche“ im Juni nahmen bis zu 300 Personen – darunter zahlreiche ältere Rechtsextremisten – teil.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

Die seit 1979 bestehende HNG ist mit rund 200 Mitgliedern weiterhin eine der zahlenmäßig stärksten Organisationen im neonazistischen Lager. Sie hat sich die moralische und finanzielle Unterstützung inhaftierter Neonazis zum Ziel gesetzt. Darüber hinaus will sie „die Abschaffung aller Anti-Nationalsozialisten- und Gesinnungsparagrafen erreichen“. Die HNG versteht sich als Dachverband von Neonazis aus unterschiedlichen Gruppen:

„Die HNG ist immer das geblieben, was sie bei den Staatsschützern extrem unbeliebt machte und worauf der 'Verfassungsschutz' bei jeder sich bietenden Gelegenheit immer wieder hinweist – 'Ein Sammelbecken für Neonationalsozialisten aller Richtungen'!“ (Nachrichten der HNG 130/91)

In Niedersachsen sind für die HNG etwa 25 Personen tätig. Über die Betreuung einsitzender Neonazis hinausgehende Aktivitäten sind auch 1992 in Niedersachsen nicht bekanntgeworden.

Nationale Offensive (NO)

Die 1990 von ehemaligen Mitgliedern der FAP gegründete NO ist am 22. Dezember vom Bundesinnenminister nach dem Vereinsgesetz verboten worden. Sie verfügte über drei Landesverbände in Bayern, Sachsen und Berlin-Brandenburg mit rd. 140 Mitgliedern. In Niedersachsen war die NO nicht aktiv. Ziel der NO war es, „zu einer wahrhaft revolutionären Gesinnungs- und Kampfgemeinschaft“ zu werden, um die „politische Macht in Deutschland“ zu erkämpfen. Die NO erwartete, daß ihre „Weltanschauung zum staatstragenden Gedanken im gesamten deutschen Sprachraum“ wird, „um so die Zukunft unseres Volkes zu sichern“. Gegen mehrere Funktionäre und Mitglieder der NO wurde wegen Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung gemäß § 129 des Strafgesetzbuches ermittelt. Die Beteiligten stehen im Verdacht, schwerste Straftaten mit fremdenfeindlichem Hintergrund begangen zu haben.

Deutsche Alternative (DA)

Die 1989 in Bremen gegründete und maßgeblich von dem verstorbenen Neonazi Michael KÜHNEN initiierte DA ging aus dem Landesverband Bremen der FAP hervor, der aus diesem Anlaß aufgelöst wurde. Sie ist am 10. Dezember 1992 vom Bundesinnenminister auf der Grundlage des Vereinsgesetzes verboten worden. Mit ihrer aggressiv-kämpferischen Einstellung ziele sie darauf ab, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beseitigen, heißt es in der Verbotsverfügung. Das Programm der DA enthielt nationalsozialistische und ausländerfeindliche Vorstellungen. Mit der Parole „Rassenmischung ist Völkermord“ richtete sich die DA gegen „Fremdarbeiter, Asylanten und sonstige Ausländer“. In Flugblättern verbreitete sie u.a. den Slogan „Ausländer sind keine Mitbürger“. Sie warnte in ihrem Propagandamaterial vor einer „Überfremdung der Deutschen“, diffamierte Asylanten pauschal als „Asylbetrüger“ und sprach von der „Ausplünderung des deutschen Volkes“. In Niedersachsen war die DA kaum aktiv. Ihre Agitation fand hauptsächlich in den neuen Ländern statt.

Neonazistische „Anti-Antifa“-Aktivitäten

Seit Anfang 1992 haben Neonazis aus Norddeutschland, vornehmlich aus Hamburg, eine „Anti-Antifa“-Kampagne gegen politische Gegner begonnen. Dabei sollen alle erreichbaren Informationen insbesondere über Autonome und Antifa-Anhänger gesammelt werden. Weiteres Ziel dieser Initiative ist darüber hinaus, durch eine organisationsübergreifende Aktionsgemeinschaft die Grenzen und Strukturen der einzelnen rechtsextremistischen Gruppierungen aufzubrechen und zu überwinden, um neonazistischen Themen in der Öffentlichkeit mehr Geltung zu verschaffen. Geplant

ist ein informelles Netzwerk, das organisationsübergreifende, gemeinsame Aktionen gegen politisch Andersdenkende möglich macht. In einer im September 1992 einer Bundestagsabgeordneten übersandten Pressemitteilung der Anti-Antifa hieß es: „Wir werden es nicht mehr weiter hinnehmen, daß man uns materiell und physisch so tangiert wie bisher. Über gewaltbereite Autonome, bürgerliche Antifaschisten, linke Medien oder Gegner überhaupt werden wir künftig alle bekannten Daten speichern.“ In einer beigefügten Erklärung „Kampf dem

roten Terror“ wird die Zielrichtung dieser Kampagne angegeben: „Kriminelle Subjekte“ (gemeint sind politische Gegner wie z.B. „Rotfrontler“) aus der Anonymität der Masse herauszuheben und durch „gezielte Feindaufklärung“ linken Angriffen vorzubeugen und diese zu verhindern.

Anti-Antifa-Bonn
Postfach 300 126
5300 Bonn 3

5300 Bonn, den 6. Ostermond 1993

Buchholzer Kameradschaftsbund
c/o Herrn

.N.

Liebe Kameraden,

vielen Dank für Eure Zuschriften.

Wir sind erstaunt, daß uns auch ältere Kameraden schreiben.

Es ist doch gut zu wissen, daß die Anti-Antifa-Arbeit auch bei älteren Kreisen Zuspruch findet. Haben doch zumeist die jüngeren Kameraden Ihr Leid (meist physisch) mit den Linken und anderen Gegnern zu spüren bekommen.

Die Anti-Antifa-Arbeit ist hauptsächlich regional akut und durchführbar.

Es gibt ja mittlerweile rund ein Dutzend Anti-Antifa-Gruppen in ganz Deutschland.

Außerdem sollte noch jede nationale Gruppe ihre eigene Gegenstruktur aufbauen, d.h. jede Gruppe sollte einen der ihren bestimmen Anti-Antifa-Arbeit zu machen. Also erst einmal alle Gegner einer Stadt erfassen und speichern. Danach selektieren, und Gegenaktionen vorbereiten.

Dies kann man innerhalb eines Jahres schaffen und ist dann auf eventuelle Aktionen der Linken oder anderen Gegnern vorbereitet und kann sofort zurückschlagen.

Nun dies zu uns. Ihr könnt ja unsere Tips beherzigen und so eine Idee weiter-tragen.

Material haben wir noch nicht so viel, bzw. ist oft "heiß" und wird direkt verteilt.

Somit verbleiben wir vorerst mit den besten Grüßen,

- Anti-Antifa-Bonn -

Wehrsportübungen

Seit März 1992 lädt das Komitee für freiwillige Reservistenarbeit Nord (KON) mit Sitz in Hamburg zu Wehrsportübungen ein, die hauptsächlich auf niedersächsischem Gebiet

im Landkreis Soltau-Fallingb. stattfinden. An beiden Übungen des KON im Mai und Oktober 1992 nahmen etwa je 50 Personen teil.

Der Tip für den Sommer '92

Braun

*werden ohne
Sonnenbrand!*



INDEX
lesen!



NATIONALE LISTE
POSTF.: 60 19 24
2000 HH 60
Tel. 730 20 64

Darüber hinaus wurden auch Wehrsportübungen der Nationalen Liste Hamburg im September mit etwa 40 Teilnehmern sowie der Interessengemeinschaft Wehrsport Meißendorf und der Deutschen Alternative (DA) Bremen in der Lüneburger Heide bekannt.

Die Übungen blieben seinerzeit von der Öffentlichkeit weitgehend unbenutzt, erst durch Presseberichte wurden sie später bekannt.

Wiking-Jugend e.V. (WJ)

Die bedeutendste rechtsextremistische Jugendorganisation in der Bundesrepublik Deutschland ist nach wie vor die Wiking-Jugend mit rd. 400, in Niedersachsen etwa 25 Mitgliedern. Die seit 1952 bestehende Organisation ist nach dem Führerprinzip geleitet, einer germanisierenden Nordland-Ideologie anhängend und in Gaue und Horste gegliedert. Durch die Neugründung der Gaue Sachsen, Preußen und Thüringen gelang der WJ ihre Ausbreitung auch in den neuen Bundesländern. Die WJ lehnt im „Zeitalter multi-kulturellen Völkermordes“ entschieden jegliche Rassenmischung ab (Wiking 1/91). Einzig der germanisch-deutsche Sittenwert der „Geburtsreinheit“ gewähre das kulturelle Überleben der Volksgemeinschaft.

Die Aktivitäten der WJ in Niedersachsen beschränkten sich 1992 auf das seit Jahren stattfindende Pfingstlager in Hetendorf/LK Celle sowie die jährlichen Sonnwendfeiern.

Deutsche Volksunion (DVU)

Die Deutsche Volksunion (DVU) ist auch 1992 mit rd. 26.000 Mitgliedern die mit Abstand größte Partei im Rechtsextremismus. Der Bundesvorsitzende Dr. FREY spricht von 30.000 Mitgliedern. Neben den „Wahlerfolgen“ in Bremen, Bremerhaven und Schleswig-Holstein waren der Aufbau in den neuen Bundesländern für die Stabilisierung der Mitgliederzahlen der Partei entscheidend. Die „Erfolge“ bestärkten den Bundesvorsitzenden in seiner Haltung, auf Wahlbündnisse mit anderen Parteien zu verzichten. Forderungen nach einer „Einigung der deutschen Rechten“ lehnte er stets kategorisch ab. Er bezeichnete eine Einheitspartei als „Totgeburt“.

Ob diese Position nach dem für die DVU enttäuschenden Wahlergebnis bei den hessischen Kommunalwahlen (Kandidatur nur in Frankfurt: 2,7 %) am 7. März 1993 zu halten ist, erscheint allerdings zweifelhaft. Die Republikaner erhielten bei der Wahl landesweit 8,3 % der Stimmen, die NPD 0,7 %.

Die äußerliche Geschlossenheit der DVU ist in Bewegung geraten. Aufgrund des selbstherrlichen Führungsstils des Bundesvorsitzenden erklärten zahlreiche Mitglieder – auch Funktionäre – ihren Austritt.

Im November 1992 fand in München der Bundesparteitag der DVU statt. Der Finanzbericht ergab Einnahmen von 3 Millionen DM, denen Ausgaben von 11 Millionen gegenüberstehen. Damit werden die permanenten finanziellen Defizite der Partei (zum Vergleich: Defizit 1990 ca. 11,5 Millionen DM), für die Dr. FREY immer wieder einsteht, bestätigt. Die Wochenzeitungen Deutsche Nationalzeitung (DNZ) und Deutsche Wochenzeitung/Deutscher Anzeiger (DWZ/DA) veröffentlichten wiederholt Spendenauf-

rufe des DVU-Bundesvorsitzenden. Er selbst müsse die DVU gegenwärtig mit 13 Millionen DM finanzieren und könne die Last der Aufwendungen bei „Wahlschlachten“ nicht allein tragen. In der letzten Zeit mehren sich die Anzeichen, daß Dr. FREY nicht mehr bereit ist, den wachsenden Finanzbedarf allein zu tragen.

Der DVU-Landesverband Niedersachsen blieb 1992 bis auf den Parteitag des Landesverbandes im August in Ramlingen bei Celle, an dem sich rund 150 Personen beteiligten, ohne nennenswerte Eigeninitiative.

Die DVU rechnet nach neueren Angaben in Niedersachsen rd. 2.400 Personen zu ihren Mitgliedern. Es konnte nicht zweifelsfrei festgestellt werden, in welchem Umfang neben solchen Personen, die eine ausdrückliche Willenserklärung zum Eintritt in

die Partei abgegeben haben, in Niedersachsen auch Mitglieder des Vereins DVU e.V. sowie von Aktionsgemeinschaften, wie

- Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF)
- Aktion Oder-Neiße (AKON)
- Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur (DSVK)
- Ehrenbund RUDEL (ER)
- Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.)
- Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA).

mitgezählt werden.



Nach der Satzung des Vereins DVU e.V. vom 20. 12. 1988 gilt nämlich die Beitrittserklärung zu einer dieser Aktionsgemeinschaften oder Bürgerinitiativen gleichzeitig als die Beitrittserklärung in den Verein DVU e.V. selbst (§ 4 Abs. 2). Über die Aufnahme als Vereinsmitglied entscheidet der Vorstand des Vereins, der den Vorsitzenden hierzu bevollmächtigen kann (§ 4 Abs. 3). Weiter bestimmt aber die Vereinsatzung: „Mitglieder über 16 Jahre sollten zugleich Mitglieder der DEUTSCHEN VOLKSUNION – Liste D (DVU)* sein. Sie werden der DEUTSCHEN VOLKSUNION – Liste D (DVU) als Neumitglieder vorgeschlagen, sofern sie die Mitgliedschaft in der DEUTSCHEN VOLKSUNION – Liste D (DVU) nicht ausdrücklich ablehnen bzw. nicht schon Mitglied der DEUTSCHEN VOLKSUNION – Liste D (DVU) sind.“ Die Parteisatzung der Deutschen Volksunion enthält keinerlei Formerfordernisse für eine Beitrittserklärung zur Partei oder einen Aufnahmeantrag als Neumitglied. Sie bestimmt lediglich, daß über die Aufnahme eines Mitglieds der Bundesvorstand entscheidet (§ 3 Abs. 1 Satz 2 der Parteisatzung).

*) Am 16. Februar 1991 wurde der Zusatz „Liste D“ per Satzungsänderung gestrichen.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Nach den Bemühungen, 1991 ihre innerparteiliche Krise zu überwinden, die starken Mitgliederverluste aufzufangen und die äußerst kritische Finanzlage zu konsolidieren, ist die Partei 1992 erneut in eine Krise geraten.

Innerparteiliche Auseinandersetzungen mit massiver Kritik am Parteivorsitzenden Günter DECKERT, dem Alleingänge und parteischädigendes Verhalten vorgeworfen werden, die unerwartete Niederlage bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 1992 mit Erfolgen der DVU und der Republikaner, die Niederlage bei den Kommunalwahlen in Hessen am 7. März 1993 (0,7 % landesweit) und die Finanzmisere führten zu starken Mitgliedereinbrüchen. So wurden Ende 1991 rund 7.000 Mitglieder registriert. Zum Jahresende 1992 wurde von dem Parteivorsitzenden der Mitgliederbestand mit 5.800 Personen angegeben. Die Tendenz ist weiter rückläufig. In Niedersachsen verfügt die NPD nur noch über etwa 620 Mitglieder.

Gewalt ist immer falsch !

**Die wahren Brandstifter
sitzen in Bonn**

Wir haben die politische Lösung

NPD Nationaldemokraten

Günningfelderstr. 101a 44866 Bochum
V.i.S.d.P.: W. Henning, Anschritt: s.o. Druck: Eigendruck



Die Finanzlage der NPD blieb kritisch, auch wenn es ihr gelang, bei der Rückzahlung der Wahlkampfkostenpauschale in Höhe von ca. 1,2 Millionen für den Bundeswahlkampf 1990 und den Landtagswahlkampf in Baden-Württemberg 1992 eine für sie erträgliche Ratenzahlung eingeräumt zu bekommen.

Im Mai 1992 wurde in Gorleben auf der Sitzung des Bundeshauptausschusses der NPD vom Parteivorstand der Entwurf eines als „Nationaldemokratisches Manifest“ bezeichnetes neues Parteiprogramm vorgestellt.

Ebenso wie aus dem bislang gültigen Parteiprogramm ergibt sich auch aus dem Wortlaut des Manifestes keine offenkundige verfassungsfeindliche Zielsetzung der NPD. Diese erschließt sich wie bisher aus dem Erscheinungsbild, das maßgebliche Funktionäre durch ihre Verlautbarun-

gen und ihr Auftreten in der Öffentlichkeit – der Partei zurechenbar – vermitteln.

Der NPD-Bundesvorsitzende Günter DECKERT wurde am 13. November 1992 vom Landgericht Mannheim wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung Verstorbener, Beleidigung und übler Nachrede zu einem Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung sowie zu einer Geldbuße von 10.000,00 DM verurteilt.

Der Landesverband der NPD Niedersachsen liegt nicht im Abwärtstrend des Bundesverbandes. Er blieb weitgehend von organisatorischen und finanziellen Problemen verschont. Seine Finanzlage ist positiv, wenn auch leichte Mitgliederverluste zu verzeichnen sind.

Aufkleber für Deutschland

"SPUCKIES"

Aufkleber (zum Selbstanfeuchten):
 200 Stück = 10 DM (Mindestabnahme)
 Originalgröße: 8 cm x 10 cm
 Lieferung nur gegen Vorauskasse!
 Bestellung an: Junge Nationaldemokraten, Postfach 22 21, 3380 Goslar

§ 8 STVO
 RECHTS VOR LINKS



Für DEUTSCHLAND

Junge
 Nationaldemokraten

JN POSTFACH 2221 3380 GOSLAR
VERLAGS- & DRUCKEREI

NATIONALISTEN
 GEGEN
 DROGEN



KÄMPFT MIT UNS!

Junge
 Nationaldemokraten

JN POSTFACH 2221 3380 GOSLAR
VERLAGS- & DRUCKEREI

JETZT REICHT'S!



KEINE NEUEN
 "ASYLANTEN" HEIME
 IM LANDKREIS GOSLAR

Junge
 Nationaldemokraten

JN POSTFACH 2221 3380 GOSLAR

GEGEN LINKS!

ANTI-
 Antifa

Für Deutschland

Junge
 Nationaldemokraten

JN POSTFACH 2221 3380 GOSLAR
VERLAGS- & DRUCKEREI

DER
 DEUTSCHEN
 JUGEND
 EINE
 ZUKUNFT!

jetzt!



Junge
 Nationaldemokraten

JN POSTFACH 2221 3380 GOSLAR
VERLAGS- & DRUCKEREI

*Wer zu spät klebt,
 den bestraft das Leben!*

Die Jungen Nationaldemokraten (JN) haben weiter an Boden verloren. Bereits 1991 war ihre Mitgliederzahl von 750 auf 550 gesunken. Nach Kartebereinigung und Austritten sind nur noch etwa 200 Mitglieder zu verzeichnen. Die zum Teil desolaten organisatorischen Verhältnisse führten zur Zusammenlegung einzelner Landesverbände. Der niedersächsische Landesverband hat rund 50 Mitglieder, von denen allerdings nur wenige aktiv sind.

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit agitierte der Deutsche Arbeitnehmer-Verband (DAV), der seit 1952 unter wechselnden Bezeichnungen besteht. Ihm gehören 6.000 - 8.000 Mitglieder an. Die wesentlichen Führungspositionen sind von NPD-Mitgliedern besetzt, deren Einfluß in den letzten Jahren erheblich zugenommen hat. Bei der Generalversammlung des DAV im November 1992 in Nordrhein-Westfalen wurden in den 21-köpfigen Hauptvorstand sieben NPD-Mitglieder gewählt, darunter drei aus Niedersachsen.

Deutsche Liga für Volk und Heimat (Deutsche Liga)

Die Deutsche Liga versteht sich als „Sammelbewegung nationaler Patrioten“. Sie bietet sich als Auffangbecken enttäuschter Mitglieder vor allem aus den Reihen der traditionellen rechtsextremistischen Parteien und Gruppierungen an, bislang jedoch ohne erwähnenswerten Erfolg.

Bei ihrer ersten Wahlteilnahme anlässlich der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 5. April erzielte die Deutsche Liga mit lediglich 0,5 % der Stimmen ein für sie enttäuschendes Ergebnis.

DEUTSCHE ALS FREIWILD?

HAMBURG, 26. Dezember (dpa). Das Vereinsheim eines Kleingartenvereins in Göttingen ist nach einem Brandanschlag am Mittwoch vollständig ausgebrannt. In einem am Tatort hinterlassenen Schreiben bekannte sich eine "Anti-Deutschland-Liga" zu dem Anschlag und forderte: "Nieder mit der Bundesregierung - weg mit Deutschland - Deutschland den Ausländern."

Aus: FAZ, 27.12.1991

WO BLEIBT DER PROTEST VON MEDIEN UND POLITIKERN?

JETZT HANDELN!

- └ **KRIMINELLE AUSLÄNDER AUSWEISEN!**
- └ **DEN ASYLANTENZUSTRÖM STOPPEN!**
- └ **SCHLUSS MIT DER INLÄNDERFEINDLICHKEIT VON POLITIKERN, MEDIEN UND AUSLÄNDERN!**



DEUTSCHE LIGA
FÜR VOLK UND HEIMAT

Dated: No. 124

Neben dem Landesverband Niedersachsen, der am 4. Juli 1992 gegründet wurde, bestehen Landesverbände in Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein.

RECHTE VEREINIGT EUCH!

*Dem Haß
keine Chance*

AUS LIEBE ZUR HEIMAT

DEUTSCHE LIGA



Info: Postfach 3705, 7730 Villingen-Schwanningen
Fax 0 77 20 - 3 74 97

V.i.S.d.P. Karl-Heinz Suterer, Zirkelstr. 1a, 7640 Keil-Kork

In den neuen Ländern ist die Partei bisher über die Gründung von organisatorischen Stützpunkten nicht hinausgekommen.

Die Führungsfunktionäre der Deutschen Liga sind überwiegend ehemalige Funktionäre der NPD und der Republikaner. Der Partei gehören etwa 800 Mitglieder an.

Revisionismus-Kampagne

Die sogenannten Revisionisten, die insbesondere die Massenvernichtungen von Juden durch das NS-Regime in Gaskammern leugnen, setzten ihre 1988 im In- und Ausland begonnene Agitationskampagne verstärkt fort. Auch Rechtsextremisten aus Niedersachsen beteiligten sich.

Ausgelöst wurde die Kampagne durch einen Strafprozeß, der 1988 vor dem Bezirksgericht Toronto gegen den in Kanada lebenden deutschen Rechtsextremisten Ernst ZÜNDEL anhängig war und der am 27. August 1992 mit einem Freispruch endete. ZÜNDEL vertritt die These, daß es einen Holocaust niemals gegeben habe.

ZÜNDEL versendet von Toronto und der britische Revisionist David IRVING von London aus den sogenannten „Leuchter-Report“, ein „technisches Gutachten“ des Amerikaners Fred A. LEUCHTER, das „beweisen“ soll, daß in Auschwitz und anderen Konzentrationslagern aufgrund der damaligen technischen Gegebenheiten keine Juden in Gaskammern getötet werden konnten.

Regelmäßig erscheinende revisionistische Schriften in deutscher Sprache, die aus dem Ausland nach Deutschland eingeführt werden, waren 1992 wie in den Vorjahren „Die Bauernschaft“ des in Dänemark lebenden Deutschen Thies CHRISTOPHERSEN, der „Eidge-
noss“ des Schweizer Dr. Max WAHL,

der „Germania“-Rundbrief ZÜNDELS, die Zeitschrift „Halt“ des Österreicher Gerd HONSIK und der „Sieg“ seines Landsmannes Walter OCHENBERGER.

Einfluß des ausländischen Rechtsextremismus

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei – Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)

Der Hauptproduzent des neonazistischen Propagandamaterials, das aus dem Ausland nach Deutschland eingeführt wird, ist der amerikanische Staatsbürger Gary Rex LAUCK. Als Adresse gibt er ein Postfach in Lincoln



**KAMPF DEN
JUDENPARTEIEN
KPD SPD CDU
CSU FDP**

NSDAP-AO

Box 6414, Lincoln, NE 68506 USA

Ku-Klux-Klan (KKK)

Zum KKK gehören in den USA etwa 20 zumeist regionale Gruppen. Sie verstehen sich als rassistische Bewegung und sind stark antisemitisch ausgerichtet. Ihr Ziel ist ein „freies, weißes, gesundes Amerika“, das sie auch mit Gewalttaten gegen Farbige durchsetzen wollen. In Deutschland kam es erstmals 1980 zu KKK-Aktivitäten durch einen amerikanischen Soldaten. An den seit 1991 erneut zu beobachtenden Aktivitäten sind überwiegend Skinheads beteiligt. Anstelle der in den USA verwendeten Kapuzengewänder werden von ihnen T-Shirts mit KKK-Emblemen vertrieben und benutzt. Am 26. Mai 1992 wurden bei der Durchsichtung von 21 Objekten in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Schleswig-Holstein, Berlin und Niedersachsen KKK-Unterlagen beschlagnahmt. In ebenfalls sichergestellten Rundbriefen wird zum Abtauchen in den Untergrund aufgerufen und die Vorbereitung bewaffneter Auseinandersetzungen propagiert.

in Nebraska an. Er führt große Mengen neonazistischen Propagandamaterials nach Deutschland aus, das auch in Niedersachsen von deutschen Gesinnungsgenossen bei Klebe- und Verteileraktionen verbreitet wird. Dabei macht sich LAUCK zu Nutzen, daß das Herstellen und Verbreiten von derartigem NS-Propagandamaterial in den USA nicht strafbar ist.

Neben dem deutschsprachigen „NS-Kampfruf“ läßt LAUCK schon seit einiger Zeit ähnliche Blätter in englischer, schwedischer und ungarischer Sprache drucken und bringt außerdem unregelmäßig erscheinende kleinere NS-Nachrichtenblätter in diversen europäischen Ländern in der Landessprache heraus.

LAUCKs NSDAP-AO scheint sich weiterhin zu einer weltweit tätigen NS-Propagandazentrale zu entwickeln.



Linksextremismus

Überblick

Die Bedrohung durch linksextremistische Terroristen ist nach wie vor ernst zu nehmen, wie sich am Anschlag auf die Justizvollzugsanstalt in Weiterstadt (Hessen) am 27. März 1993 gezeigt hat. Hoffnungen in der Szene auf eine günstige Entwicklung nach Bekanntwerden der sog. Kinkel-Initiative sind weitgehend geschwunden. Der RAF-Kommandobereich hatte 1992 nur von einem Aussetzen der bewaffneten Aktionen gesprochen; er wird diese aus seiner Sicht nicht dauerhaft einstellen können, wenn sich an der Situation seiner inhaftierten Genossen nichts ändert und RAF-Umfeld sowie ausländische Guerilla-Organisationen auf Fortsetzung des bewaffneten revolutionären Kampfes drängen.

Die internen Richtungsstreitigkeiten und damit einhergehende Spaltungsprozesse innerhalb der Revolutionären Zellen halten weiter an. Die Frage, ob künftig eine stärkere politische Diskussion gesucht wird oder weiterhin bewaffnete Aktionen durchgeführt werden, ist noch nicht entschieden.

Kontinuierlichen Zulauf haben die gewaltbereiten und gewalttätigen linksextremistischen Gruppierungen, insbesondere die autonomen anarchistischen Zusammenschlüsse. Diesen gehören bundesweit inzwischen rd. 5.000 Personen an, davon mehr als 3.500 in den alten Bundesländern und Berlin.

Für Autonome und sonstige sozialrevolutionäre Gruppierungen der Neuen Linken entwickelte sich der „antifaschistische Kampf“ in den letzten Monaten des Jahres 1992 zum herausragenden Thema. Die Auseinandersetzungen wurden mit zunehmender Brutalität geführt. Die militanten Autonomen sind für fast 90 % der linksextremistischen Gewalttaten des Jahres 1992 verantwortlich. Ein Ende des „Hochschaukelns“ der Gewalttaten politischer Extremisten von links und rechts ist nicht zu erwarten, solange die Welle fremdenfeindlicher Straftaten andauert.

Die revolutionär-marxistischen Organisationen beginnen wieder – allerdings auf niedrigerem Niveau – Fuß zu fassen. Sie haben ihr Mitgliederpotential gehalten. In etwa 30 Organisationen sind wie 1991 rd. 22.000 Personen eingebunden. Davon entfallen ca. 7.000 auf die DKP, die übrigen auf Gruppen der früheren Neuen Linken. In ihrer Agitation prangern sie Arbeitslosigkeit, hohe Kriminalitätsraten und insbesondere die rechtsextremistischen Aktionen als zwangsläufige Folge eines kapitalistischen Gesellschaftssystems an.

Rote Armee Fraktion (RAF)

Die RAF hat sich im März 1993 nach einer Zeit intensiver, öffentlicher Diskussion über neue Politikinhalt und veränderte politische Strategien mit dem Anschlag auf die JVA Weiterstadt in die Reihe ihrer terroristischen Gewalttaten zurückgemeldet. Bei dem Anschlag war Sachschaden in Millionenhöhe entstanden.

In einer Erklärung zu dem Anschlag bekräftigte die RAF-Kommandoebene, daß sie an der im Frühjahr 1992 verkündeten Zäsur in ihrer Geschichte festhalte (vgl. nieders. Verfassungs-

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN !
 FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE KNÄSTE !
 DER WEG ZUR BEFREIUNG FÜHRT ÜBER DEN SOZIALEN ANEIGNUNGSPROZESS,
 DER TEIL WIRD IN EINEM NEUEN INTERNATIONALEN KAMPF FÜR DIE UMWÄLTUNG
 RASSISMUS VON STAAT UND NAZIS BEKÄMPFEN
 RASSISTISCHES BEWUSSTSEIN IN DER GESELLSCHAFT IM KAMPF FÜR DAS
 SOZIALE UNTER DEN MENSCHEN AUFHEBEN - AUCH DAFÜR BRAUCHEN WIR
 EINE BASISBEWEGUNG VON UNTEN, DIE VON SOLIDARITÄT UND GERECHTIG-
 KEIT, VOM KAMPF GEGEN SOZIALE KÄLTE, PERSPEKTIVLOSIGKEIT UND
 ARMUT BESTIMMT IST.
 WIR GRÜSSEN ALLE, DIE IN DEN KNÄSTEN FÜR IHRE MENSCHENWÜRDE
 KÄMPFEN - IN PREUNGESHEIM, SANTA FU, PLÖTZENSEE, RHEINBACH,
 STAMMHEIM, STRÄUBING ...
 SOLIDARITÄT MIT DEN INTERNATIONALEN GEFANGENENKÄMPFEN !



KOMMANDO KATHARINA HAMMERSCHMIDT

schutzbericht für das Jahr 1991); auch weiterhin habe die Entwicklung neuer Vorstellungen für revolutionäre Politik und der Aufbau einer „sozialen gegenmacht von unten“ für sie Priorität. Die Kommandoebene bezichtigte den Staat, er habe, trotz der Rücknahme der Eskalation durch die RAF, die Verfolgung fortschrittlicher Menschen und politischer Gegner des Systems verschärft – u.a. durch Kriminalisierung antifaschistischer Aktivitäten, durch rassistische Ausländer- und Asylgesetze, Sozialabbau, steigende Wohnungsnot, Aufbau Deutschlands als Militärmacht.

Ihren Anschlag auf die Justizvollzugsanstalt Weiterstadt bezeichnete die RAF als Aktion, mit der sie zum politischen Druck gegen den Staat beitragen, die harte Haltung gegen die gefangenen Genossen aufbrechen und den Staat insoweit zurückdrängen wollte. 1992 sei versucht worden, über

die Drohung mit einer möglichen Rückkehr der Eskalation politischen Druck zu halten. Mit der jetzigen Aktion habe die RAF diesen Druck neu gesetzt und die Drohung aktualisiert. Außerdem wird versichert, die RAF habe kein Interesse daran, das Leben von „Wachleuten und untersten Justiztypen“ zu verletzen.

Im Unterschied zu ihrer Erklärung vom April 1992 über die Aussetzung gezielter Tötungsaktionen, die sich in erster Linie an den Staat richtete, wandte sich das neue Papier vor allem an die radikale Linke und das terroristische Unterstützerspektrum. Das Papier erläutert ausführlich Sinn und Zweck des jüngsten Anschlages aus

Sicht der RAF. Mit ihrer Kritik an dem Verlauf der bisherigen Diskussionen und der Entscheidung für einen neuen Anschlag zu diesem Zeitpunkt beanspruchte die RAF erneut die Führungsrolle im gewaltbereiten linksextremistischen Lager. Sie bemühte sich jedoch in Diktion und Argumentation um Basisnähe und breite Vermittelbarkeit.

Bemerkenswert ist, daß die Kommandoebene jetzt wieder meint, mit Gewalt politischen Druck erzeugen zu können. Sie geht offensichtlich wieder davon aus, daß nur mit Anschlägen revolutionäre Kraft entwickelt und auch die Neubestimmung revolutionärer Politik auf diesem Wege vorankommen kann.

Der Ansatz aus ihrer April-Erklärung 1992, sie wolle durch Rücknahme der Eskalation „Raum aufmachen für politische Lösungen“, wird offenbar nicht weiter verfolgt. Mit Anschlägen wie dem auf die JVA Weiterstadt ist auch künftig zu rechnen, auch zur Entwicklung der angestrebten „sozialen Gegenmacht von unten“. Bei einer aus der Sicht der RAF weiteren Verhärtung in ihren zentralen Aktionsfeldern, insbesondere in der „Gefangenenfrage“, ist auch eine Steigerung gewalttätiger Aktionen bis hin zu Mordtaten zu befürchten.

In Erklärungen vom April und Juni 1992 hatte die RAF bekräftigt, daß „eine ganze lange Phase unserer Geschichte abgeschlossen“ sei. Jetzt sei ein „Aufbau-Prozeß“ erforderlich, um eine „gesellschaftliche Gegenmacht von unten“ herzustellen. Dazu müsse auch die Freiheit der „Gefangenen aus RAF und Widerstand“ in einem absehbaren Zeitraum im Rahmen einer politischen Lösung durchgesetzt werden.

Wenn der Staat diesen Prozeß jedoch „niedermachen“ wolle, sei es „eine Frage an alle, wie wir unsere Vorstellungen dagegen durchkämpfen“. Die RAF werde sich „nicht aus der Verantwortung ziehen“.

Der hohe Stellenwert des bewaffneten Kampfes tritt in den Erklärungen der RAF 1992 in den Hintergrund. Vorrang hat jetzt die Suche nach einer politischen Neuorientierung im Rahmen einer „radikalen Linken“. Die neue Generation der RAF, die seit 1984 zu der Vereinigung gestoßen ist, hat den früheren Avantgardeanspruch ihres bewaffneten Kampfes als falsch erkannt und gibt dies auch zu. Sie versteht sich jetzt als „Waffe der sozialen Bewegung“ innerhalb eines politischen Umwälzungsprozesses.

Im Herbst 1992 vertrat einer der in Celle einsitzenden Terroristen öffentlich die Meinung, der Staat verfolge immer noch die Absicht, die RAF-Häftlinge als Gruppe politisch zu zerstören. Dieses werde jedoch niemandem gelingen. Die Entscheidung für die „Entwicklung eines politischen Prozesses auf neuer Grundlage“ sei kollektiv getroffen worden und habe Priorität. Bemerkenswert an der Erklärung, die auch namens anderer Terroristen, die in Celle, Lübeck und Bochum einsitzen, erfolgte, ist der Satz: „Keiner von uns wird nach seiner Freilassung zum bewaffneten Kampf zurückkehren!“.

Kritik an der „Kapitulation“ des Kommandobereiches der RAF und eines Teiles der Gefangenen aus RAF und Widerstand äußerte in der November-Ausgabe der linksextremistischen Zeitschrift „RAZZ-Zeitung für ein radikales Hannover“ eine Gruppierung von RAF-Unterstützern und Autonomen aus Hannover. In dem Artikel heißt es u.a.: „In ihrem Kern bedeutet diese Kampagne nichts anderes, als daß die Gefangenen für sich eine politische Lösung durch Verhandlungen

mit dem Staat anstreben. Unter diesen konkreten Bedingungen spielen wir als politische Bewegung – die Gruppe aus Hannover – keine Rolle“.

Revolutionäre Zellen (RZ)

Der seit 1990 geführte Richtungsstreit in den Revolutionären Zellen setzte sich auch 1992 fort. In dem bundesweit bekannten Szeneblatt INTERIM (Berlin) wandten sich in der September-Ausgabe Autorinnen gegen die „Resignation“ verschiedener „revolutionärer Zellen“ und skizzierten ihr Verhältnis zur Gewalt. Die Praxis und der sozialrevolutionäre Ansatz der RZ hätten großen Einfluß auf Diskussionen und Selbstverständnis der Autonomen gehabt. Nicht in die Illegalität gehen zu müssen, trotzdem aber erfolgreich „illegal“ handeln zu können, habe sich sowohl in der Praxis der RZ als auch der Autonomen bewährt. Trotz massenhaft durchgeführter Aktionen habe es nur relativ wenige Festnahmen gegeben. Nur mit diesem Konzept sei es möglich, militantes Handeln zu „vermassen“.

Offensiv bekannten sich die Autorinnen zur Gewalt: Militante Aktionen umfaßten eine große Palette der Gegenwehr – vom Plakate-Kleben bis zu Sprengstoffanschlägen gegen Einrichtungen der „Schweine“, Knieschüssen gegen Faschistenkader oder politischem Mord. Auf den Einwand, bei „Bestrafungsaktionen“ müsse absolut ausgeschlossen sein, daß die angegriffene Person getötet werde, entgegneten sie: „Was heißt hier ‚absolut‘, und wie wollt Ihr das gewährleisten, z.B. wenn Ihr loszieht, um Faschos anzugreifen, ausgerüstet mit Knüppeln, evtl. Keulen und Eisenrohren?“ Mit der Ent-

scheidung, gegen Faschisten loszuziehen, gehe man auch das Risiko ein, „daß einer dabei umkommen kann“. In der Szene werde häufig argumentiert, daß sich der „Tod eines politischen Gegners“ nicht breit vermitteln lasse. Wer so rede, vergesse jedoch, wieviel Haß beispielsweise Ausländer auf Faschisten hätten: „So war auch eine verbreitete Reaktion auf den Tod von KAINDL*) (Ex-Republikaner, später Gründer der faschistischen Liga für Volk und Heimat): ‚Ganz in Ordnung, wenn es auch mal einen von denen erwischt‘. Und auch den Herren ROHWEDDER und HERRHAUSEN wird nicht die gesamte Bevölkerung der BRD nachgetrauert haben.“

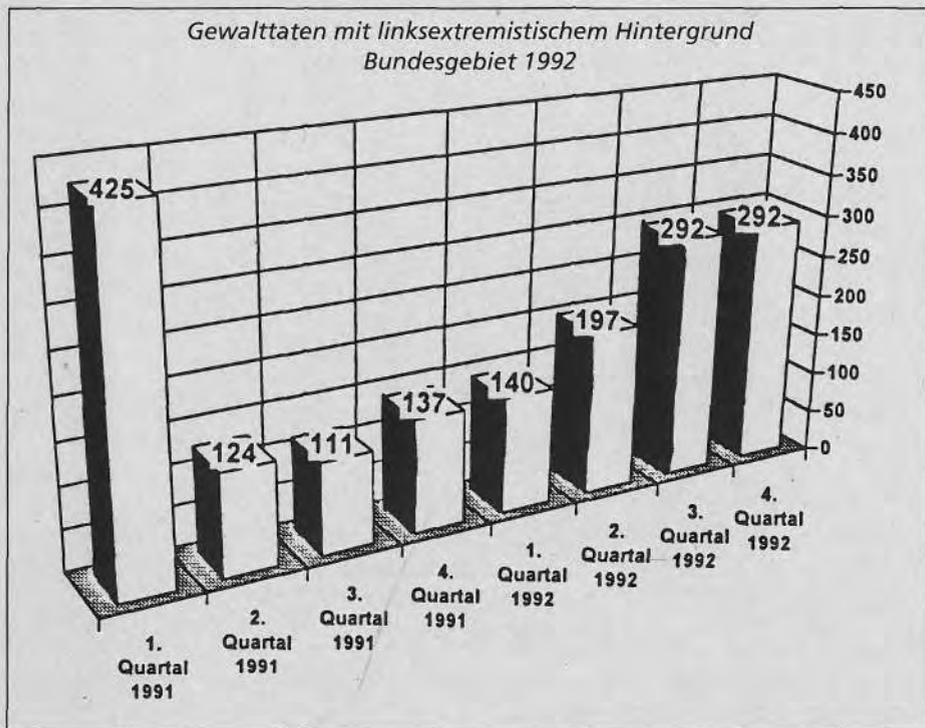
Am 3. Dezember 1992 wurde in Duisburg ein 36jähriger Mann wegen Unterstützung bzw. Mitgliedschaft in den RZ festgenommen. Bei ihm wurden Schußwaffen, Handgranaten, Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen sowie gefälschte Blanko-Ausweis-Dokumente aufgefunden. Untersuchungen ergaben, daß der ebenfalls bei ihm aufgefundene Sprengstoff 1987 aus einem Steinbruch in Nordrhein-Westfalen gestohlen worden war und identisch ist mit dem Sprengmaterial, das bei den von RZ durchgeführten bzw. versuchten Sprengstoffanschlägen auf das biotechnische Institut der TU Braunschweig (2. März 1988), gegen die Staatskanzlei der Landesregierung NRW in Düsseldorf (8. Januar 1991) und auf die Siegessäule in Berlin (15. Januar 1991) verwendet wurde. Eine der Schußwaffen stammte aus einem Einbruchdiebstahl in ein hannoversches Waffengeschäft am 5. April 1983.

In Niedersachsen waren 1992 die Revolutionären Zellen nicht aktiv.

*) Gerhard KAINDL, Funktionär der rechtsextremistischen „Deutschen Liga“, war am 4. April 1992 in Berlin bei einem offenbar politisch motivierten Überfall tödlich verletzt worden.

Gewaltbereite Autonome

Die Zahl der militanten Autonomen, auf deren Konto etwa 90 % der Gewalttaten mit linksextremistischem Hintergrund im Jahr 1992 gehen, dürfte bundesweit bei etwa 5.000 liegen.



Autonome lehnen formelle Organisationen mit hierarchischen Strukturen ab. Sie schließen sich in lockeren – oft personell wechselnden – Kleingruppen zusammen: Gangs, Banden und Cliquen seien eine Möglichkeit, sich ohne Kontrolle zu organisieren; erst dadurch entstehe die Fähigkeit zum offensiven Vorgehen (Antifa-Jugendinfo, Nr. 37). Die Verbindung innerhalb der Zusammenschlüsse – beruhend auf einem übereinstimmenden „feeling“ – erfolgt gewöhnlich über „erkämpfte Freiräume“, z.B. besetzte Häuser, Wohngemeinschaften, Jugendzentren, Kneipen, Info-

und Buchläden. Wichtig für die Kommunikation und Mobilisierung sind auch ein bundesweites Infotelefon (Delmenhorst) und eine Vielzahl – z.T. konspirativ verbreiteter – Szeneblätter. Zu den bedeutenderen gehören: „radikal“ und „CLASH“ (Deckadressen im Ausland), „INTERIM“ (Berlin), „Ausbruch“ (Freiburg), „SWING – Autonomes Rhein-Main-Info“, „Südwind“ (Region mittlerer Neckar), „Land unter“ (Norddeutschland), „OHM“ (Hamburg), „RAZZ“ (Hannover), „UNFASSBA“ (Münster), „Ruhregbiets-Info“ und „AGITARE BENE“ (Köln).

DEMONSTRATION in Adelebsen/Göttingen



MENTATION

Statistisch betrachtet gehört der „Autonome“ zur Gruppe der 18- bis 28-jährigen, er ist Schüler, Auszubildender, Student – oftmals in Ausbildung oder Studium gescheitert –, jobbt gelegentlich oder ist arbeitslos. Viele beziehen Sozialhilfe. Auf den Einwand, er lebe „auf Kosten anderer Leute“, entgegnete ein Autonome:

„Ich bin nicht faul, es geht um das Prinzip. (...) Es ist nicht mein Ding, mich kaputtzumalochen für so ein Kapitalistenarschloch. (...) Ich kann da ideologisch nicht dahinterstehen. Ich will mich nicht ausbeuten lassen, ich will nicht von einem Chef unterdrückt werden oder mir vom Staat etwas sagen lassen. (...) Klar, wenn andere Leute wirklich produktive Arbeit machen, und ich lebe davon, ohne selbst etwas zu leisten, dann ist das natürlich ziemlich Scheiße. Ich habe da auch Probleme mit“
(„Junge Welt“ vom 7. 1. 1992).

Den Rahmen für seine „Utopie“ beschrieb ein anderer Autonome:

„eine große WG (Wohngemeinschaft) mit vielen Leuten, große helle Räume, viel Grün drumrum, in der Metropole, keine Maloche und Miete und viele von solchen WGs“
(„INTERIM“ vom 17. 10. 1991).

Autonome verfügen über kein einheitliches ideologisches Konzept. Sie folgen anarchistischen und anarcho-kommunistischen Vorstellungen. Einig sind sie sich in ihrem Haß auf Staat und Gesellschaft und in der Bereitschaft, Gewalt anzuwenden:

„Gewalt geht vom Staat aus, der ein einziger Gewaltapparat ist. Egal ob es direkte Gewalt ist durch Bullen oder Militär ..., Gewalt durch die Ämter, durch die Schule, durch den Arbeitsplatz, den Chef, durch die Familie. Gewalt ist in diesem Staat erst mal da. Zum ändern brauchst du sie, um dich dagegen zu wehren, um etwas ändern zu können. Gewalt ist das einzige Mittel, mit dem du etwas erreichen kannst“ (Interview mit einem Berliner Autonomen, in: „Junge Welt“ vom 7. 1. 1992).

Die „actions“ der Autonomen bewegen sich auf drei Ebenen:

„Die erste Ebene bezieht sich darauf, mit vielen anderen auf Demos zu gehen, politische Kampagnen zu organisieren, d.h. völlig legal politische Arbeit zu machen. Als zweite Ebene verstehe ich, mit vielen anderen nachts loszuziehen, Schlösser zukleben, halt eine Art Massensolidarität. Und ein dritter Teil ... sind dann die klandestinen militanten Aktionen, wie Brandsätze deponieren etc.“ („radikal“, Nr. 144/Okttober 1991).

Ein Leben ohne Ausbeutung und Unterdrückung, so erklärten Autonome, werde es erst geben, wenn die Macht des „imperialistischen Systems“ durch „Widerstand von unten“ gebrochen sei. Dabei müßten politische Bewegungen, militante Aktionen sowie Angriffe auf Eigentum und sogar auf Leben der Repräsentanten dieses Systems zusammenwirken.

Wichtig sei es, öffentlich klarzustellen, „um wessen Leben es geht“. In dieser Beziehung sei auch die Selbstbeziehung zum Briefbombenattentat vom 12. Juni 1991 auf den Referatsleiter beim Senator für Bau- und Woh-

nungswesen in Berlin, Hanno Klein, richtig gewesen

„seinen Tod ins Verhältnis zu setzen zu dem, was er mit seiner Politik anrichtet“ („INTERIM“ vom 24. 9. 1992).

Schwerpunkte autonomer Bestrebungen in Niedersachsen sind die Räume Südniedersachsen, Hannover, Braunschweig und Oldenburg.



Dort sind in den letzten Jahren mehrere Brandanschläge und Sachbeschädigungen mit z.T. erheblichen Schäden an öffentlichen Einrichtungen (Institute der Universität Göttingen, Gebäude und Einrichtungen der Polizei), gegen Privatfirmen, gegen Parteibüros (CDU, SPD und F.D.P.), gegen Veranstaltungen, Wohnungen von Rechtsextremisten sowie gegen Einzelpersonen (Journalisten, Göttinger Oberstadtdirektor, ein Polizeibeamter) verübt worden. In Selbstbeichtigungs-schreiben an Zeitungsredaktionen und in Szene-Zeitschriften bekannten sich Autonome unter Bezeichnungen wie „Autonome Scheibenditscherinnen“, „Autonome gegen Sanierung“, „Kommando Jose Espana Vives“, „Autonome Antifaschisten“, „Autonomes Kommando POM-POM“, „Kommando böse Friedhofsgeister“ u.ä. zu diesen Straftaten.

Eine Formierung der Autonomen im Raum Göttingen ist seit Herbst 1990 erkennbar. Es sind hier u.a. Autonomen-Gruppierungen bzw. Gruppierungen, in denen Autonome mitwirken, unter folgenden Bezeichnungen bekanntgeworden:

- Autonome Antifa (M) (AA(M))
- Einige aus dem autonomen Häuserplenum
- Autonome – einige! – Göttingen (AeG)
- Autonomen Plenum im JUZI.

Die politisch aktivste Gruppe ist die Autonome Antifa (M). Eigenen Angaben zufolge ist sie zum ersten Mal im Oktober 1990 bei einer „Nie-wieder-Deutschland-Demo“ aufgetreten. Das „M“ steht für „Mittwochs-Plenum“ (vermutlich, weil sich die Gruppierung regelmäßig mittwochs trifft). Die Gruppierung begreift sich als „legaler Zusammenhang“ und organisiert Demonstrationen und Aktionen.

Zur Frage der Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele vertritt die AA (M) die Auffassung, daß Gewalt als direkte Aktion ein notwendiges Mittel sei, weil sie den politischen Prozeß vorantreibe und auch politisch auf den Gegner wirke. Man könne sich z.B. mit Faschisten nicht argumentativ auseinandersetzen, da die Argumente nur bis zu einem bestimmten Punkt reichten. Es müßten zwar nicht irgendwelche Mitläufer angegriffen werden, sondern die Anführer und die Zentren, um sie dadurch zu demoralisieren, ihren Aufbau zu stoppen oder zu verzögern. Wenn bei gewaltsamen Aktionen auch Polizisten oder Kaufhäuser getroffen würden, sei dies in Kauf zu nehmen, da es sich dabei um Reaktionen auf den Polizeistaat handle.

Hauptbetätigungsfelder der Autonomen waren 1992 der Antifaschismus und damit zusammenhängend die Asylproblematik. An einer Vielzahl von Demonstrationen, Kundgebungen u.ä. zu diesen Themen beteiligten sich Autonome zum Teil gewalttätig. Mit Körperverletzungen, Brandanschlägen oder Sachbeschädigungen wurde z.B. in Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg und Northeim gegen Angehörige, Einrichtungen und Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene vorgegangen.

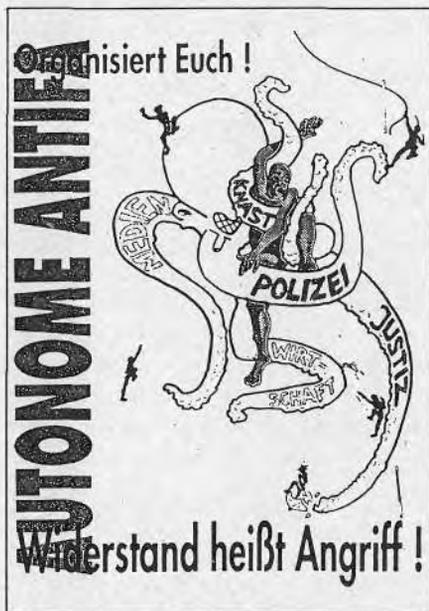
Aktionsfeld „Antifaschismus“

Ein erheblicher Teil linksextremistisch motivierter Gewalttaten ist dem Aktionsfeld „Antifaschismus“ zuzuordnen. Die zunehmenden Ausschreitungen gegen Asylbewerber und andere Ausländer in Deutschland und die Erfolge rechtsextremistischer Parteien bei Wahlen haben den autonomen – d.h. militanten – Antifaschisten weiteren Auftrieb gegeben.

Autonome sehen im Antifaschismus eine Möglichkeit, ihre Strukturen zu festigen und ihren subversiven Zielen näherzukommen. So schrieben Autonome aus Göttingen in einem „Diskussionspapier zur autonomen Organisation“ (August 1991), das u.a. an inhaftierte Terroristen verschickt wurde: Die Stärke des autonomen Antifaschismus liege in dessen großer Mobilisierungsfähigkeit. Über die „antifaschistische Selbsthilfe“ werde militante Praxis in den eigenen Reihen verankert und von anderen Menschen als legitim akzeptiert. Auseinandersetzungen mit Nazis führten zwangsläufig zur Auseinandersetzung mit der Staatsmacht, den „Bullen“; damit erreiche der Kampf neue Dimensionen. Autonome Antifaschismus sei der beste Hebel, „antiimperialistische Politik“ zu vermitteln.

Ähnlich argumentierten Autonome aus Bochum: Antifa sei keine Ein-Punkt-Bewegung; Kampf gegen Imperialismus, Patriarchat, Kapitalismus, alles gehöre in die Antifa. Sie sei die Bewegung mit der größten Anziehungskraft und Möglichkeit der Politisierung für junge Leute sowie mit der größten „Militanzbereitschaft“. Anti-

faschistische Theorie und Praxis müßten Hand in Hand gehen. Es komme darauf an, sich in allen Arten des militanten Kampfes auszubilden. Ziel sei, die faschistische Infrastruktur auszuspienieren und zu zerschlagen („Ruhrgebiets-Info“, Nr. 14, Juli 1992).



Die Ansätze zur Organisation innerhalb der militanten Antifa-Szene sind inzwischen vorangekommen. Ende Juli 1992 wurde in Wuppertal eine bundesweite „Antifaschistische Aktion/Organisation“ ins Leben gerufen. Die formelle Gründung war für das Frühjahr 1993 vorgesehen. Die Initiatoren erwarten davon eine „Zunahme revolutionärer antifaschistischer Gewalt“. An den Vorbereitungen für die „Organisation“ waren – soweit bekannt – Personen aus Berlin, Bonn, Braunschweig, Bünde, Gifhorn, Göttingen, Guben, Halle, Köln, Mainz/Wiesbaden, Münster, Passau und Wuppertal beteiligt.

Militante Autonome verbrämen Angriffe auf Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten als

„antifaschistische Selbsthilfe“. Was darunter zu verstehen ist, verdeutlicht eine Broschüre „Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren“ (undatiert): Ein erster Schritt sei, Bilder und Adressen von Faschisten zu veröffentlichen; damit würden diese erkennbar, beobachtbar und angreifbar. Es sei wichtig, ihre Verbindungen, Treffpunkte, Wohnungen, Druckereien, Autos usw. zu kennen; dadurch könne ihnen „die Ruhe genommen werden“. Faschistische Organisation sei ohne Gewalt letztlich nicht zu verhindern.

Ein Beispiel „antifaschistischer Selbsthilfe“ ist der Überfall von etwa 60 verummten Linksextremisten auf Anhänger des damals in Niedersachsen ansässigen österreichischen Rechtsextremisten Karl POLACEK am 26. Oktober 1991 in Mackenrode/Göttingen. Die Angreifer, die sich selber „Autonome Antifaschisten und Antifaschistinnen“ nannten, warfen mit Steinen und schossen mit Stahlkrampen. In einer Selbstbezeichnung bezeichneten sie den Überfall als „erfolgreich“:

„Die Nazis hatten 15 Verletzte zu beklagen, wir keinen einzigen.“

Die Selbstbezeichnung endete mit der Drohung:

„Für die militante Initiative – Die antifaschistische Selbsthilfe organisieren – Nazis aufs Maul – Wir kommen wieder.“

Mit der Parole „Für die militante Initiative“ endete auch die Selbstbezeichnung eines „Kommandos flexibles Hinterland“, das am 7. Juli 1992 in Göttingen „mit 100 Leuten gezielt kapitalistische Institutionen und Einrichtungen angegriffen“ und dabei Sachschäden von etwa 150.000 DM angerichtet hatte. Die Aktion wurde als „Antwort auf den Weltwirtschafts-

gipfel (WWG) in München“ bezeichnet.

Ausfluß der Recherchen der Autonomen sind Steckbriefe von Rechtsextremisten oder vermeintlichen Rechtsextremisten, abgedruckt in Szeneblättern, verbunden mit der unverhohlenen Aufforderung zum „pengpuffkawumm“ und dem Wunsch:

„Viel Erfolg, Spaß und gutes Wegkommen!!!“ („Land unter“, Nr. 6, März 1992).

Ähnlich „INTERIM“ vom 26. März 1992: Unter der Überschrift „Aufruf zum Volxsport“ – ein in der Szene gängiges Synonym für Anschläge – veröffentlichte das Blatt Wohn- und Firmenanschrift des Inhabers eines Lesezirkelvertriebs, eines angeblichen Sympathisanten der Republikaner; wörtlich:

„Die Firma ... hat Lieferfahrzeuge. Achtet darauf, daß ihr die richtigen trefft!“

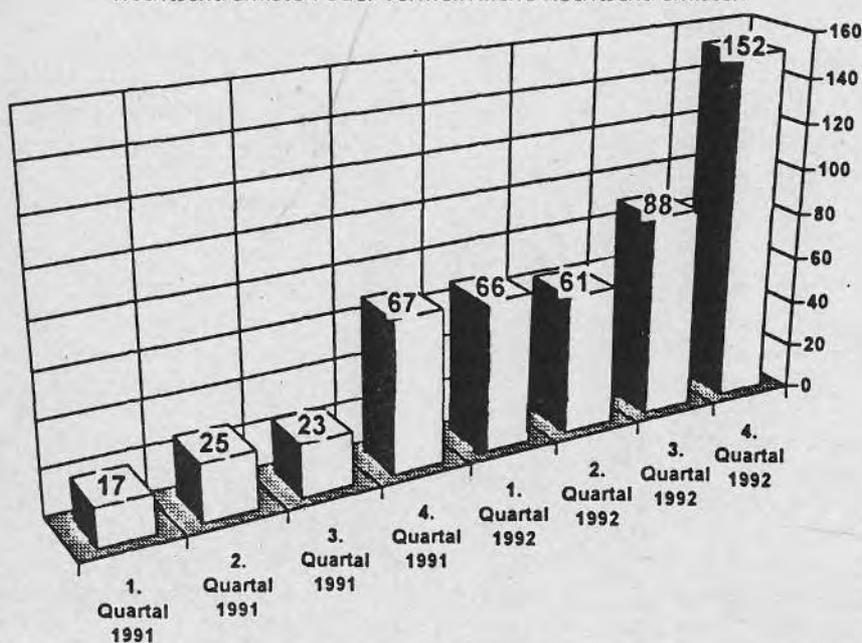
Auch die Redaktion der Untergrundzeitschrift „radikal“ ließ keinen Zweifel über das Ziel des Abdrucks von Steckbriefen: Die verdeckte Herstellung und Verbreitung des Blattes ermögliche es, „offensiv zu militanten Aktionen aufzurufen und 'anschlagsrelevante' Ziele (Adressen, Namen, Firmen etc.)“ zu veröffentlichen; dies sei „prinzipiell wichtig und gut“ („radikal“, Nr. 145, Februar 1992).

In vielen Fällen wurden Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten, die durch „Steckbriefe“ in Szeneblättern an den Pranger gestellt worden waren, Opfer linksextremistischer Gewalt. Das gravierendste Beispiel ist der tödliche Überfall auf den Funktionär der rechtsextremistischen Deutschen Liga, Gerhard KAINDL, am 4. April 1992 in Berlin; dessen Name und Adresse hatte „INTERIM“ am 19. März 1992 in einem „Who is who“ wirklicher und vermeintlicher Rechtsextremisten publiziert.

Auch in Hannover wurden in der linksextremistischen Szene-Zeitschrift „RAZZ“ (Ausgabe März 1993) unter der Überschrift „Kampf dem Faschismus – auf allen Ebenen!“ Namen, Adressen, Telefonnummern und Kraftfahrzeugkennzeichen von erwiesenen oder vermuteten Rechtsextremisten in Hannover aufgeführt. Erläuternd schreiben die unbekanntenen Autoren:

„Werden Namen von Neonazis veröffentlicht, gehört es dazu, auch ihre Adressen bekanntzumachen! Nur so werden sie wirklich aus ihrer Anonymität gerissen und sind angreifbar.“ Der Artikel endet mit dem Aufruf „Kampf dem Faschismus, heißt auch Kampf dem imperialistischen System! Für den Kommunismus!“.

Militante Aktionen von Linksextremisten gegen Rechtsextremisten oder vermeintliche Rechtsextremisten



Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die DKP bekennt sich unbeirrt zum Marxismus-Leninismus und versteht sich als revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Sie geht aus von der notwendigen revolutionären Überwindung des Kapitalismus und verneint einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Die auf dem 12. Parteitag (16./17. Januar 1993 in Mannheim) beschlossenen „Thesen zur programmatischen Orientierung der DKP“ sollen die Grundlage für ein neues Parteiprogramm (das bisher geltende stammt von 1978) bilden. In den Thesen heißt es u.a.:

„Die Alternative zum gegenwärtig herrschenden System des Imperialismus ist eine Gesellschaft, in der das Privateigentum an Produktionsmitteln durch gesellschaftliches Eigentum ersetzt ist, in der an die Stelle der Herrschaft des Kapitals die Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit anderen Werktätigen tritt und in der die gesellschaftliche Produktion nach den Bedürfnissen der Gesellschaft geplant wird. Diese historische Alternative ist der Sozialismus als erste Phase der kommunistischen Gesellschaft.“

Die DKP erneuerte ihren Vorschlag, regelmäßig mit der PDS, der – noch in der ehemaligen DDR gegründeten – Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), anderen linken und kommunistischen Parteien und Organisationen den Dialog zu pflegen und eine Aktionseinheit zu entwickeln. Während

mit Vertretern der „Kommunistischen Plattform“ in der PDS regelmäßig Gespräche geführt worden seien, habe es 1992 lediglich ein Informationsgespräch mit der PDS-Führung gegeben.

Erste Anzeichen einer Konsolidierung der Partei sind erkennbar. Die Ergebnisse des Parteitages belegen, daß sich die Vertreter einer „integrativen“ Linie gegenüber den Verfechtern einer orthodoxen Linie durchgesetzt haben. Letztere hatten u.a. die Bündnispolitik der Partei kritisiert und unterstellt, ein Teil der Parteiführung betreibe eine „schleichende Liquidierung“ der Partei; es bestünde die Gefahr einer PDS-orientierten Ausrichtung und einer „Sozialdemokratisierung“ der DKP.

Die DKP will an den kommenden Wahlen teilnehmen, Sondierungsgespräche mit möglichen Bündnispartnern führen und gleichzeitig Vorbereitungen für eine Eigenkandidatur treffen. Über die Form der Kandidatur soll beim erneuten Zusammentreffen des Parteitages im Herbst 1993 entschieden werden.

Das vom Parteitag neben der Schieds-, Beitrags- und Finanzordnung verabschiedete neue Statut schließt Mitgliedschaften in anderen Parteien nicht aus. Damit wird bei Bündniskandidaturen die Mitgliedschaft von DKP-Mitgliedern in den zu gründenden Wahlparteien nunmehr auch im Statut abgesegnet.

Auf Einladung des DKP-Parteivorstandes fand am 13. Februar 1993 in Hannover nach längerer Unterbrechung eine Zusammenkunft des sogenannten „Zentralen Roten Tisches“ statt. Vertreter der DKP, PDS, „Kommunistischen Plattform“ in der PDS, KPD (Ost), des Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD (AB) und des BWK diskutierten über programmatische Standpunkte und Möglichkeiten linker Wahlbündnisse.

Der Mitgliederrückgang hat sich zwar verlangsamt, konnte aber noch nicht gestoppt werden. Nach eigenen Angaben der Partei hat sich der Mitgliederbestand von 7.300 auf unter 7.000 im Jahre 1992 verringert. Eine Ausdehnung auf die neuen Bundesländer war bislang ohne nennenswerten Erfolg. Dort gehören der DKP lediglich 63 Mitglieder an.

In *Niedersachsen* ist die DKP kaum öffentlich in Erscheinung getreten. Sie hatte auch 1992 einen weiteren Mitgliederrückgang zu verzeichnen; zum Jahresende dürften ihr weniger als 500 Mitglieder angehört haben. Gleichwohl ist die DKP die größte Organisation unter den Linksextremisten in *Niedersachsen*.

Anknüpfend an die zur Kommunalwahl 1991 in einigen niedersächsischen Städten mit DKP-Beteiligung gebildeten „Linken Listen“ strebt die DKP auch zur Landtagswahl 1994 ein Bündnis an. Erste Gespräche über die Bildung einer „Linken Liste *Niedersachsen*“ haben im Oktober 1992 und im Februar 1993 mit Vertretern der PDS, des BWK sowie Einzelpersonen stattgefunden. Die Gründung der „Linken Liste *Niedersachsen*“ als Wahlpartei soll im September 1993 erfolgen.

Marxistische Gruppe (MG)

Bis zur Bekanntgabe ihrer angeblichen Auflösung am 21. Mai 1991 hatte die MG als stärkste Organisation der dogmatisch-extremistischen Neuen Linken ihr personelles Potential bundesweit auf zuletzt mehr als 10.000 fest eingebundene Anhänger steigern können; in *Niedersachsen* waren der MG zu diesem Zeitpunkt etwa 100 Anhänger zuzuordnen. Schon zum Jahresende 1991 sprachen deutliche Anzeichen dafür, daß sich hinter der erklärten „Auflösung“ tatsächlich eine strategi-

sche Umgruppierung und organisatorische Neuorientierung verbirgt. Im „Auflösungsbeschluß“ wurde u.a. als Grund genannt: „Die Angriffe des Staates und seiner Sicherheitsbehörden auf unsere Organisation und auf die berufliche Existenz der Befürworter unserer Sache nötigen uns dazu, die Marxistische Gruppe aufzulösen“. In der Folgezeit rief die MG ihre Anhänger – getrennt nach Sympathisanten, Kandidaten und Mitgliedern – zu außerordentlichen Veranstaltungen zusammen; Leitungsfunktionäre teilten die unmittelbaren Folgen der „definitiven“ Auflösung mit (Fortfall öffentlicher Veranstaltungen, Einstellung der Herstellung von Agitationschriften, Aufgabe von Immobilien und Buchläden).

Inzwischen hat die MG ihre öffentlichen Aktivitäten in eingeschränktem Rahmen wieder aufgenommen: Im März 1992 erschien die erste Ausgabe einer „Politischen Vierteljahresschrift *GegenStandpunkt*“.

Geschäftsführer und Gesellschafter des „*GegenStandpunkt-Verlages*“ in München sind zu je 50 v.H. zwei führende Funktionäre der MG. Nach Diktion und Inhalt entspricht „*GegenStandpunkt*“ den bisherigen MG-Publikationen.

So hieß es bereits in der Ankündigung, daß „die Zeitschrift *Klarstellung* biete, wie die Welt des Herrschens und Geldmachens aussieht, wenn man sie sich nicht – nur weil man davon abhängig ist – gleich als unser aller Angelegenheit ans Herz legen läßt“.

„GegenStandpunkt“ war eine Rubrik in dem bisherigen MG-Zentralorgan MSZ. Inzwischen sind vier Vierteljahresschriften erschienen.

In jüngerer Zeit entwickelt die MG weitere Aktivitäten zur Verbreitung ihrer Agitation. So betreibt sie in einem computergestützten sogenannten Mailbox-Netz eine eigene offen zugängliche „marxistische Mailbox (Chronik-Archiv)“. Diese wird mit der Empfehlung angepriesen, man könne dort „kostenlos und anonym“ auf 20.000 Seiten Argumente dafür finden, „den Kommunismus zu machen“. Die Verbreitung älterer ideologischer Texte belegt, daß die MG ihre verfassungsfeindlichen Ziele – ungeachtet des im Mai 1991 erfolgten demonstrativen Rückzuges aus der Öffentlichkeit – weiterverfolgt.

Ausländerextremismus

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Die marxistisch-leninistische PKK konnte im Jahre 1992 ihre Strukturen im Bundesgebiet weiter ausbauen und ihre politischen Aktivitäten weiterentwickeln. Sie stellt sich unverändert als straff organisierte, hierarchisch aufgebaute Kaderpartei dar. Die Ziele ihrer militärischen Operationen, durchgeführt von ihrer Guerillaorganisation Volksbefreiungsarmee Kurdistans (ARGK), liegen ausschließlich in der Türkei.

Basis ihrer politischen Arbeit ist Westeuropa und hier speziell die Bundesrepublik Deutschland. In diesen Bereichen wirkt die Nationale Befreiungsfront Kurdistans (ERNK) als internationale Propagandaorganisation mit der Aufgabe, der Öffentlichkeit die Interessen und Ziele der PKK zu vermitteln. Als selbsternannte Repräsentantin des kurdischen Volkes strebt sie internationale Anerkennung für das Selbstbestimmungsrecht der Kurden an. Hauptanliegen in ihren Publikationen (Plakate, Flugblätter und Zeitschriften mit den Titeln Berxwedan und Serxwebun) ist die Solidarität des deutschen Volkes, dem ständig aufgezeigt wird, daß der deutsche Imperialismus die brutalen Angriffe des türkischen Kolonialismus durch politische, militärische und ökonomische Hilfe unterstütze.

Um alle kurdischen Bevölkerungsgruppen zu erfassen und zu organisieren, hat die ERNK seit 1988 die folgenden sieben Nebenorganisationen gegründet:

- Union der patriotischen Arbeiter Kurdistans (YKWK),
- Union der revolutionär-patriotischen Jugend Kurdistans (YCK),
- Union der patriotischen Frauen Kurdistans (YZWK),
- Union der patriotischen Intellektuellen Kurdistans (YRWK),
- Union kurdischer StudentInnen (YXK),
- Union der patriotischen Gläubigen Kurdistans (YOWK),
- Union der patriotischen Kinder Kurdistans (YZWK).

Weiterhin bilden die 18 örtlichen Mitgliedsvereine der Föderation der patriotischen Arbeiter und Kulturvereinigungen aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (FEYKA-Kurdistan) die Basis der Parteiarbeit im Bundesgebiet. In Niedersachsen gehören dazu das Kurdische Kultur- und Beratungszentrum AMED in Celle und der Arbeiterverein aus Kurdistan in Hannover e.V.. Es wurde verschiedentlich festgestellt, daß in diesen Vereinen für die Teilnahme an Aktionen – auch gewalttätigen – mobilisiert wurde.

Wenngleich im Jahre 1992 die Aktionen hauptsächlich demonstrativen Charakter hatten, kam es in etlichen Fällen auch zu militanten Ausschreitungen mit Sachbeschädigungen bis hin zu Brandanschlägen, insbesondere gegen türkische Einrichtungen, wie Generalkonsulate, Banken, Reisebüros.

Außerhalb der Türkei hat die PKK ihre stärkste Mitgliedschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Die Zahl dürfte wie im Vorjahr bei 3.500, in Niedersachsen bei 500 liegen. Die Zahl

ihrer Anhänger hat sich dagegen erheblich erhöht. So kamen bei Großveranstaltungen 10.000 bis 25.000 Teilnehmer zusammen.

Die Aktivitäten der Partei spiegelten – wie in den vergangenen Jahren – die Entwicklung in der Türkei wider. So führten Anfang März wiederholte Angriffe der türkischen Luftwaffe im Norden des Irak bundesweit zu massiven, größtenteils gewalttätigen Protestaktionen gegen türkische Einrichtungen. Nahezu zeitgleich kam es am 11. und 12. März zu Angriffen gegen türkische Konsulate, Banken und Reisebüros in mehreren Großstädten, u.a. auch in Hannover.

Eine zweite bundesweite Welle von zum Teil gewalttätigen Aktionen vom 23. bis 27. März lösten militärische Auseinandersetzungen in der Türkei zwischen türkischen Sicherheitskräften und Kurden anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes NEWROZ (21. März) aus. Mit friedlichen Demonstrationen bei deutschen Institutionen, insbesondere Rundfunk- und Fernsehstationen, protestierten PKK-Anhänger gegen die angebliche Beteiligung Deutschlands am Kampf gegen die Kurden, da aus der Bundesrepublik gelieferte Waffen gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt würden. Nach dem Waffenembargo der Bundesregierung gegen die Türkei hörten die Aktionen der PKK sofort auf.

Ergebnis einer dritten Welle von Gewaltaktionen waren schwere militärische Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitskräften und PKK-Kämpfern in der südosttürkischen Stadt Sirnak, die am 18. August begannen. Zwischen dem 22. und 26. August kam es bundesweit in mindestens 18 Städten zu mehr als 30 größtenteils gewaltsamen Aktionen gegen türkische Einrichtungen mit erheblichen Sachschäden. In Hannover warfen jeweils Gruppen von mehreren

Personen Brandsätze, Steine und Farbbeutel auf das türkische Generalkonsulat, auf drei türkische Banken, zwei türkische Reisebüros und das Türkische Kulturzentrum.

Während der von der PKK in der Zeit vom 20. bis 22. November durchgeführten Wahlen zum Kurdischen Nationalparlament haben nach Parteiangaben rd. 50 % der in Westeuropa lebenden Kurden 153 Delegierte für eine Vertreterversammlung gewählt, die am 5. und 6. Dezember in Gießen aus ihren Reihen 15 Abgeordnete für das Nationalparlament bestimmten. Einer der gewählten Abgeordneten ist ein PKK-Funktionär aus Celle.



KURDISTAN REPORT

Juni 1992
Nr. 47
Preis: 3.- DM

Für ein freies und unabhängiges Kurdistan

● **Kurdistan und die Kurden
sind nicht zu verkaufen!**



KURDISTAN REPORT

Oktober 1992
Nr. 51
Preis: 3.- DM

Für ein freies und unabhängiges Kurdistan

**Deutsche Waffen morden
kurdische Zivilbevölkerung**

Als Folge der immer breiter angelegten Offensive türkischer Streitkräfte gegen Guerillaeinheiten der PKK im Südosten der Türkei und im Nordirak kam es im Bundesgebiet vom 9. bis 14. Oktober zu einer vierten Gewaltwelle, wobei wiederum Brandanschläge durchgeführt und Sachbeschädigungen an türkischen Einrichtungen begangen wurden.

Eine wesentliche Einnahmequelle für die PKK sind neben dem Verkauf von Publikationen und den Mitgliedsbeiträgen die Spenden der in Westeuropa lebenden Anhänger. Der auf die Spendensammler ausgeübte Druck, ein bestimmtes Soll zu erfüllen, ist oft so hoch, daß sie ihr Ziel nicht auf freiwilliger Basis erreichen können und von sich aus zu kriminellen Praktiken greifen. Aus Furcht vor Bestrafungsaktionen der Partei werden derartige Fälle jedoch kaum angezeigt.

Extremistische Türken

Auch 1992 waren die Aktivitäten türkischer Extremistengruppen in Deutschland weitgehend von Ereignissen im Heimatland geprägt. Daneben waren aber auch Themen der deutschen Innen- und Außenpolitik Gegenstand der Agitation.

Die Gruppen der Neuen Linken traten hier – wie bereits in den Vorjahren – aufgrund ihrer Gewaltbereitschaft besonders in Erscheinung und entwickelten die mit Abstand meisten öffentlichen Aktivitäten.

Die Aktivitäten orthodox-kommunistischer Gruppierungen gingen, sicherlich auch durch die Entwicklung in Osteuropa bedingt, stark zurück.

Die Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML), die als Abspaltung der maoistischen Revolutionären Bauernpartei der Türkei (TIKP) am 24. April 1972 in der Türkei gegründet wurde, ist weiterhin aktiv. Sie operiert in ihrem Heimatland mit dem Ziel der Beseitigung des türkischen Staatsgefüges terroristisch. Obwohl sie in Westeuropa bisher keine terroristischen Mittel und Methoden zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele eingesetzt hat, ist ihre Gewaltbereitschaft offensichtlich. Ihre Hauptaufgabe sieht die Partei in der Entfaltung der Revolution. Zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele propagiert und praktiziert die TKP/ML den bewaffneten Kampf in der Türkei. Im Bundesgebiet bzw. ihren Stützpunkten in Niedersachsen wirkte die TKP/ML in den letzten Jahren vorwiegend publizistisch und propagierte in ihren Veröffentlichungen die Fortsetzung und Ausweitung des Guerillakampfes im Heimatland.

Von den islamisch-extremistischen Gruppierungen gingen insgesamt nur geringe öffentliche Aktivitäten aus. Die Vereinigung der neuen Weltansicht

e.V. (AMGT), die ein Sammelbecken islamisch-nationalistischer Türken mit dem Ziel einer islamischen Republik nach Vorbild des Iran bildet, ist nur außerhalb Niedersachsens mit öffentlichen Aktivitäten in Erscheinung getreten.

Die extrem-nationalistischen Türken waren – wie bereits in den Vorjahren – nur selten an öffentlichen Aktionen beteiligt.

Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)

Diese sich zu marxistisch-leninistischen Prinzipien und den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin bekennende Gruppe erstrebt eine kommunistische Gesellschaftsordnung durch einen bewaffneten Volkskrieg.

In der Bundesrepublik Deutschland ist die Devrimci Sol seit August 1980 bekannt. Ihre zunehmende Militanz sowie ihre Bekenntnisse zu verübten Morden, einer Flugzeugentführung und anderen Terrorakten und ihre Bereitschaft zu weiterer Gewaltanwendung veranlaßten den Bundesminister des Innern am 9. Februar 1983 zum Verbot dieser Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Unbeeinträchtigt von diesem Verbot hat die „Devrimci Sol“ ihre Aktivitäten in Deutschland fortgesetzt. Sie unterwarf sich dabei strengen konspirativen Regeln.

Provisional Irish Republican Army (PIRA)

Die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten britischen Streitkräfte waren 1992 nicht Ziel terroristischer PIRA-Aktionen; die Attentäter schlugen in der Heimat der Soldaten und in Nordirland zu. Mehrere Anschläge in Deutschland aus den Vorjahren fanden ihr juristisches Nachspiel.

- *Am 4. Juni verurteilte das OLG Düsseldorf ein mutmaßliches PIRA-Mitglied wegen eines Verstoßes gegen das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen zu 2 1/2 Jahren Freiheitsstrafe. In den übrigen Anklagepunkten, u.a. die Beteiligung an den Sprengstoffanschlägen auf die „Northag Headquarters“ in Mönchengladbach am 23. 3. 1987 sowie die „Glamorgan Barracks“ in Duisburg am 17. 7. 1988, wurde er freigesprochen und am 14. August wurde der Verurteilte an Großbritannien ausgeliefert. Bereits am 20. Mai war ein ursprünglich Mitangeklagter nach Abtrennung und Einstellung des gegen ihn laufenden Verfahrens an die USA ausgeliefert worden.*
- *Am 23. Juli wurden drei weitere mutmaßliche PIRA-Terroristen von Frankreich an Deutschland ausgeliefert. Ihnen wird ein Sprengstoffanschlag auf die britische Quebec-Kaserne in Osnabrück am 19. Juni 1989 sowie ein versuchter Mord an einem Wachmann, die*

Ausspähung von Einrichtungen der britischen Rheinarmee in Deutschland zur Vorbereitung von Sabotagehandlungen sowie der Gebrauch falscher Urkunden vorgeworfen.

- *Am 26. Oktober hat vor dem Oberlandesgericht Düsseldorf ein Verfahren gegen drei mutmaßliche IRA-Mitglieder begonnen. Sie sind angeklagt, im Mai 1990 einen Sprengstoffanschlag auf eine britische Kaserne in Hannover verübt und im Juni 1990 in Dortmund einen britischen Major ermordet zu haben.*

Spionageabwehr

Fortdauernde Spionageaktivitäten

Obwohl die tiefgreifenden Veränderungen und Neuorientierungen in den Staaten des ehemaligen Ostblocks längst noch nicht abgeschlossen sind, zeigt sich jedoch weiterhin nationales und vor allem wirtschaftliches Aufklärungsinteresse. So enthalten die zahlreichen Nachfolgedienste des früheren sowjetischen Nachrichtendienstes KGB und der ehemaligen Satellitenstaaten starke Spionagekomponenten, die sich in nicht unerheblichem Umfang gegen die Bundesrepublik Deutschland richten.

Ein Fall, den die Spionageabwehr Niedersachsen im Jahre 1992 bearbeitete, verdeutlicht die andauernden Aufklärungsbemühungen:

Im November 1992 offenbarte ein 35jähriger Elektronikingenieur der Spionageabwehr, 1988 von einem Nachrichtendienst der ehemaligen DDR auf der Transitstrecke zur Zusammenarbeit erpreßt worden zu sein.

Bis zur Grenzöffnung 1989 übergab er bei mehreren Treffen in Berlin zwei Stasi-Mitarbeitern Unterlagen und Geräte aus seinem Arbeitsbereich. Im April 1990 meldeten sich die Stasi-Mitarbeiter bei dem Ingenieur wieder und „übergaben“ ihn an zwei Mitarbeiter des KGB. Auch diese sollte er mit Informationen aus seinem Arbeitsbereich versorgen. Um weiteren Kontakten zu entgehen, zog er Mitte 1991 um, ohne den Führungsoffizieren seine neue Adresse und seinen neuen Arbeitgeber mitzuteilen. Im März 1992 meldeten

sich diese Männer dennoch telefonisch bei ihm auf dessen Arbeitsstelle wieder und versuchten, ihn unter Hinweis auf seine alte Zusammenarbeit zu weiteren Mitarbeit zu erpressen. Es gelang der Spionageabwehr, den Ingenieur ohne Nachteile für seine Person aus dieser Verbindung zu lösen.

Solche Fälle müssen beunruhigen, da sie die Fortdauer nachrichtendienstlicher Aktivitäten gegen die Bundesrepublik Deutschland belegen. Nach wie vor haben aber schon „geworbene Personen“ die Möglichkeit, sich aus der nachrichtendienstlichen Verstrickung zu lösen, indem sie sich den Strafverfolgungsbehörden offenbaren. Die Gerichte können dann die Strafe mildern oder von einer Bestrafung absehen, wenn ein Betroffener „tätige Reue“ übt. Jede von einem Anwerbungsversuch fremder Geheimdienste betroffenen Person – und dies gilt auch für diejenigen, die für das frühere MfS gearbeitet haben – wird deshalb geraten, sich vertrauensvoll an die für ihr Bundesland zuständige Spionageabwehrbehörde zu wenden; in Niedersachsen an das

*Niedersächsische Landesamt für
Verfassungsschutz
Postfach 44 20
30044 Hannover
Tel.: 0511 – 67091*

Nachrichtendienste des ehemaligen Ostblocks

Der Versuch, trotz des Zerfalls der UdSSR und des damit einhergehenden Demokratisierungsprozesses die einst größte Geheimdienstorganisation der Welt, das unionsübergreifende KGB zu erhalten, hat dessen Auflösung nicht verhindern können. Gleichwohl ist diese Auflösung nicht als Wegfall zu betrachten, sondern eher als Straffung mit Umbenennung und Umstrukturierung durch Schaffung neuer Dienste. Unter Nutzung des vorhandenen Materials, Wissens und verbliebenen Personals sind daher nicht nur in der Russischen Föderation, sondern in allen anderen neu entstandenen Staaten der früheren SU eigene Nachrichtendienste aus den alten KGB-Strukturen gebildet worden. Von den ca. 15 Diensten verfügen mit einiger Sicherheit einige über Aufklärungsabteilungen, die sich mit der Bundesrepublik Deutschland und den westlichen Bündnissen (NATO, EG) befassen.

Herausragend und daher vorrangig aus Sicht der Spionageabwehr ist der zivile russische Auslandsaufklärungsdienst SWR (Slushba Wneschnej Raswedki), der die Phase der Verunsicherung zu überwinden scheint und anknüpfend an nach wie vor vorhandene Strukturen im Ausland weiter arbeitet. Sehr deutlich wird dies u.a. durch das am 8. 2. 1992 verabschiedete Gesetz der Russischen Föderation über die *Auslandsaufklärung*, in welchem Aufgabenzuweisung und Arbeitsmethodik deutlich Parallelen zum ehemaligen KGB der SU zeigen. Lediglich aus politisch-wirtschaftlicher Rücksichtnahme steht heute häufig die „offene Aufklärung“ im Vordergrund. Dazu werden weiterhin die guten Kontakte der offiziellen Vertretungen (Legalresidenturen) benutzt. Trotz anderslautender Ankündigungen ist das Perso-

nal sowie der Anteil erkannter ND-Mitarbeiter nur zögernd gesenkt worden. Dies wird auch verständlich, nachdem der russische Außenminister deutlich gemacht hat, daß Auslandsaufklärung unter Ausnutzung des diplomatischen Daches eine notwendige Sache sei. Die Intensität, mit der sich dieser Personenkreis aus den Legalresidenturen um deutsche Zielpersonen bemüht, spricht für sich. Allgemeine und offene Kontakte zu Wissenschaft und Technik (Hochtechnologie) sowie zu Firmen – z.B. auch Joint-ventures usw. – entsprechen gegenseitigem wirtschaftlichem Interesse. Darüber hinaus ist festzustellen, daß der SWR Aktivitäten in den Wirtschaftsbereich verlagert durch Firmenbeteiligungen und Neugründungen eigener Firmen; der Vorteil besteht im Ausbau neuer nachrichtendienstlicher Tarnpositionen sowie im weitaus leichteren Zugang zu technischen Produkten wie Mikroelektronik und EDV-Software.

Daneben agiert der militärische Dienst GRU, der von Umstrukturierungen und Säuberungen weitgehend verschont blieb, unverändert und effektiv weiter. Der Dienst war zunächst dem Vereinigten Oberkommando der GUS unterstellt, wurde jedoch dann vollständig von der Russischen Föderation übernommen. Solange die „Westgruppe der Truppen“ mit ihren zahlreichen Liegenschaften in den neuen Bundesländern noch präsent ist, können GRU und SWR in einem günstigen Umfeld operieren und Agentennetze aufbauen, die auch

nach dem Abzug der Truppen Basis der nachrichtendienstlichen Arbeit sein werden. Die russischen Dienste betreiben im übrigen neben den genannten Bereichen weiterhin gezielt Informationsbeschaffung im politischen Bereich wie z.B. der Innen-, Sicherheits- und Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland.

Für einige übrige Länder des ehemaligen Ostblocks gilt ebenso, daß nach Umstrukturierungen, Säuberungen und Umbenennungen die jeweiligen Nachrichtendienste Aufklärung gegen die Bundesrepublik Deutschland mit den Schwerpunkten Wirtschaft und Technologie betreiben. Beispielhaft können die Länder Polen, Rumänien und Bulgarien genannt werden, wobei der polnische Dienst, das Amt für Staatsschutz (UOP), für die Bundesrepublik Deutschland eine Aufklärungseinheit geschaffen hat. Die Nachrichtendienste Ungarns und der ehemaligen CSSR haben ihre Arbeit gegen Deutschland eingestellt.

Krisenländer und Technologietransfer

Die Spionageabwehr hat die notwendigen Bemühungen fortgesetzt, die Aktivitäten der Nachrichtendienste aus Krisenländern zu beobachten. Aus den Vorjahren sind im Zusammenhang mit dem Golfkrieg und dem von verschiedenen Ländern ausgehenden Staatsterrorismus nachrichtendienstliche Bemühungen und Steuerungen bekanntgeworden. Z.B. sind Länder wie Irak, Iran, Libyen und Syrien ständig bemüht, militärische bzw. militärisch nutzbare Güter (sensitive Exporte), Hochtechnologie und wissenschaftliche Erkenntnisse zu erlangen; daneben sind die politische Einschätzung des Verhältnisses zur Bundesrepublik Deutschland sowie Kenntnisse über die jeweiligen hier lebenden und agierenden Oppositionsgruppen von Interesse.

Aufgefallen sind diese Dienste bislang schon mit der üblichen Arbeitsweise, offen und konspirativ Informationen über Botschaften, Generalkonsulate, aber auch verstärkt über Firmenbeteiligungen bzw. eigene Firmen zu erlangen. Wie durch einen Fall belegt, wird aber auch die klassische Methode der Agentenföhrung in interessanten Bereichen wie z.B. Behörden praktiziert. Die nachrichtendienstliche Nutzung zunehmender wirtschaftlicher Verflechtungen und ein Potential hier lebender Landsleute bieten darüber hinaus eine breite Basis.

Ehemaliges Ministerium für Staatssicherheit (MfS)

Nach der Auflösung der ehemaligen DDR ist die Frage berechtigt, warum die Spionageabwehr Niedersachsens – wie die anderer Länder und des Bundes – noch erhebliche Anstrengungen unternimmt, die Aktivitäten des ehemaligen MfS aufzuklären. Hier überschneidet sich die nachrichtendienstliche Aufarbeitung mit einer Unterstützung für Strafverfahren durch Hinweise an die Exekutive, die deshalb unerlässlich sind, weil das MfS bei seiner Auflösung wesentliche Unterlagen vernichtet hat, auf die die Exekutive bei der Gauck-Behörde nicht mehr zurückgreifen kann. Abgesehen davon resultiert die Notwendigkeit aus der Tatsache, daß die Nachrichtendienste der ehemaligen UdSSR in der Vergangenheit etwa 80 % ihres Informationsaufkommens über die Bundesrepublik von den aufgelösten DDR-Nachrichtendiensten erhalten haben. KGB und GRU bzw. die Nachfolgedienste sowie mehr oder weniger alle „Brüderdienste“ der Satellitenstaaten verfügten also über ein lange Jahre nachrichtendienstlich nutzbares Wissen. Außerdem ist bekannt, daß gerade die ehemals sowjetischen Dienste frühzeitig versuchten, sich auf die Veränderungen einzustellen und Agenten zu übernehmen oder neue Netze zu schaffen.

Darüber hinaus ist davon auszugehen, daß grundsätzlich jeder nicht enttarnte MfS-Agent diesen Diensten bekannt und in der weiteren Zukunft erpreßbar ist.

Nur beispielhaft seien die folgenden Fälle erwähnt, die bei Nichtenttarnen durch Verfassungsschutz und Exekutive in der o.a. Weise durch fremde Nachrichtendienste hätten genutzt werden können:

Aufgrund umfangreicher Vorermittlungen der niedersächsischen Spionageabwehr hat der Generalbundesanwalt im Herbst 1992 ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts geheimdienstlicher Agententätigkeit gegen einen kommunalen Mandatsträger einer niedersächsischen Kleinstadt eingeleitet.

Der Verdächtige hat über einen Zeitraum von ca. 15 Jahren in konspirativen Objekten in Ost-Berlin und Schwerin Gespräche mit MfS-Mitarbeitern geführt, um außerhalb der bestehenden offiziellen politischen Kontakte einen „Beitrag zur Friedenssicherung“ zu leisten. Da er wegen seiner kommunalpolitischen Arbeit auch in einem Diskussionskreis seiner Partei auf Bundesebene engagiert war, konnte er dem MfS nicht veröffentlichte Ansichten und Meinungen höherrangiger Politiker seiner Partei übermitteln. Natürlich war das MfS auch an Informationen aus dem persönlichen Umfeld dieser Politiker interessiert.

Der Verdächtige war anlässlich einer Studienreise durch die DDR vom MfS angeworben worden. Im Verlaufe seiner Tätigkeit für das MfS, die bis zur Wende Ende 1989 angedauert hat, ist er mit der Handhabung von Geheimschreibpapier und dem Entschlüsseln der für ihn bestimmten Funkprüche vertraut gemacht worden.

Im August 1992 wurde ein 45jähriger Vermessungsingenieur aus Friesland wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit vom OLG Celle zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und 6 Monaten verurteilt, wobei die Vollstreckung der Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt wurde. Der bei ihm vorgefundene Agentenlohn wurde eingezogen.

Das Gericht sah es als erwiesen an, daß der ehemalige Angehörige des öffentlichen Dienstes von 1971 bis 1990 für das MfS tätig war und in dieser Zeit umfangreiches Kartenmaterial verraten hat.

Der Ingenieur war nicht vorbestraft und im vollen Umfang geständig.

Im Juli 1992 verurteilte das OLG Celle den 35jährigen ehemaligen Hausmeister einer niedersächsischen Stadtverwaltung wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und acht Monaten auf Bewährung. Außerdem wurde ihm für drei Jahre das Wahlrecht und das Recht, öffentliche Ämter zu bekleiden, aberkannt.

Der Agent mit dem Decknamen „SOLO“ hatte 12 Jahre für das MfS gearbeitet und dabei Katastrophenschutzpläne, Siegel- und Stempelabdrucke, Blankovordrucke von Flüchtlingsausweisen und abgelaufene Ausweispapiere weitergegeben.

„SOLO“ war als BGS-Angehöriger vom MfS geworben worden und hatte sich aus „Rache“ gegenüber dem BGS zur Mitarbeit verpflichtet. Er hatte über seine Tätigkeit für das MfS ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Ebenfalls nach Vorarbeit der Spionageabwehr wurden gegen ein im Raum Goslar wohnhaftes Ehepaar Ermittlungen eingeleitet. Beide Eheleute sollen über einen längeren Zeitraum firmeninterne Unterlagen und Personenerkenntnisse aus ihren Arbeitsbereichen an das ehemalige MfS geliefert haben.

Der damals 29jährige Ehemann war im September 1975 in die DDR eingereist, um seinen 1958 nach dort übergesiedelten Vater wiederzusehen. Bereits beim ersten Treffen machte dieser seinen Sohn mit einem Anbahrer des MfS bekannt, der ihn unter der Legende „Mitarbeiter des Wirtschaftsrats beim Bezirk Halle“ und „Betreuer einer Kommission zur Steigerung der Arbeitsproduktivität“ um Unterstützung und insbesondere um die Beschaffung von Fachzeitschriften bat.

Ohne die MfS-Zugehörigkeit seines Gegenübers und dessen wahre Absichten und Ziele zu kennen, erklärte er sich im Hinblick auf das „Wohlergehen“ seines Vaters zu einer Unterstützung bzw. Zusammenarbeit bereit.

Unter dem Decknamen „TAUCHER“ wurde er daraufhin bis Februar 1989 vom MfS als „Inoffizieller Mitarbeiter“ (IM) geführt. Ausgestattet mit Geheimverstecktasche (Container), Deckanschrift, Telefonnummern des MfS und ausgebildet im Erkennen von Observationsmaßnahmen sowie im Anlegen von „Toten Briefkästen“ (Übergabeverstecke) lieferte IM „TAUCHER“ bis 1986 bei ca. 3 – 4 Treffen jährlich in Ost-Berlin u.a. folgende Erkenntnisse und Unterlagen:

- Berufsbezogene Fachzeitschriften aus dem Bereich Chemie- und Elektrotechnik
- Produktionsunterlagen und Produktproben seines Arbeitgebers
- Firmenbezogene Personaldaten und -strukturen.

Nach MfS-Einschätzung handelte es sich um Informationen von geringem Wert. Zur Qualitätssteigerung trat IM „TAUCHER“ weisungsgemäß in eine Partei ein und kandidierte ohne den angestrebten Erfolg auch zweimal bei Stadtratswahlen.

IM „TAUCHER“ wurde bis zu seiner endgültigen Abschaltung im Februar 1989 dann in erster Linie zur Erfüllung des Plansolls weitergeführt. Insgesamt erhielt der Agent neben der Kostenerstattung ca. 20.000,— DM Agentenlohn, die nach dem Urteil des OLG Celle an den Staat verfallen und von IM „TAUCHER“ in die Staatskasse zurückgezahlt werden müssen; die Freiheitsstrafe von acht Monaten wurde zur Bewährung ausgesetzt.

Der Verfassungsschutz in Niedersachsen

Bedienstete

Die dem Landesamt für Verfassungsschutz vorgegebene Reduzierung auf eine Gesamtzahl von 248 Bediensteten ist erreicht. In dieser Gesamtzahl sind die Bediensteten für die nicht verfassungsschutzspezifischen Aufgaben enthalten, die bei jeder Behörde erforderlich sind, also Schreibkräfte, Verwaltungskräfte, Hausmeister usw. Nach Abzug dieser Funktionen liegt die Zahl der mit den eigentlichen Verfassungsschutzaufgaben befaßten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter 200.

Alle Bediensteten haben ihren nicht immer einfachen Auftrag auch im vergangenen Jahr trotz der erheblichen Umorganisation erfolgreich wahrgenommen. Dafür verdienen sie Respekt und Anerkennung.

Haushalt

Der Haushalt des Verfassungsschutzes betrug 1992 23.857.100,— DM. Davon entfielen 5.427.300,— DM auf Sachausgaben und 18.429.800,— DM auf Personalausgaben.

„Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten“ (BVerfSchG § 1 Abs. 2). Zu diesem Zweck wurde Anfang der siebziger Jahre NADIS als EDV-gestütztes Verbundsystem eingerichtet. Jede Verfassungsschutzbehörde kann Daten eingeben und abrufen.

NADIS ist ein elektronisches Aktenregister, das darüber Auskunft gibt, ob dem Verfassungsschutz eine Organisation oder Person bekannt ist und ggf. wo und unter welchem Aktenzeichen die dazu angelegte Akte geführt wird. Das Informationssystem besteht also aus einer Objekt- und einer Personen-datei. Letztere enthält neben dem Namen mehrere zur Identifizierung einer Person erforderliche Angaben (z.B. Wohnanschrift, Kfz). Jede Speicherung enthält das Aktenzeichen, aus dem sich ergibt, welche Verfassungsschutzbehörde diese Information zu welchem Sachgebiet eingegeben hat und für ihre Speicherung verantwortlich ist sowie zu welchem Sachgebiet gespeichert worden ist.

Inhaltliche Angaben über die in den betreffenden Akten enthaltenen Erkenntnisse sind im NADIS nicht enthalten. Diese müssen auf dem normalen Verwaltungswege – grundsätzlich schriftlich – bei der aktenführenden Verfassungsschutzbehörde abgefragt werden.

In den Akten der Verfassungsschutzbehörden, deren Aktenzeichen im NADIS gespeichert sind, werden sehr viele Informationen gespeichert, die nichts mit einer „Observation“ oder „Belastung“ zu tun haben. Beispielsweise werden auch Personen oder Institutionen, die durch Terroristen gefährdet sind, sowie Zielpersonen fremder Nachrichtendienste erfaßt. Auch die Aktenzeichen aller Sicherheitsüberprüfungen, die ganz überwiegend mit dem Ergebnis „kein Sicherheitsrisiko“ enden, sind im NADIS gespeichert, schon um den überprüften Personen bei Umzug, Stellenwechsel usw. überflüssige neue Überprüfungen zu ersparen.

Zur Verhinderung von unbefugter Nutzung und sonstigen Mißbräuchen des NADIS sind sowohl das System selbst als auch der Zugriff zu den Daten technisch besonders gesichert. Alle Datenverarbeitungsschritte werden, vor allem aus Gründen datenschutzrechtlicher Kontrolle, automatisch protokolliert.

Die Speicherungen werden zeitlich begrenzt und regelmäßig auf ihre noch bestehende Notwendigkeit überprüft. Das gesamte Verfahren wird durch die Innenminister und durch die Datenschutzbeauftragten in Bund und Ländern kontrolliert. Die neuen Verfassungsschutzgesetze verlangen überdies eine seit einigen Jahren praktizierte Abkehr von der früheren primär personenbezogenen Erfassung von Auswertungsergebnissen im Extremismusbereich: es sollen grundsätzlich nur noch Organisationsdaten und nur noch die unverzichtbaren Personendaten (z.B. Funktionäre, militante Aktivist*innen, bedeutende Geldgeber) erfaßt werden.

Die Zahl der im NADIS gespeicherten niedersächsischen Aktenzeichen beträgt z.Z. (31.12.1992) ca. 31.000 (1989 noch 100.000, 1990 noch 60.000, Ende 1991 noch 51.300), davon ca. 22.000 Aktenzeichen von Sicherheitsüberprüfungen. Die restlichen ca. 9.000 Aktenzeichen gehören zu den Bereichen Linksextremismus, Rechtsextremismus, Ausländerextremismus und Spionageabwehr.

Einsatz der nachrichtendienstlichen Mittel

Nach § 3 Abs. 2 des Nds. Verfassungsschutzgesetzes ist die Öffentlichkeit auch „allgemein“ über die Anwendung der nachrichtendienstlichen Mittel durch das niedersächsische Landesamt für Verfassungsschutz zu unterrichten.

Die nachrichtendienstlichen Mittel, die das Landesamt für Verfassungsschutz einsetzen darf, sind in § 6 Abs. 1 des Gesetzes abschließend geregelt. Es sind:

1. *Inanspruchnahme von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen*
2. *Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten*
3. *Observationen*
4. *Bildaufzeichnungen (Fotografieren, Filmen, Videografieren) außerhalb des Schutzbereichs des Art. 13 des GG*
5. *Verdeckte Ermittlungen und Befragungen*
6. *Heimliches Mithören ohne Inanspruchnahme technischer Mittel*
7. *Heimliches Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb des Schutzbereichs des Art. 13 des GG*
8. *Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen*

9. *Verwendung fingierter biographischer, beruflicher oder gewerblicher Angaben (Legenden)*
10. *Beschaffung, Herstellung und Verwendung von Tarnpapieren und Tarnkennzeichen*
11. *Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs, die nur nach Genehmigung des dafür zuständigen Ausschusses des Niedersächsischen Landtages und im übrigen nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG möglich ist.*

Wegen des abschließenden Charakters dieses gesetzlichen Kataloges mußten auch solche nachrichtendienstlichen Mittel aufgeführt werden, deren Anwendung nach der erklärten Absicht der Landesregierung derzeit nicht beabsichtigt, sondern für besondere Situationen vorbehalten ist. Dazu gehören beispielsweise der Einsatz von verdeckt ermittelnden Beamtinnen und Beamten, das heimliche Mithören und Aufzeichnen des nicht öffentlich gesprochenen Wortes unter Einsatz technischer Mittel außerhalb des Schutzbereichs des Art. 13 GG und die Beobachtung des Funkverkehrs auf nicht für den allgemeinen Empfang bestimmten Kanälen. Demgemäß wurden im Berichtszeitraum diese nachrichtendienstlichen Mittel nicht angewendet.

Den Vorrang hat grundsätzlich die Informationsbeschaffung mit offenen Mitteln, da eine Informationsbeschaffung mit nachrichtendienstlichen Mitteln nach § 6 Abs. 4 des Nds. Verfassungsschutzgesetzes nur unter bestimmten Bedingungen zulässig ist, die aus dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz folgen. Demgemäß wurden auch im Berichtszeitraum die notwendigen Informationen vorrangig ohne Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel beschafft. Wo sich extremistische Organisationen allerdings konspirativ verhalten, so daß ihre wahren Zielsetzungen und ihre Strukturen nach außen hin nicht oder nicht zureichend bekannt sind, müssen nachrichtendienstliche Mittel eingesetzt werden.

Das am häufigsten eingesetzte nachrichtendienstliche Mittel war auch im Berichtszeitraum, ebenso wie bei allen anderen Verfassungsschutzbehörden, die Inanspruchnahme von Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen.

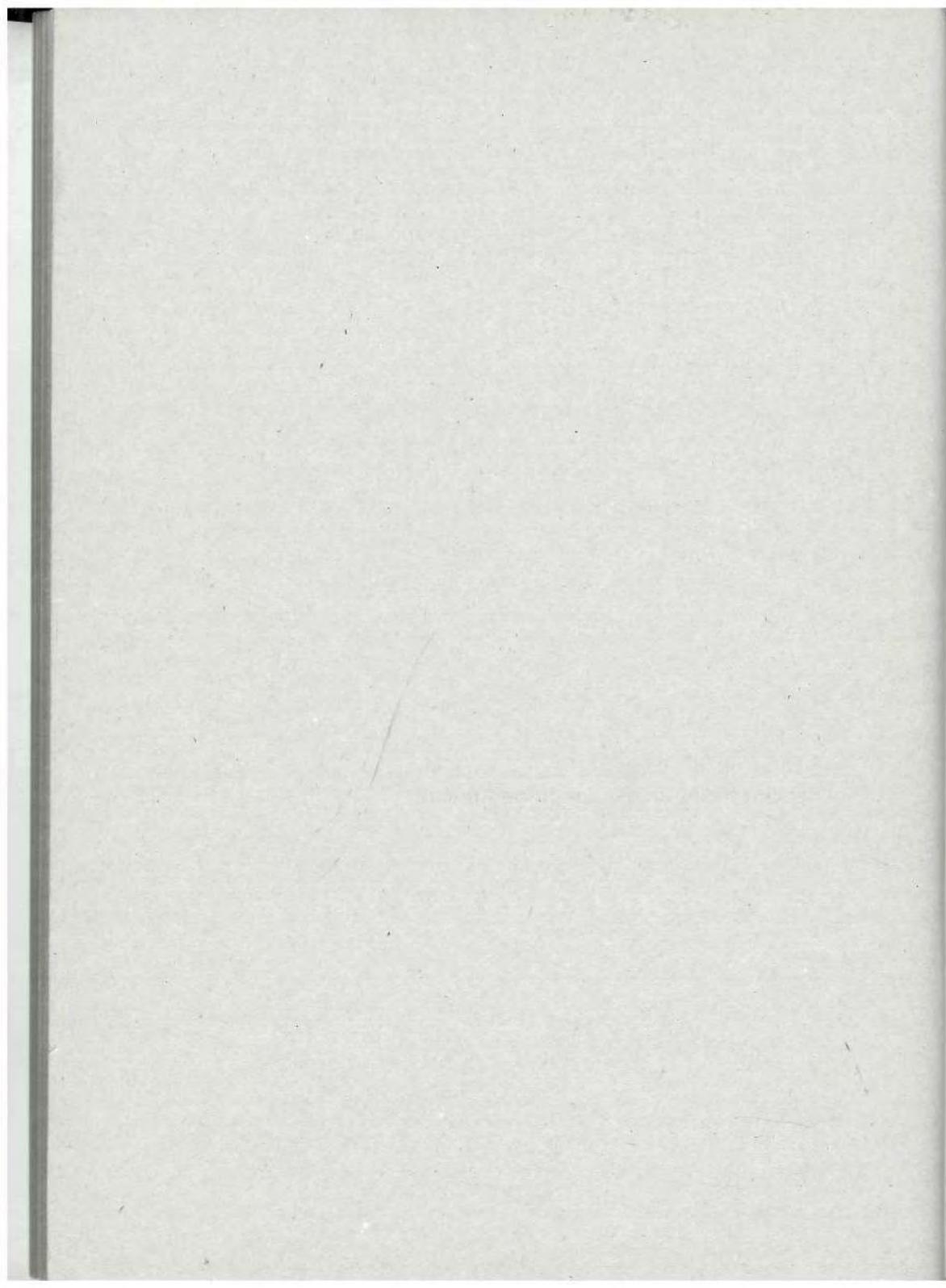
Die nachrichtendienstlichen Mittel wurden im Bereich des politischen Extremismus (Rechts- und Linksextremismus sowie Ausländerextremismus) und vor allem Terrorismus in jeweils abgestufter, auf die Wichtigkeit und Gefährlichkeit der betreffenden Organisation abgestellter Weise eingesetzt. Der z.Z. sinkenden Bedeutung des Linksextremismus (mit Ausnahme des Terrorismus und der sonstigen gewaltanwendenden Organisationen des Linksextremismus) und der steigenden Gefährlichkeit des Rechtsextremismus, insbesondere der gewaltanwendenden Gruppierungen des Neonazismus entsprechend, wurde auch im Berichtszeitraum eine angemessene Umschichtung des Bestandes an Vertrauensleuten, sonstigen geheimen Informantinnen und Informanten und Gewährspersonen vorgenommen.

Observationen wurden im wesentlichen im Bereich des Rechtsextremismus und des ausländischen Terrorismus eingesetzt.

Legenden, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen mußten, wie schon immer, zum Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, insbesondere der mit nachrichtendienstlichen Mitteln operierenden, ständig eingesetzt werden.

Überwachungen des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs nach Maßgabe des Gesetzes zu Art. 10 GG wurden, der Schwere des Eingriffes angemessen, wie auch schon in den vergangenen Jahren mit größter Zurückhaltung eingesetzt. Über Anträge der Verfassungsschutzbehörde entscheidet der Innenminister, im Falle der Verhinderung sein Vertreter. Zusätzlich ist die sog. „G 10-Kommission“ des Landtages, die in ihrer Entscheidung unabhängig ist, über jede Maßnahme zu unterrichten. Sie entscheidet über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von Beschränkungsmaßnahmen in jedem Einzelfall.

Im Bereich der Spionageabwehr wurden nachrichtendienstliche Mittel nur in sehr geringem Umfang eingesetzt, da im wesentlichen offene Ermittlungen geführt werden konnten. In diesem geringen Umfang wurden geheime Informantinnen und Informanten eingesetzt, Observationen vorgenommen sowie die bereits erwähnten Tarnmittel verwendet.



Senden Sie mir bitte _____ Exemplar/e des Verfassungsschutzberichtes 1992 an die umseitige Anschrift.

Ich bin an einem Vortrag über

- Verfassungsschutz (Gesetzliche Grundlagen, Organisation, Arbeitsweise, Kontrolle)
- Extremismus (Links- oder Rechtsextremismus, Terrorismus)
- Spionageabwehr

interessiert (Veranstalter: _____).

Tel.: ()

Senden Sie mir bitte _____ Exemplar/e des Verfassungsschutzberichtes 1992 an die umseitige Anschrift.

Ich bin an einem Vortrag über

- Verfassungsschutz (Gesetzliche Grundlagen, Organisation, Arbeitsweise, Kontrolle)
- Extremismus (Links- oder Rechtsextremismus, Terrorismus)
- Spionageabwehr

interessiert (Veranstalter: _____).

Tel.: ()

Absender:

Absender:



Niedersächsisches Landesamt
für Verfassungsschutz
Postfach 44 20

30044 Hannover



Niedersächsisches Landesamt
für Verfassungsschutz
Postfach 44 20

30044 Hannover

Herausgeber:
Niedersächsisches Innenministerium
Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Lavesallee 6, 30169 Hannover
Tel. (05 11) 120-62 58

Diese Broschüre darf, wie alle Broschüren
der Landesregierung, nicht zur Wahlwerbung in
Wahlkämpfen verwendet werden.

Herstellung: Sponholtz Druckerei, Hemmingen

Gedruckt auf ungebleichtem Recycling-Papier